

Mandy Eifert

Ina Friedel

*Armutsbetroffenheit von Kindern und der Beitrag von dem  
„Paket zur Bildung und Teilhabe“  
für die Teilnahme der Kinder am gesellschaftlichen Leben-  
untersucht am Beispiel von zwei Kindertagesstätten in  
Chemnitz*

Bachelorarbeit

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Soziale Arbeit

Roßwein, 2012

Mandy Eifert

Ina Friedel

Armutsbetroffenheit von Kindern und der Beitrag von dem  
„Paket zur Bildung und Teilhabe“  
für die Teilnahme der Kinder am gesellschaftlichen Leben-  
untersucht am Beispiel von zwei Kindertagesstätten in Chemnitz

eingereicht als

**Bachelorarbeit**

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Soziale Arbeit

Roßwein, 2012

Erstprüfer: Herr Professor P. Schütt

Zweitprüfer: Frau Professor C. Niedermeier

Bibliographische Beschreibung:

Mandy Eifert

Ina Friedel

Armutsbetroffenheit von Kindern und der Beitrag von dem

„Paket zur Bildung und Teilhabe“

für die Teilnahme der Kinder am gesellschaftlichen Leben-

untersucht am Beispiel von zwei Kindertagesstätten in Chemnitz

Roßwein, HOCHSCHULE MITTWEIDA/ Roßwein (FH)

Fachbereich Soziale Arbeit

Bachelorarbeit, 2012

Referat:

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Armutsbetroffenheit von Kindern in Deutschland und deren gesellschaftlichen Auswirkungen. Mit dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ wurde ein Instrument zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen ins Leben gerufen, welches auf seine Lebenspraxistauglichkeit für Familien mit Kindern untersucht wurde.

## **Gliederung:**

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 1.  | Einleitung   | 2  |
| 1.1 | Rechtliche Ausgangslage für das „Paket zur Bildung und Teilhabe“         | 4  |
| 1.1 | Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung              | 4  |
| 1.2 | Urteil des Bundesverfassungsgerichtes                                    | 5  |
| 2.  | Armut in Deutschland   | 7  |
| 2.1 | Kinder in Armut  | 9  |
| 2.2 | Soziale Ungleichheit im Kindesalter                                      | 11 |
| 2.3 | Ungleichheit von Bildungschancen   | 13 |
| 2.4 | Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft                                       | 15 |
| 2.5 | Armutsbetroffenheit der Kinder in Chemnitz                               | 18 |
| 3.  | Das Paket zur Bildung und Teilhabe                                       | 22 |
| 3.1 | Anspruchsberechtigte des „Bildungspaketes“                               | 22 |
| 3.2 | Leistungen aus dem „Bildungspaket“ (§ 28 SGB II/§ 34 SGB XII)            | 23 |
| 4.  | Phasen des Untersuchungsprojektes  | 27 |
| 4.1 | Vorbereitung   | 27 |
| 4.2 | Datenerhebung  | 28 |
| 4.3 | Ergebnispräsentation   | 35 |
| 5.  | Reflexionsebenen   | 46 |
| 5.1 | Reflexion aus der Sicht der Mitarbeiterinnen von Sozialamt und Jobcenter | 46 |
| 5.2 | Reflexion aus der Sicht der befragten Familien                           | 48 |
| 5.3 | Reflexion aus unserer Sicht und der Sicht der SozialarbeiterInnen        | 53 |
| 5.4 | Fazit  | 57 |
| 5.5 | Weiterführende Fragen  | 61 |
| I   | Abkürzungsverzeichnis  | 63 |
| II  | Literaturverzeichnis   | 64 |
| III | Anhang   | 69 |

# 1. Einleitung

Auf dem Weltkindergipfel 2002 in New York verpflichteten sich die Vertreter von mehr als 180 Staaten in ihrem Abschlussdokument „A World fit for Children“, Nationale Aktionspläne zu erarbeiten, in denen konkrete und messbare Ziele und Vorhaben enthalten sein sollen. Als übergreifendes Ziel wurde formuliert, „eine kindergerechte Welt zu schaffen, in der die Grundsätze der Demokratie, der Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit sowie die Allgemeingültigkeit, die Unteilbarkeit und die wechselseitige Abhängigkeit und Verknüpfung aller Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, die Grundlage für eine nachhaltige menschliche Entwicklung bilden, die das Wohl des Kindes berücksichtigen.“<sup>1</sup>

Unter Beteiligung der Länder, Kommunen und Organisationen, sowie von Kindern und Jugendlichen verabschiedete die Bundesregierung 2005 einen Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005- 2010“. In diesem Aktionsplan<sup>2</sup> wurden sechs Handlungsfelder definiert, die im Fokus der Arbeit stehen sollen, um schrittweise eine kindergerechte Gesellschaft zu entwickeln. Zu diesen Handlungsfeldern gehören:

- Chancengleichheit durch Bildung
- Aufwachsen ohne Gewalt
- Förderung einer gesunden Lebensweise und gesunder Umweltbedingungen
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder
- internationale Verpflichtungen

Bezogen auf das Thema unserer vorliegenden Arbeit betrachten wir die Handlungsfelder „Chancengleichheit durch Bildung“, „Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen“ und „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“.

---

<sup>1</sup> Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung (IzKK), 2009, S. 4

<sup>2</sup> Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung (IzKK), 2009, S. 8

Noch immer steht die Aufnahme von Kinderrechten, wie der Schutz oder die Förderung und Beteiligung von Kindern, in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus. Möglicherweise kann die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz dazu beitragen, Kinder und Jugendliche von ihrer gegenwärtigen Objekt- zur Subjektstellung zu führen und somit zu ermöglichen, ihre Leistungs- und Teilhaberechte gegenüber dem Staat stärker geltend zu machen.

*Die Armutsbetroffenheit von Kindern und der Beitrag von dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ für die Teilnahme der Kinder am gesellschaftlichen Leben – untersucht am Beispiel von zwei Kindertagesstätten in Chemnitz werden wir im Rahmen unserer Bachelorarbeit näher betrachten.*

Leistungs- und Teilhaberechte von Kindern in unseren Kindereinrichtungen bestimmen einen wesentlichen Teil unserer pädagogischen Arbeit. Seit der Einführung von dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ im Frühjahr 2011 in Deutschland und unserer unmittelbaren Mitwirkung bei der Umsetzung dieses Paketes, beschäftigen wir uns mit den Fragen:

1. Werden die Angebote aus dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ durch die anspruchsberechtigten Familien angenommen?
2. Kann das „Paket zur Bildung und Teilhabe“ helfen, dass Eltern Zukunftschancen für ihre Kinder eröffnen?
3. Ist das „Paket zur Bildung und Teilhabe“ ausreichend, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen?

## **1.1 Rechtliche Ausgangslage für das „Paket zur Bildung und Teilhabe“**

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“<sup>3</sup>

Vom Grundgesetz her strebt der Sozialstaat nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit aller seiner Bürger. Die Bundesrepublik ist daher verpflichtet, ihre Rechtssprechung und die Rechtsordnung nach sozialen Gesichtspunkten zu gestalten. Die Kernbereiche des Sozialstaates sind in diesem Zusammenhang die Sozialversicherungen, das Arbeitsrecht, die Wohnungspolitik und die Bildungspolitik.

Sozial gerechte Politik lässt sich daran messen, wie es gelingt, ökonomische und soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft zu ermöglichen.

Armut und soziale Ausgrenzung dauerhaft zu verhindern, muss das gemeinsame Anliegen aller politischer Parteien sein. Die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen kann sich über Generationen hinweg verfestigen und fester Bestandteil von Familienbiographien sein. Alle Bürger müssen die gleichen Chancen auf Bildung und Betreuung erhalten, um von Transferleistungen unabhängig zu werden oder zu sein. Die rechtliche Stellung von Kindern in der Bundesrepublik Deutschland zu stärken ist ein gesellschaftliches Anliegen.

## **1.2 Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung**

Der Bericht der Bundesregierung trifft Kernaussagen zur Vermeidung von Armut. Der Schlüssel soll ein Mehr an Bildung und Beschäftigung sein! „Gute Bildung muss im frühen Kindesalter beginnen und ist unabdingbare Voraussetzung für gute Ausbildungs- und Beschäftigungschancen. Sie geht

---

<sup>3</sup> Stascheit, 2007, Artikel 20, Abs. 1 des GG

auch einher mit einem bewussten Gesundheitsverhalten sowie verantwortlicher Haushaltsführung und erfolgreicher Alltagsbewältigung in der Familie. Der Bildungsstand der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Die Bildungserfolge von Kindern hängen in Deutschland jedoch noch stark vom Bildungsniveau der Eltern ab<sup>4</sup>.

Weiterhin ist festzustellen, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Armut und Nichterwerbstätigkeit gibt. Sind beide Elternteile nicht erwerbstätig, liegt das Armutsrisiko bei ca. 48%. Ist nur ein Elternteil erwerbstätig oder beide Elternteile halbtagsbeschäftigt, sinkt das Risiko auf ca. 22%.<sup>5</sup> Mit dem Armutsrisiko steigt die Einschränkung an Teilhabechancen nicht nur der Eltern, sondern auch die der Kinder und Jugendlichen in diesen Familien.

Es gibt viele verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung von Familien mit Kindern, wie Elterngeld, Kinderzuschlag, Wohngeld oder die Verbesserung des Kinderschutzes. Diese Maßnahmen werden in unserer Arbeit nicht näher erläutert, gegebenenfalls werden sie als Anmerkungen herangezogen.

Wir gehen nicht explizit auf die Bildungs- und Teilhabebeteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund ein.

### **1.3 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes**

„Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 die Ermittlung des Bedarfs an Leistungen der Mindestsicherung nach SGB II und SGB XII kritisiert, wobei die mangelnde Transparenz der Bedarfsbemessung, die Bemessung des Kinderbedarfs als anteiliger Bedarf eines Erwachsenen und die Nichtberücksichtigung von Bildungskosten zu den zentralen Kritikpunkten gehörten.

---

<sup>4</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, S. V

<sup>5</sup> vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, S. V



Die Bundesregierung hat mit einer Reform der Mindestsicherung reagiert, in deren Rahmen unter anderem ein Sachkostenpaket für Kinder und Jugendliche zur Teilhabe an Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten entwickelt wurde.“<sup>6</sup>

Nachdem am 24. März 2011 die gesetzlichen Grundlagen für das Bildungs- und Teilhabepaket durch den Bundestag und Bundesrat unterzeichnet wurden, trat dieses Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft. Alle Kinder aus bedürftigen Familien haben jetzt einen Rechtsanspruch auf Leistungen zur Bildung und Teilhabe.

Aufgabe der Länder ist es, für eine einheitliche Rechtspraxis in den Kommunen zu sorgen. Die konkrete Umsetzung obliegt in der Regel den Jobcentern und den Sozialämtern der Kreise und kreisfreien Städte. Auf der Grundlage der Jahre 2011 und 2012 werden 2013 die Erfahrungen evaluiert, um gegebenenfalls Veränderungen vorzunehmen und ab 2014 das Finanzvolumen an die konkreten Bedarfe anzupassen. Zwischenzeitlich sind Anpassungen der Ausführungsbestimmungen möglich.

Für das „Paket zur Bildung und Teilhabe“ stellt der Bund den Kommunen jährlich insgesamt 1,3 Milliarden Euro für sachbezogene Leistungen zur Verfügung. Den zusätzlichen Aufwand der Behörden finanziert der Bund mit nochmals bis zu 163 Millionen Euro.

---

<sup>6</sup> Zitat: ISG, Partizipation von ..., Seite 2

## 2. Armut in Deutschland

Armut in Deutschland ist relative Armut. Sie ist nicht vergleichbar mit dem Massenelend, das die Industrialisierung im 19. Jahrhundert begleitete, oder mit der kümmerlichen Lebenssituation breiter Bevölkerungskreise in der Zwischen- und Nachkriegszeit. Wirtschaftswunder, zunehmender Wohlstand und Sozialstaat haben die Armut quantitativ und qualitativ verändert, aber nicht beseitigen können.

Unter Sozialwissenschaftlern, Sozialarbeitern und Politikern ist die Frage umstritten, was Armut ist, wer zu den Armen gehört, welche Lebensumstände als „Leben in Armut“ bezeichnet werden sollen.

In der Erarbeitung des Themas „Armut“ ist festzustellen, dass es ein breites Spektrum von Ansätzen und Definitionen zum Armutsbegriff gibt und diese nebeneinander bestehen. Verantwortlich für diese Situation ist das gesellschaftliche und politische Verständnis von Armut. Wissenschaftliche Kriterien zur Grenzziehung sind allenfalls Vorschläge und beziehen sich auf die Operationalisierbarkeit,<sup>7</sup> die Reichweite, mögliche Zielsetzungen oder die Komplexität der Sache an sich. „Weder die Einkommensstatistik, noch das seit 1984 jährlich erhobene „sozio-ökonomische Panel“ stellen in der gegebenen Form ein Instrumentarium dar, das differenzierte Informationen über die Armut liefern könnte.“<sup>8</sup>

Armut ist deshalb nur im sozialen und gesellschaftlichen Kontext verstehbar. Die Lebensbedingungen und die damit verbundenen Vorstellungen von Lebensstandards unterliegen einem immer schnelleren Wandel, der sich auch auf das gesellschaftliche Verständnis von Armut auswirkt. Schulte geht 1985 davon aus, dass die absoluten Armutsdefinitionen an Bedeutung verloren haben, während der relative Armutsbegriff und die damit verbundene Armutsgrenze eine dominantere Bedeutung haben.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Operationalisierbarkeit: grundsätzliche Erreichung eines Zieles, welches zeitlich, räumlich und sachlich definiert werden kann

<sup>8</sup> vgl. Hanesch/Laumen, 1989, S. 20f

<sup>9</sup> vgl. Schulte, 1985, S. 386

Im relativen Armutskonzept der Europäischen Union gelten Personen als arm, wenn sie in einem Haushalt leben, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung betragen.

„Strang versucht, einen Zugang zur Armut zu finden, indem er die Unterscheidung zwischen primärer und sekundärer Armut aufgreift, theoretisch weiter ausdifferenziert und um eine dritte Dimension erweitert“.<sup>10</sup> „Nicht das System wird angeprangert, das ständig neue Bedürfnisse weckt, deren Befriedigung aber einem Großteil der Bevölkerung verweigert, sondern das Individuum wird für unfähig, ja neurotisch erklärt, da es mit dieser Situation nicht umgehen kann“.<sup>11</sup>

Einigkeit besteht in der Armutsforschung über drei Aspekte der Armut:

1. In Deutschland handelt es sich um keine absolute, sondern um eine relative Armut. Armut ist in heute hochentwickelten Gesellschaften keine Frage des physischen Überlebens mehr, sondern die Frage nach einem menschenwürdigen Leben. Ein soziokulturelles und kein physisches Existenzminimum markiert die Armutsgrenze.
2. Armut wird interkulturell und historisch als relative Erscheinung begriffen. Armut variiert interkulturell von Gesellschaft zu Gesellschaft und ist historisch zeitlich begrenzt. So beschreibt der Rat der Europäischen Union verarmte Personen als „Einzelpersonen, Familien oder Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle, soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ Was als „annehmbares Minimum“ in einer Gesellschaft beschrieben wird, ist veränderlich im Laufe der Zeit, einhergehend mit dem Wandel der Gesamtgesellschaftsverhältnisse.

---

<sup>10</sup>Zitat aus „Armut als verdrängte Wirklichkeit“, S. 122

vgl. Strang 1970, S.66ff, als dritte Dimension bezeichnet Strang die tertiäre Armut  
Strangs Ansatz spiegeln sich im Bundessozialhilfegesetz wider.

<sup>11</sup> Zitat aus „Armut als verdrängte Wirklichkeit“, S. 123

3. Armut ist mehrdimensional. Sie ist nicht nur ein ökonomisch-materielles, sondern zugleich auch ein soziales, kulturelles und psychisches Phänomen. Ökonomische und materielle Unterversorgung ist gekoppelt mit der Versagung von allgemein anerkannten Lebenschancen in wesentlichen Bereichen der menschlichen Existenz, mit dem weitgehenden Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.<sup>12</sup>

„Absolute Armutsdefinitionen sind für die praktische Politik insofern von Bedeutung, als das Ziel der Sozialleistungssysteme, verstanden als Instrumente zur Armutsbekämpfung, in der Gewährleistung eines bestimmten Lebensstandards und damit der Vermeidung von Armut besteht.“<sup>13</sup>

In Deutschland ist eine hohe Inanspruchnahme durch die Anspruchsberechtigten der Mindestleistungen zur sozialen Absicherung des Lebensstandards zu verzeichnen. Der Mindeststandard beinhaltet nicht nur die Erhaltung der physischen Existenz, sondern eine der Würde des Menschen entsprechende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.<sup>14</sup>

## **2.1 Kinder in Armut**

Kinder stehen seit längerer Zeit im Blickpunkt der Armutsforschung. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass immer mehr Kinder und Jugendliche in besonderer Weise von Armut und ihren Folgen betroffen sind. In Deutschland lebt jedes 4. Kind in einem Haushalt, der als einkommensarm bezeichnet werden kann oder von Leistungen aus dem SGB II lebt.

Die Lebenssituation von Kindern in Deutschland wird im Kinderreport 2007 beleuchtet. Zum Thema Kinderarmut heißt es dort, dass Armut bedeutet, in einem Haushalt mit weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens zu leben. Von Armut gefährdet sind Kinder, wenn das

---

<sup>12</sup> <http://www.chemnitz.de/publikation/download/berichte/Sozialreportstandinternet1007.pdf>

<sup>13</sup> vgl. Schulte, 1985, S. 386

<sup>14</sup> vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, S. XV

durchschnittliche Haushaltseinkommen zwischen 50% und 60% der durchschnittlichen Haushaltseinkommen liegt. Im Jahr 2007 sind dem Report zufolge in der Bundesrepublik Deutschland 17,3 % der Kinder armutsgefährdet.

Seit Einführung der Hartz IV-Reformen im Jahr 2005 verdoppelte sich die bundesweite Zahl der auf Sozialhilfe und Sozialgeld angewiesenen Kinder auf mehr als 2,5 Millionen.

Der Anteil von Personen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, lässt sich in einer sogenannten Hilfequote ermitteln. Legt man die Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 0 bis 65 Jahren zugrunde, ergibt sich eine Hilfequote von 10%. Grenzt man die Altersgruppe auf die 0-15 Jährigen ein, so liegt die Hilfequote bei 16% und somit deutlich höher als im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Unterscheidet man dann noch nach Art der Bedarfsgemeinschaft stellt man fest, dass mit 41% die Gruppe der Alleinerziehenden eine sehr hohe Hilfequote aufweist. Paare mit einem Kind haben eine Hilfequote von 8%. Mit steigender Kinderzahl nimmt auch hier die Hilfequote zu.<sup>15</sup>

Das Phänomen „Kinderarmut“ kann und sollte nicht nur unter dem finanziellen Aspekt, sondern auch im Hinblick auf kinderspezifische Dimensionen betrachtet werden. Neuere Studien zu den Lebenslagen armer Kinder – so der Kinderreport 2007 – haben gezeigt, dass die Entfaltungs- und Entwicklungsbedingungen von Kindern durch Armut in einer sensiblen Lebensphase in mehrfacher Hinsicht beeinträchtigt werden. Gefährdungen und Beeinträchtigungen ergeben sich insbesondere dann, wenn zur Einkommensarmut weitere Belastungen, wie negativ erlebtes Wohnumfeld, Krankheiten, Überschuldung, soziale Isolation, niedriger Bildungsstand, viele Kinder innerhalb der Familie, Migrationshintergrund, unzureichende Integration auf dem Arbeitsmarkt oder Haushalt von Alleinerziehenden hinzukommen.

Eine solche kumulative Belastungssituation kann für Kinder bedeuten,

- dass sie bereits vor der Geburt durch das Risikoverhalten, insbesondere der Mütter (z. B. durch Alkohol- und Zigarettenkonsum), organische

---

<sup>15</sup> <http://doku.iab.de/kurzber/2011/Kb0611.pdf>

Schädigungen bzw. dem Risiko der Frühgeburt und der stark verzögerten Entwicklung ausgesetzt werden;

- dass ihre Eltern das Gefühl entwickeln, die Situation nicht mehr beeinflussen zu können und daher entweder gewalttätige oder vernachlässigende Umgangsweisen entwickeln;
- dass die Erlebnis- und Erfahrungsräume der Kinder durch schlechte Wohnbedingungen, soziale Isolation, fehlende Zugänge zu Angeboten von Vereinen sowie zu Infrastruktureinrichtungen geprägt und damit ihre Aktivitäten auf das engere Wohnumfeld bzw. die Straße eingeschränkt werden;
- dass in Armut lebende Kinder über weniger soziale Kontakte verfügen, über ein geringeres psychisches Wohlbefinden berichten, weniger Selbstvertrauen entwickeln und stärker von psychosozialen Belastungs- und Erschöpfungssyndromen wie Schlafstörungen, Nervosität, Konzentrationsproblemen, Magenschmerzen sowie Gefühlen der Hilflosigkeit betroffen sind.

Die materielle Unsicherheit der Kinder ist oftmals von begrenzter Dauer und hat nicht immer negative Auswirkungen auf ihr späteres Leben. Denkbare Belastungen wie Erwerbslosigkeit, Krankheit, Trennung der Eltern oder das Heranwachsen der Kinder sind zeitlich begrenzt. Der enge Zusammenhalt in der Familie und Nachbarschaft kann die sozialen Kompetenzen des Kindes fördern, wenn die innerfamiliären Stress- und Spannungssituationen auf Grund ökonomischer Schwierigkeiten nicht zu groß werden. Den betroffenen Kindern in diesen Familien fehlt ein positiv geprägtes gesellschaftliches Rollenbild. Es fällt ihnen schwer, eigene Strategien zu entfalten, um erfolgreich an der Entwicklung der Gesellschaft teilzuhaben.

## **2.2 Soziale Ungleichheit im Kindesalter**

77% der Kinder in Deutschland leben in gesicherten finanziellen Verhältnissen. 23% der Kinder sind einkommensarm und/ oder leben von Leistungen aus SGB II oder SGB XII.

Im „Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ wird der Anspruch an eine sozial gerechte Politik für jeden in Deutschland lebenden Menschen noch einmal verdeutlicht.

„Das monetäre Armutsrisiko beschreibt die Einschränkung der Teilhabechancen von Kindern nur unzureichend. Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich zusätzlich Entwicklungsdefizite, von sozialer Benachteiligung bis hin zur Unterversorgung mit der Folge möglicher gesundheitlicher Probleme.“<sup>16</sup>

Kinderarmut wirkt direkt auf fünf Entwicklungsbereiche der Kinder:

- Körperliche Entwicklung und Gesundheit
- Kognitive Entwicklung, Bildung und Lernen
- Soziale Entwicklung, soziale Kompetenzen und soziale Netzwerke
- Kulturelle Entwicklung und Freizeitgestaltung
- Persönlichkeitsentwicklung, Selbstachtung und Selbstwert

Wechselwirkungen entstehen zwischen Kindern, Familien und ihren Sozialräumen. Dabei ist festzustellen, dass dauerhaft fehlende Ressourcen die Gefahr bergen, dass Kinder in ihrer persönlichen Entwicklung einen elementaren Mangel erleiden können, aber nicht zwangsläufig müssen. Können Resilienzfaktoren wirken, tragen soziale Netzwerke das Kind, sind die Kinder in Kita, Schule, Sozialraum und Verein integriert und schaffen Erwachsene zugleich noch einen Ausgleich, haben diese Kinder eine positive Entwicklungsperspektive. Ist jedoch das Gegenteil der Fall und lösen die unzureichenden ökonomischen Verhältnisse immer wieder Krisensituationen innerhalb der Familie aus, hat das negative Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Teilhabechancen der Kinder.

Oft wird der Mangel an Entwicklungs- und Teilhabechancen durch die Erwachsenen unterschätzt und verharmlost. Manifestieren sich Armutslagen kann das negative Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes haben.

---

<sup>16</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, S. XXII

Betrachtet man die Ausstattung der Haushalte mit relevanten Gütern, sowie die Möglichkeit der Ausübung von Freizeitaktivitäten, stellt man fest, dass es große Differenzen zwischen sicheren und unsicheren Einkommensverhältnissen gibt. Geht es über die grundlegende Versorgung mit Gütern hinaus, sind die Einschnitte in den Lebensstandards der Familien mit SGB II- Bezug drastisch. Von einer Deprivation wird gesprochen, wenn ein Haushalt aus finanziellen Gründen auf etwas verzichten muss.

Stärker unterversorgt sind diese Familien auch, wenn es um gemeinsame Urlaube oder Freizeitaktivitäten geht. 78% aller Kinder mit SGB II-Bezug können keinen 1-wöchigen Urlaub erleben und 55% der Kinder verzichten auf Kino, Theater oder Konzerte. Bei Letzterem zeigt sich auch bei gesicherten Haushalten ein erhebliches Defizit. Unerwartete Ausgaben für Kleidung, Schule, Reparaturen und anderes stellen einkommensarme Familien immer wieder vor große Belastungen. Rücklagen zu bilden oder gar zu sparen ist nahezu unmöglich.

## **2.3 Ungleichheit von Bildungschancen**

Die Gleichheit der Menschen kann nicht nach ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten, ihrer Intelligenz, ihrer Kraft oder ihrer Tugend interpretiert werden, sondern nur darin, dass sie alle Menschen sind. „Dieser Interpretation zufolge sollten wir nicht nach speziellen Merkmalen suchen, nach denen die Menschen gleich sein könnten, sondern uns nur daran erinnern, dass sie alle Menschen sind.“<sup>17</sup>

### **1. Gleichheit des Menschseins**

Menschen sind in vielen Aspekten ähnlich, sie besitzen Fähigkeiten, wie Empfindung von „Schmerzen“, „Zuneigung“ zu anderen. Diese Merkmale sind unbestreitbar und möglicherweise trivial. Menschen werden oftmals behandelt, als besäßen sie diese Merkmale nicht, ihre moralischen Bedürfnisse werden scheinbar vernachlässigt. Einzelne Gruppen von Menschen werden teilweise so

---

<sup>17</sup> vgl. Honneth, 1994, S. 304



behandelt, als ob sie keinen moralischen Anspruch haben. Unterschiedliche Gruppen kennzeichnen sich durch weitere Merkmale aus.

Die von uns befragte und untersuchte Gruppe ist ebenfalls durch eine gemeinsame Eigenschaft gekennzeichnet, sie sind Familien und leben in sicheren oder unsicheren Einkommensverhältnissen. Somit können sie ihren Lebensunterhalt teilweise nicht selbst bestreiten und manche von ihnen sind armutsgefährdet. Bei der Vernachlässigung moralischer Ansprüche bestimmter Menschen wird vergessen, dass diese Menschen ebenfalls Menschen sind.

Eine weitere Eigenschaft, nach welcher man Gleichheit betrachtet, könnte der „Wunsch nach Selbstachtung“ sein. Möglicherweise der Wunsch, seine persönlichen Handlungen mit selbstgesetzten Zielen zu unterlegen. Die Stigmatisierung und die Einordnung der Mitmenschen in bestimmte Gruppen nach zugehörigen Erkennungszeichen sollte nachdenklich machen, was es bedeutet, ein Mensch zu sein.<sup>18</sup>

## 2. Sittliche Fähigkeiten-Chancengleichheit

Der Bezug von Gleichheit im Hinblick auf menschlichen Eigenschaften ist nicht nur negativ besetzt, sondern kann auch möglicherweise an bestimmten menschlichen Bedürfnissen festgemacht werden. „Achtung“ als positiver Aspekt bei der Gleichheit der Menschen spielt eine zusagende Rolle. Obwohl dieser Begriff vielschichtig und verschwommen wirkt, ist Anerkennung eine Möglichkeit, unserer befragten Elternschaft „Achtung“ entgegenzubringen.<sup>19</sup> Beteiligung, Mitwirkung, Mitbestimmung sind notwendig, um Partizipation und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu bewirken.

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Forschung ist die Ungleichheit von Bildungschancen sehr intensiv untersucht worden. Die Folge war ein einheitlicher Nachweis, dass es herkunftsbedingte, geschlechtsspezifische, konfessionelle und regionale Unterschiede gibt. Ein Ergebnis der Forschung ist, dass Kinder aus niedrigen und mittleren Bildungsschichten kaum noch beim Bildungserwerb benachteiligt werden, jedoch die untersten

---

<sup>18</sup> vgl. Honneth, 1994, S. 306-308

<sup>19</sup> vgl. Honneth, 1994, S.308-310

Bildungsgruppen weitaus weniger auf höhere Schulen geschickt werden. Daraus können unsichere Arbeitsverhältnisse, geringere Aufstiegschancen und niedrigere Einkommen resultieren.<sup>20</sup>

Es bestehen Zusammenhänge zwischen Erwerbslosigkeit und Armutsrisiko sowie zwischen Bildungsniveau und Armut. Für einen weiteren Vergleich ziehen wir das Bildungsniveau der Eltern und das Risiko für Kinderarmut heran. Es ist ein deutlicher Unterschied der Bildungsabschlüsse von Akademiker- und Nichtakademikerkindern zu erkennen (83% der Kinder von Vätern mit Hochschulabschluss nehmen ein Studium auf, dagegen studieren nur 23% von Nichtakademiker).<sup>21</sup>

Für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII gelten regelbedarfsrelevante Verbrauchsdaten. So wird für ein Kind bis zum 6. Lebensjahr eine Verbrauchsausgabe für Bildung in Höhe von 0,98 € je Monat berücksichtigt. Für Kinder zwischen dem 7. Und 14. Lebensjahr sind es 1,16 € und für Jugendliche zwischen dem 15.-18. Lebensjahr sind es 0,29 €. <sup>22</sup> Geht es über die grundlegende Versorgung mit Gütern hinaus, sind auch die Einschnitte im Lebensstandard für Familien mit SGB II- Bezug schwierig. Ein fehlender Computer, auch als Bildungsmedium einzusetzen, bedeutet das Fehlen der Pflege von sozialen Kontakten und Netzwerken mit zeitgemäßen Medien. Ziel der Politik ist es, durch Bildungsangebote in frühen Lebensphasen jedem Kind die gleichen Chancen zu eröffnen, um erfolgreich in Ausbildung, Beruf und der Verwirklichung eigener Lebensentwürfe sein zu können.<sup>23</sup>

## **2.4 Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft**

Eine gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit zeigt sich an der Zufriedenheit der Bevölkerung, an den Teilhabemöglichkeiten, an den Hoffnungen und Glückserwartungen, an der Verwirklichung eigener Lebensvorstellungen. „Eine Gesellschaft, in der die Mehrzahl oder auch nur signifikante Teile der

---

<sup>20</sup> vgl. Mansel/Neubauer, 1998, S. 107

<sup>21</sup> vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, S. 68

<sup>22</sup> Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderungen des Zweiten und Zwölften Buches, Sozialgesetzbuch vom 24.März 2011

<sup>23</sup> vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008., S. XIX

Bevölkerung solche Hoffnungen nicht entwickeln können, hat eine geringe Zukunftsfähigkeit.“<sup>24</sup> Die fehlende Zukunftsorientierung der Erwachsenen wird auf ihre Kinder übertragen.

„Unter sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen ist es sinnvoll und notwendig, gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zu unternehmen, um insbesondere Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien den Zugang zu qualitativ guten Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturen zu ermöglichen.“<sup>25</sup> Dabei ist die Verteilung der Kosten unter allen Gebietskörperschaften notwendig, um zu verhindern, dass kommunale oder landesspezifische Prioritäten die gegenwärtigen und zukünftigen Lebenslagen und Zukunftschancen der Kinder bestimmen. Mit einer nachhaltigen Investition in das Humanvermögen unserer Volkswirtschaft können die Steuereinnahmen aus den Einkommen erhöht und Ausgaben für den passiven Arbeitsmarkt gesenkt werden.

Die ersten empirischen kurz-, mittel-, und langfristigen Studien eines Kosten-Nutzenverhältnisses wurde 2004 z.B. von Lynch und Spieß durchgeführt.<sup>26</sup>

Es ist wenig über die intergenerationale Verteilung von Ressourcen in den Familien bekannt. Ob sich ein Kind von armen Eltern sich subjektiv arm fühlt, kommt auf die Wahrnehmung des Einzelnen an. Es ist auch bekannt, dass häufig mittellose Eltern ihren letzten Euro opfern, um den Kindern Markenkleidung und Statusgüter zu kaufen, damit sie in der Schule nicht benachteiligt, von Klassenkameraden und Freunden verspottet oder ausgeschlossen werden.

Die Eltern aus der Mittelschicht setzen sich dagegen mit ihrem relativ gesicherten Einkommen langfristig kostspielige Ziele, die weniger überschaubar sind (Bau eines Eigenheimes, Zweitwagen). In dieser finanziellen Lage der Eltern wird von den Kindern erwartet, dass sie ihre materiellen Bedürfnisse der jeweiligen Familiensituation anpassen und mit weniger wirtschaftlichen Gütern auskommen müssen, als Kinder von armen Eltern.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Bertram, 2008, S. 26

<sup>25</sup> Bertram, 2008, S. 213

<sup>26</sup> vgl. Bertram, 2008, S. 193/194

<sup>27</sup> vgl. Mansel/Neubauer, 1998, S. 7/8

Man spricht von einem relativ stabilen Sozialstatus, sozusagen einer „Vererbung“ der sozialen Position über weitere Generationen. Kinder haben nur in einzelnen Fällen die Möglichkeit, die nächsthöhere Schichtgrenze zu überschreiten.

Vielmals kann die Betroffenheit von Armut im Verlauf des Lebens nur ein kurzer vorübergehender Lebensabschnitt sein, den die Betroffenen aus eigener Kraft und Anstrengung überwinden können. Für den aktuellen Lebensstand und Werdegang von Kindern ist es von großer Bedeutung, ob die Eltern zu den privilegierten oder weniger privilegierten Gesellschaftsmitgliedern zählen. Es stehen ihnen nur theoretisch alle Türen offen. Das Sprichwort: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ ist für Kinder aus armutsbetroffenen Schichten nur schwer realisierbar.<sup>28</sup>

Beeinflussende Indikatoren für Kinderarmut sind unter anderem Trennung, Scheidung, Arbeitslosigkeit der Eltern sowie die Geburt von Geschwistern. In diesen Zeiträumen verändert sich das Familieneinkommen durch den Wegfall von Erwerbseinkommen (Verlust der Arbeit oder Inanspruchnahme von Erziehungszeiten). Andererseits steigt das Pro-Kopf-Einkommen der Familie, wenn ein Kind den elterlichen Haushalt verlässt, es muss nicht mehr geteilt werden. Familien, die sich für Kinder entscheiden und somit zum Fortbestand der Gesellschaft beitragen laufen Gefahr „abzurutschen“. Es kann in vielen Fällen den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg für die betreffenden Familien bedeuten. Somit ist Elternschaft, für die Dauer der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Kinder von ihren Eltern, verbunden mit ökonomischen Nachteilen und einer Verminderung des materiellen Lebensstandards. Kinder wachsen immer in einer Gemeinschaft auf, in der die materiellen Ressourcen unter allen Menschen verschiedener Generationen aufgeteilt werden müssen. Selbst Familien, die auf den ersten Blick über ein ansehnliches Einkommen verfügen, haben es bei steigender Kinderzahl zunehmend schwerer und müssen drastische Abstriche am gewohnten Lebensstandard vornehmen.<sup>29</sup> Gegenüber anderen Altersgruppen sind Kinder immer strukturell benachteiligt und am stärksten von Armut betroffen. Sie sind das schwächste Glied in der

---

<sup>28</sup> vgl. Mansel/Neubauer, 1998, Seite 9

<sup>29</sup> vgl. Mansel/Neubauer, 1998, S. 198

Gemeinschaft. Geschwisterkinder zu haben bedeutet, materiellen Restriktionen ausgesetzt zu sein.

„Solange Kinder auf die Eltern angewiesen und von diesen materiell abhängig sind, wird auch ihr Lebensstandard über das Einkommen der Eltern bestimmt.“<sup>30</sup> Kinder müssen diese Situation aushalten und spätere Aufstiegschancen nutzen. Das Niveau des Schulabschlusses ist entscheidend, um einen entsprechenden Einstieg in das Erwerbsleben und eine berufliche Karriere zu starten.

„Eine Sicherung der Existenzgrundlage von Kindern ist unter dieser Perspektive eine ganz erhebliche Investition in die Zukunft der gesamten Gesellschaft.“<sup>31</sup>

## **2.5 Armutsbetroffenheit der Kinder in Chemnitz**

„Bereits zum zweiten Mal legt die Stadt Chemnitz den Chemnitzer Sozialreport vor. In Fortschreibung des „Chemnitzer Sozialreports 2000 bis 2002“ gibt der hier vorliegende Report erneut einen Überblick über die soziale Lage der Chemnitzer Bevölkerung innerhalb der vergangenen fünf Jahre. Auf der Grundlage amtlicher Statistiken beschreibt der „Chemnitzer Sozialreport 2003 bis 2007“ wesentliche Entwicklungen in der Stadt.

Es werden Daten und Statistiken der Chemnitzer Verwaltung verarbeitet und in Zeitreihen und Diagrammen präsentiert, um Entwicklungstrends in der Stadt Chemnitz zu verdeutlichen. Diese werden für die Jahre 2003 bis 2007 beschrieben und erläutert. In einigen Fällen werden auch Daten von vor 2003 zu Rate gezogen, um Langzeitentwicklungen aufzeigen zu können.

„Der Chemnitzer Sozialreport entstand in einer ämterübergreifenden Kooperation, an welcher unter anderem das Chemnitzer Sozialamt, das Amt für Jugend und Familie und das Gesundheitsamt maßgeblich beteiligt waren.“<sup>32</sup>

Die Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige Erwerbspersonen) sank in diesem Zeitraum von 19,0 % auf 16,4 %.

---

<sup>30</sup> Mansel/Neubauer, 1998, S. 11

<sup>31</sup> Bertram, 2008, S. 21

<sup>32</sup> <http://www.chemnitz.de/publikation/download/berichte/Sozialreportstandinternet1007.pdf>

## **Aufgaben der Stadt Chemnitz**

Die Aufgaben einer Kommune definieren sich durch gesellschaftliche und politische Vorstellungen und Erwartungen an die öffentliche Verwaltung. Sich verändernde Einwohnerzahlen und -strukturen, steigende Sozialleistungen, aber auch technischer Fortschritt oder steigende Erwartungen, bspw. an die Sozialarbeit oder den Natur- und Umweltschutz bringen neue Aufgaben und damit auch Ausgabensteigerungen der Kommunen mit sich.

Die Leistungen einer Kommune werden entweder als eigene Leistungen der Verwaltung oder als ausgelagerte Leistungen (bspw. von Zweckverbänden, Körperschaften, von städtischen oder privaten Unternehmen oder anderen Einrichtungen wie karitativen Organisationen) erbracht.

Vor allem durch die Pflichtaufgaben auf dem Gebiet der sozialen Existenzsicherung, der Jugend- und Familienhilfe und bei der Gesundheitsvorsorge sind die Kommunen finanziell stark gefordert. Die dafür getätigten Ausgaben werden unter dem Begriff „Ausgaben für soziale Sicherung“ zusammengefasst.

In Chemnitz belief sich die Summe der Ausgaben für soziale Sicherung 2007 auf ca. 156 Mio. EUR (2006: 153 Mio. EUR). Das entspricht ca. 30 % des gesamten Chemnitzer Verwaltungshaushaltes.<sup>33</sup>

## **Freiwillige personenbezogene Leistungen der Stadt Chemnitz**

Neben den gesetzlich geregelten Pflichtaufgaben werden von der Stadt Chemnitz weitere freiwillige soziale Leistungen erbracht, die den Sozialausgaben zuzurechnen sind. Seit 2005 konzentrieren sich diese Leistungen auf den sogenannten „Chemnitzpass“, sowie Zuschüsse für Erholungsmaßnahmen.

Die Ausgaben für den Chemnitzpass folgen den zahlreichen Änderungen in der Chemnitzpassrichtlinie seit 2004 und setzten sich 2007 zu etwa 60 % (ca. 175.000 EUR) aus Kosten für das Essen in Kindertagesstätten und Schulen und zu 29 % (rund 86.800 EUR) aus Zuschüssen für die Nutzung von kulturellen

---

<sup>33</sup> <http://www.chemnitz.de/publikation/download/berichte/Sozialreportstandinternet1007.pdf>

Angeboten zusammen. Weitere 11% (32.400 EUR) wurden als Zuschüsse für schulische Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt.<sup>34</sup>

### **Anteil der Ausgaben für soziale Sicherung am Gesamthaushalt der Stadt Chemnitz**

Der Anteil der oben dargestellten Ausgaben für soziale Sicherungen am Gesamthaushalt der Stadt ist in den letzten Jahren kontinuierlich von 24 % auf mittlerweile 31 % gestiegen. Insbesondere die Anfang 2005 in Kraft getretenen Neuregelungen in Form der Sozialgesetzbücher II und XII haben einen starken Anstieg der kommunalen Sozialausgaben nach sich gezogen.

Die Ausführungen machen deutlich, dass weder von einem absoluten noch von einem anteiligen Rückgang der städtischen Ausgaben für Maßnahmen der sozialen Sicherung der Chemnitzer Bevölkerung gesprochen werden kann.

### **Einkommensentwicklung**

Die Höhe des Einkommens, das den Mitgliedern eines Haushaltes monatlich zur Verfügung steht, wirkt sich entscheidend auf die Lebenssituation der betreffenden Personen aus. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist daher ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet. Unter dem Begriff des Haushaltsnettoeinkommens wird die Gesamtheit der Nettoeinkommen aller zu einem Haushalt gehörenden Personen zusammengefasst. Dazu zählen unter anderem alle Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Renten, Unterhalt durch Angehörige, Einkommen aus Vermögen, Miet- und Pachteinnahmen sowie Sozial- und Unterstützungsleistungen wie Wohngeld, Kindergeld und ähnliches.

Auf der Grundlage der Daten zum Mikrozensus wird vom Statistischen Landesamt Kamenz das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen berechnet, das in Chemnitz und Sachsen innerhalb der letzten Jahre einige Schwankungen aufweist.

---

<sup>34</sup> <http://www.chemnitz.de/publikation/download/berichte/Sozialreportstandinternet1007.pdf>

Das Haushaltsnettoeinkommen hatte 2006 annähernd die gleiche Höhe wie bereits 2000, wobei aber zu beachten ist, dass im gleichen Zeitraum die durchschnittliche Größe eines Chemnitzer Haushalts von 2,03 auf 1,92 Personen gesunken ist. So hat sich das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Person seit 2000 um rund 70 EUR pro Monat erhöht.

Personen, die aus eigenem Einkommen und Vermögen ihren Lebensunterhalt nicht sichern können, erhalten auf Antrag existenzsichernde Leistungen nach SGB II oder SGB XII. Arbeitsuchende und ihre Angehörigen erhalten Grundsicherungsleistungen nach SGB II.

Zum 30.09.2007 erhielten in Chemnitz insgesamt 36.075 Personen existenzsichernde Leistungen nach Sozialgesetzbuch II und XII, wovon der größte Teil (34.375 Personen) Leistungen nach SGB II empfing. Damit hat sich die Anzahl der Leistungsempfänger im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich verändert.

Vor allem die Interpretation und Wertung der hohen Empfängerquoten bei Kindern und Jugendlichen muss mit Sorgfalt vorgenommen werden. Dazu ist festzuhalten, dass das Risiko, nicht für ausreichend eigenes Einkommen sorgen zu können, für Familien mit Kindern bzw. vor allem für Alleinerziehende deutlich höher ist.



### 3. Das „Paket zur Bildung und Teilhabe“



Am 24. März 2011 verabschiedeten der Bundestag und der Bundesrat das „Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.“<sup>35</sup> Dieses Gesetz trat rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft. Nachfolgend wurden die §28 SGB II und §34 SGB XII in „Bedarfe zur Bildung und Teilhabe“ geändert bzw. eingefügt. In den Veröffentlichungen der betreffenden Bundesministerien wird in der Regel im Zusammenhang mit diesem Gesetz vom Bildungspaket gesprochen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wirbt mit dem Slogan: „Mitmachen möglich machen“ und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wirbt mit dem Slogan: „Jedes Kind kommt mit!“

In unseren weiteren Ausführungen beziehen wir uns auf diese Kernparagrafen und gehen diesbezüglich nicht auf mögliche Ausnahmen der Regel ein.

#### 3.1 Anspruchsberechtigte des „Bildungspaketes“

##### **§28 Absatz 1-7 SGB II / §34 Absatz 1-7 SGB XII**

Das Gesetz regelt die individuellen Ansprüche von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dem Gesetz liegt der Gedanke zur Förderung und Unterstützung jener Personengruppen zu Grunde, die in Familien mit geringem Einkommen oder in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II oder dem SGB XII (auch §2 Asylbewerberleistungsgesetz) leben, einen Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Diesen Personengruppen werden, über die Antragstellung der Eltern oder Personensorgeberechtigten, zusätzliche Mittel für Bildung und

---

<sup>35</sup> Regelbedarfs- Ermittlungsgesetz- RBEG, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2011 Teil I Nr. 12, ausgegeben zu Bonn am 29.März 2011

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt.

### **3.2 Leistungen aus dem „Bildungspaket“**

#### **§28 Abs. 1-7 SGB II / §34 Abs. 1-7 SGB XII**

Das „Bildungs- und Teilhabepaket“ setzt sich aus sechs Leistungskomponenten zusammen und kann 2,5 Millionen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gute kommen.

Leistungsansprüche für alle 0-25jährigen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die Übernahme der Kosten für eintägige Ausflüge und Klassenfahrten der Gemeinschaftseinrichtung, der Zuschuss zum Mittagessen in der Kindereinrichtung, der Schule und dem Hort.

Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft erhalten alle Leistungsbezieher bis zum 18. Lebensjahr.

Schüler und Schülerinnen empfangen bis zum 25. Lebensjahr das Schulbedarfspaket, Mittel zur Schülerbeförderung und für die Lernförderung.

Die Art der Leistungen ergibt sich aus den Leistungskomponenten. Geldleistungen werden in der Regel für das Schulbedarfspaket und die Erstattung der Kosten für die Schülerbeförderung gewährt. Andere Leistungen werden als Sach- oder Dienstleistung erbracht und durch personalisierte Gutscheine oder Direktzahlungen an den Anbieter der Leistung beglichen.

#### **Soziale und kulturelle Teilhabe**

##### **§28 Abs. 1 SGB II/ §34 Abs. 1 SGB XII**

Mit dieser Leistung soll es Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden, sich in Vereins- oder Gemeinschaftsstrukturen zu integrieren, sich zu engagieren und Kontakte zu Gleichaltrigen außerhalb des schulischen Alltages aufzubauen und soziale Kompetenzen zu entwickeln. Im Rahmen dieser Leistungen stehen den Kindern oder Jugendlichen bis zu 120 Euro jährlich zu (10 € monatlich).

Diese Leistungen können individuell eingesetzt werden:

- Mitgliedsbeiträge aus den Bereichen Sport, Spiel, Kultur, etc.
- Unterricht in künstlerischen Fächern, wie in der Musikschule oder angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung
- Teilnahme an Freizeiten, wie Theater, Ferien, etc.

Ausgeschlossen sind private Freizeitaktivitäten. Die Leistungen sind entsprechend zu beantragen und durch geeignete Anmeldebescheinigungen zu bestätigen.

### **Ausflüge und mehrtägige Fahrten** **§28 Abs. 2 SGB II/ §34 Abs. 2 SGB XII**

Übernommen werden die tatsächlich anfallenden Kosten für alle eintägigen Ausflüge und mehrtägigen Fahrten in den Kindertageseinrichtungen und in den Schulen. Voraussetzung zur Kostenübernahme ist, dass es sich um Veranstaltungen der Kindereinrichtung oder der Schule handelt. Die Bewilligungsbehörde kann im Einzelfall eine Bescheinigung über die tatsächliche Teilnahme verlangen. Die Erstattung der Mittel erfolgt an die Schulen/ Kindereinrichtungen oder im Einzelfall an die Eltern, wenn diese in Vorleistung gegangen sind.

### **Schulbedarf** **§28 Abs. 3 SGB II/ §34 Abs. 3 SGB XII**

Zum individuellen Schulbedarf gehören neben der Schultasche auch verschiedene Materialien wie Füller, Zeichenmaterialien, Arbeitshefte, Zirkel oder Sportbekleidung. Diese Gegenstände werden in der Regel als Grundausrüstung mit Beginn des Schuljahres angeschafft. Die Behörde zahlt in zwei Raten, am 1. August 70 Euro und am 1. Februar 30 Euro. Da es sich um eine zweckbestimmte Geldleistung handelt, kann die Bewilligungsbehörde

einen entsprechenden Nachweis über die sachgerechte Verwendung der Mittel verlangen.

### **Schülerbeförderung**

#### **§28 Absatz 4 SGB II/ §34 Absatz 4 SGB XII**

In den Bundesländern werden Schülerfahrkosten auf der Grundlage der jeweiligen Schulgesetze und der Satzungen der Städte und Gemeinden nach der Schülerbeförderungskostensatzung erstattet. Eine zusätzliche Erstattung der Kosten kommt daher nur dann in Betracht, wenn kein Anspruch nach der Schülerfahrkostenverordnung besteht oder ein Eigenanteil, der nicht aus dem Regelbedarf gedeckt werden kann, zu zahlen ist.

Voraussetzungen für die Übernahme ist der Besuch der nächstgelegenen Bildungseinrichtung des gewählten Bildungsganges. Da es sich um eine zweckbestimmte Geldleistung handelt, muss der Erwerb der Fahrkarte bei Bedarf nachgewiesen werden.

### **Lernförderung**

#### **§ 28 Absatz 5 SGB II/ § 34 Abs. 5 SGB XII**

Die Schulgesetze der Bundesländer garantieren das Recht auf die individuelle Förderung jedes Kindes. Das ist generell die Anforderung an die tägliche Unterrichtsgestaltung.

In Einzelfällen kann eine zusätzliche außerschulische Lernförderung notwendig sein, die durch die Schule nicht erbracht werden kann. Nur in diesen Fällen können die Kosten beim zuständigen Leistungsträger beantragt werden.

Bedingungen für die Übernahme der entstehenden Kosten sind:

- die erreichbare Versetzung in die nächste Klassenstufe
- in Grundschulen die erfolgreiche Versetzung nach Beendigung der Schuleingangsphase
- in der Erprobungsstufe die aussichtsreiche Versetzung in die Klasse 6
- in Abschlussklassen weiterführender Schulen die Erreichung des Schulabschlusses
- längere Abwesenheit vom Unterricht durch Unfall oder Krankheit
- oder die Vorbereitung von Nachprüfungen.

Die Schulleitung muss bestätigen, dass die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen und dass nach derzeitigem Stand von einem voraussichtlichen Lernerfolg auszugehen ist. Anspruchsberechtigt sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr. Da es sich um eine zweckbestimmte Geldleistung handelt, muss die Teilnahme am Förderunterricht nachgewiesen werden.

#### **Mittagsverpflegung in Kita, Schule, Hort § 28 Abs. 6 SGB II/ § 34 Abs. 6 SGB XII**

Grundsätzlich ist die Mittagsverpflegung im Regelbedarf von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Jedoch ist das Mittagessen in der Gemeinschaftseinrichtung in der Regel teurer als das Mittagessen zu Hause. Die Eltern zahlen an den Essenanbieter einen geringen Eigenanteil von einem Euro je Mittagessen. Die Bewilligungsbehörde rechnet mit dem Essenanbieter die tatsächlichen zusätzlichen Kosten unmittelbar ab. Die Einsparung durch die Eltern wird nicht auf den Regelbedarf angerechnet.

## **4. Phasen des Untersuchungsprojektes**

### **4.1 Vorbereitung**

Das Ziel unserer Untersuchung sollte sein, mittels Fragebogen Daten zum Bildungspaket von Familien in zwei Chemnitzer Kindertagesstätten zu erheben und auszuwerten. Zwei unserer Hypothesen lauteten, dass nicht alle anspruchsberechtigten Familien das Bildungspaket nutzen und sich die Chancen zur Teilhabe der Kinder mit der Bereitstellung dieses Bildungspaketes nicht erhöhen. Wir wissen, dass auf Grund der relativ geringen Datenmenge aus den Fragebögen nur ein Trend sichtbar werden kann.

Die dafür notwendigen Daten stimmten wir auf die Fragestellung unserer Arbeit ab, um die theoretischen Ausführungen mit Fakten belegen zu können.

Die Auswahl der zwei Kindereinrichtungen bezog sich auf unsere Arbeitsstätten, zum einem auf die Kindertagesstätte „Glückskäfer“ der KINDERVEREINIGUNG Chemnitz e.V. und den Hort Hoffmannstraße 35 der Stadt Chemnitz.

Auf Grund unseres zeitlich, personell und organisatorisch begrenzten Rahmens war es uns nicht möglich, einen größeren Anteil der Chemnitzer Kindertagesstätten zu untersuchen.

In unseren Einrichtungen erhielten alle Eltern einen Fragebogen ausgehändigt bzw. wurde dieser über die Hortkinder mit nach Hause gegeben. In der Kita „Glückskäfer“ wurden 118 Fragebögen und im Hort Hoffmannstraße 35 187 Fragebögen ausgeteilt.

Aus den persönlichen Erfahrungen im Umgang mit Fragebögen und nach einer Literaturrecherche stellten wir unseren Fragebogen anhand unserer vordringlichsten Fragen zusammen. Unser Fragebogen enthielt offene und geschlossene Fragen und war übersichtlich und leicht verständlich verfasst. Wir achteten dabei auf den Bedeutungsgehalt der Begriffe.

Am Beginn des Fragebogens standen Fragen zur persönlichen Familiensituation. Sie waren schnell und einfach zu beantworten. Bei

geschlossenen Fragen wurden die Antwortvorgaben durch die Verfasser mit möglichen Antworten klassifiziert. Dabei standen Frage und Antwort in einem Zusammenhang, beziehen sich somit auf einen konkreten Sachverhalt (Faktenfragen).

Um die Standpunkte und Stimmungen der Eltern zu erfassen, endete unser Fragebogen mit einer Meinungsfrage. Hier hatten die Eltern die Möglichkeit, ihre Gedanken und Meinungen selbst zu formulieren.

Die Fragestellungen (Items) sind aus eigenen Überlegungen, Alltagsbeobachtungen, Praxis- und Erfahrungswerten abgeleitet worden. Folglich haben wir auch ExpertInneninterviews als Ideenquelle für die Formulierung der Items verwendet.

Der Fragebogen richtete sich an Leistungsempfänger und Nichtleistungsempfänger des Bildungspaketes. Um die Erhebung von Daten auf verschiedene Bereiche des Bildungspaketes beziehen zu können, wurden alle Eltern mittels Fragebogen erfasst.

## **4.2 Datenerhebung**

Eine Erhebung von Daten kann sich auf Daten beziehen, die man selbst erfasst hat oder die bereits vorhanden und zusammengestellt wurden.

- Primärerhebung (Erhebung eigener Daten durch unsere Fragebögen)
- Sekundärerhebung (Auswertung vorhandener Daten nach der Befragung der Mitarbeiterinnen aus dem Sozialamt und dem Jobcenter der Stadt Chemnitz)

### **Primärerhebung mittels Fragebögen**

Wir haben den Fragebogen in einer möglichst hohen Anzahl an die Eltern der beiden Einrichtungen ausgegeben, in der Kita „Glückskäfer“ (118 Stück) am

05.12.2011 und im Hort Hoffmannstraße (187 Stück) am 06.12.2011. Durch einige beurlaubte oder kranke Kinder konnten in beiden Einrichtungen die Fragebögen nicht zu 100% im vorgegebenen Zeitraum ausgegeben werden. Bei den befragten Familien handelt es sich um Personen aus ähnlichen Sozialräumen der Stadt Chemnitz.

Auf Grund der Überschaubarkeit der Fragenmenge und persönlichen Bekanntheit der Verfasser der Fragebögen, konnten wir einen großen Rücklauf der Bögen verzeichnen. Der Fragebogen wurde so konzipiert, dass er theoretisch von allen Eltern beantwortet werden konnte.

#### Rücklaufquote der Kindereinrichtungen

| Einrichtung            | angeschrieben | geantwortet | Rücklaufquote |
|------------------------|---------------|-------------|---------------|
| Kita „Glückskäfer“     | 118           | 82          | 69,49%        |
| Hort<br>Hoffmannstraße | 187           | 97          | 51,87%        |
| gesamt                 | 305           | 179         | 58,69%        |

Quelle: Datensatz BIPA, Chemnitz

Um die Antworten der Fragebögen erfassen und analysieren zu können, war es notwendig, diese in vorbereitete Datenmasken in den Computer einzugeben. Bereits während der Erstellung der Fragebögen wurde darauf geachtet, wie die spätere Erfassung erfolgen soll. Für die Auswertung der erhobenen Daten nutzten wir das in der Hochschule Mittweida/ Außenstelle Roßwein vorhandene Datenerfassungssystem SPSS, eine Statistik-und Analyse-Software. Aus den Fragestellungen der Fragebögen wollten wir Rückschlüsse ziehen, um Trends zu erfassen und Daten gegenüber zu stellen. Als Erstes fragten wir nach dem Familienstand der Eltern und der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder. Für uns war die Frage relevant, um später Vergleiche ziehen zu können, welche Anzahl von Verheirateten und Alleinerziehenden das Bildungspaket in Anspruch nehmen.



### Verheiratet oder Alleinerziehend

| Familienstand               | 1 Kind | 2 Kinder | 3 und mehr Kinder |
|-----------------------------|--------|----------|-------------------|
| Verheiratet/zusammen lebend | 46     | 70       | 22                |
| alleinerziehend             | 26     | 13       | 2                 |

Quelle: Datensatz BIPA, Chemnitz

Im Rahmen in einer weiteren Frage wurde nach der Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungspaket gefragt.

### Leistungen aus dem Bildungspaket

|                          | Kita-Kinder | Schulkinder |
|--------------------------|-------------|-------------|
| Mittagessen              | 31          | 25          |
| Kultur                   | 4           | 2           |
| Sportverein              | 4           | 6           |
| Ausflüge, Jugendherberge | 4           | 2           |
| Schulbedarf              |             | 17          |
| Schülerbeförderung       |             | 3           |
| Lernförderung            |             | 3           |

Quelle: Datensatz BIPA, Chemnitz

Haben sich die Antragstellungen der Eltern im Verlauf des Jahres 2011 tatsächlich erhöht? 45 Eltern beantworten diese Frage wie folgt.

### Häufigkeit der Antragstellung

| seit Beginn an | mehr als 6 Monate | zwischen 1 und 6 Monaten | weniger als 1 Monat |
|----------------|-------------------|--------------------------|---------------------|
| 22             | 3                 | 17                       | 3                   |

Quelle: Datensatz BIPA, Chemnitz

## **Sekundärerhebung durch Befragung der Mitarbeiterinnen des Sozialamtes und des Jobcenters in Chemnitz**

Mit der am 6. Dezember 2011 durchgeführten Befragung von Mitarbeiterinnen aus den Bewilligungsbehörden erhofften wir uns sachbezogene Aussagen und erste Evaluierungen seitens der Ämter.

Das Bildungspaket wird in der Stadt Chemnitz im Durchschnitt zu 60% (Stand November 2011) von den Anspruchsberechtigten angenommen, das heißt, dass Chemnitz über dem bundesweiten Durchschnitt von ca. 45 % liegt (Stand November 2011).

Leistungsberechtigte gemäß §2 Asylbewerberleistungsgesetz werden zu 100% erreicht. Diese absolute Erreichbarkeit ist auf die geringe Anzahl von Asylbewerbern zurückzuführen (26 Personen) und beruht auf einer 1 zu 1 Betreuung durch MitarbeiterInnen des Sozialamtes und der Ausländerbehörde.

Die Leistungsberechtigten aus SGB II sind zu 50% (Stand November 2011) erreicht. Auch hier liegt Chemnitz über dem Bundesdurchschnitt mit 43,5% (Stand November 2011).

Der Präsident des Deutschen Landkreistages Herr Duppre äußerte sich im Juni 2011 zur Inanspruchnahme wie folgt: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle Kinder Sport treiben oder Musikunterricht nehmen wollen“. Die Zahlen steigen signifikant an und es werden zunehmend mehr bedürftige Kinder erreicht. Illusorisch bleibt die Annahme, so die Mitarbeiterinnen der Behörden, alle Leistungsberechtigten zu erreichen. Hier müssten neben den Ministerien auch die kommunalen Ebenen noch mehr nachbessern. Einige Änderungen sind bereits in Vorbereitung, z.B. die Beantragung des Bildungspaketes mit einem sogenannten „Globalantrag“ zu vereinfachen oder mit dem GEZ-Gebührenbescheid zu koppeln.

Es gibt Unterschiede bei der Art der Bearbeitung der Anträge im Sozialamt und im Jobcenter. Während das Jobcenter jeden Antrag manuell bearbeitet (längere Bearbeitungsdauer bei 90% der Beantragungen durch die Leistungsberechtigten), wird im Sozialamt eine computergestützte Fachanwendung der Sozialhilfe übernommen, um Bearbeitungszeiten zu minimieren.

Es erfolgt in beiden Ämtern eine nachrangige Bearbeitung des Bildungspaketes. Erst müssen die Grundleistungen bewilligt werden (ALG II, Wohngeld, BKKG), um weitere Ansprüche ableiten zu können. Die technischen und personellen Voraussetzungen sind noch nicht ausgereift, um die Bearbeitungszeiten weiter zu minimieren.

Gegenwärtig können Bearbeitungszeiten von mehreren Monaten entstehen. Seit Ende des vergangenen Jahres ist ein schnelleres Vorankommen zu verzeichnen, da kaum noch Änderungen der Anträge erfolgen müssen, viele Daten vom vorherigen Antrag übernommen werden können und die Mitarbeiter eingearbeitet sind.

Schwierigkeiten treten bei den unterschiedlichen Bewilligungszeiträumen auf. Das kann in Zeiträumen von einem Jahr, sechs Monaten, drei Monaten oder einem Monat variieren.

Die Bearbeitungszeiten im Sozialamt können durch konstantes Personal erheblich verkürzt werden und somit erfolgt eine kontinuierliche Aufarbeitung der Anträge und Rückstände. Bei Urlaub der MitarbeiterInnen bleiben diese Anträge jedoch liegen.

Die Ein-Monats-Bewilligungen werfen die meisten Probleme auf, da mit der Antragstellung die Bewilligung schon fast abgelaufen ist.

Der zahlenmäßig größte Leistungsabruf durch die Leistungsberechtigten erfolgt im Leistungsbereich des Mittagessens und der Ausflüge. Das Mittagessen ist der „Renner“ des Bildungspaketes, deshalb ist dieses unter den Nutzern als „Fresspaket“ bekannt.

Mit dem „Chemnitzpass“ subventionierte die Stadt Chemnitz das Mittagessen in den Kindereinrichtungen und Schulen bereits im Zeitraum Januar 2005 bis Dezember 2010 für bedürftige Familien. Daher ist die Zahl der Familien, die diese Leistungen erhalten und nutzen, eher konstant geblieben. Anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche in den Sekundarstufen I und II werden mit zunehmendem Alter weniger oder gar nicht mehr erreicht. Hier liegen in den Ämtern wenige oder keine Anträge für die Mittagsversorgung vor. Die Einsparungen, die mit der Bewilligung einhergehen, werden nicht auf den Regelsatz angerechnet.

Die Umsetzung von Verwaltungsvorgaben zwischen Ämtern und Essenanbietern stieß anfänglich auf große Skepsis. Mit der Durchführung von regelmäßigen Beratungen wurden die Hürden abgebaut und mögliche Verbesserungen abgestimmt. Gegenwärtig gibt es keine Probleme. Die Essengeldabrechnung erfolgt fast optimal. Die Essenanbieter entscheiden selbst über die Abrechnung mit dem Jobcenter oder Sozialamt. Trotz unterschiedlicher Beantragungen sind die Ämter mit dem Abrechnungsmodus zufrieden. Die Anzahl der Essengeldanträge beträgt 5.148 beim Jobcenter, wobei nur 82 Anträge abgelehnt wurden.

In den Sport-, Musik- und Freizeitvereinen der Stadt Chemnitz konnte seit Einführung des Bildungspaketes keine Erhöhung der Mitglieder- bzw. Teilnehmerzahlen verzeichnet werden. Gleichzeitig ist eine finanzielle Entlastung der Eltern durch die Bewilligung der Anträge zum Bildungspaket bei den Leistungen nach „Soziale und kulturelle Teilhabe“ zu verzeichnen, welche bereits ihre Kinder an diesen Aktivitäten teilhaben lassen.

Zur Finanzierung der Lernförderung ist nach der ersten Auswertungsrunde ein Kontingent aus Nachhilfestunden eingeführt worden, indem die Ferienzeit als optimale Lernzeit gesehen wird, um Lernstoff nachzuholen. Die Zuweisung besteht aus 52 Unterrichtseinheiten innerhalb oder außerhalb der Schulzeit pro Schuljahr, welche problemlos für das neue Schuljahr vereinfacht nachbeantragt werden können. Dieses Paket zur Lernförderung nehmen in Chemnitz derzeit 221 SchülerInnen in Anspruch.

Im Rahmen der Schülerbeförderung ist die Beantragung gering. Der Regelbedarf weist einen Eigenanteil der SchülerInnen aus und wird auf Grund des Warenkorb relativ hoch angesetzt. Anträge werden vorwiegend über das Schulamt gestellt. Der Mehrbetrag wird dann als Grundlage für eine Berechnung der Leistungen aus dem Bildungspaket genommen, wird aber wegen Geringfügigkeit meist nicht bewilligt (insgesamt 143 Anträge).

Die Eltern müssen gegenwärtig für eine Reihe von Leistungen In-Vorkasse gehen, auch wenn die Beantragung pünktlich erfolgte. Sechs Wochen vor Ablauf der Leistungen ist eine erneute Antragstellung möglich und die Eltern werden gegebenenfalls darauf hingewiesen.

Die MitarbeiterInnen dieser Behörden beschäftigten sich Anfang Dezember 2011 mit folgenden Fragen:

- Womit kann man noch mehr Familien mit Kindern für das Bildungspaket erreichen?
- Warum gibt es keine Lernförderung für die nächst höhere Schulart oder bevor Versetzungsgefahr besteht?
- Wie kann ein weiterer Bürokratieabbau erfolgen?
- Was kann den verschiedenen Einrichtungen helfen, um effizienter am Bildungspaket mitzuwirken?

Für das Bildungspaket werden zusätzliche Verwaltungs- und Sachkosten vom Bund bereitgestellt, es erfolgt ein pauschaler Ausgleich. Beide Ämter erhalten 36% mehr Zulagen vom Bund für das Bildungspaket, wobei 11% für höhere Verwaltungskosten bestimmt sind. Die 25% verbleibenden Prozente für das Bildungspaket waren zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht ausgeschöpft. Bund und Kommune sind für die Bereitstellung der Mittel verantwortlich. Die 11% für Verwaltungskosten werden pauschal zugewiesen. 2013 möchte der Bund eine „spitze Abrechnung“, das heißt, nur das Geld aus den Bewilligungen von Leistungen aus diesen Gesetzen erhält die Kommune.

Die Ausgaben bis zum 31.10.2011 belaufen sich auf 1.135.484,00 € (ohne Verwaltungskosten). Es sind dabei alle Ausgaben berücksichtigt, die direkt beim Kind ankommen.

Mehrausgaben für das Bildungspaket sind ab Januar 2012 im Bereich der Leistungen zum Mittagessen zu erwarten. Mit dem Wegfall der Subventionierung für die Verpflegung in Kitas und Schulen durch die Stadt Chemnitz ab Januar 2012 erhöhen sich die Preise für das Mittagessen. Jeder Essenanbieter kalkuliert seine Preise für das Mittagessen neu. Für bedürftige Kinder im Sinne des Bildungspaketes trägt der Bund die Kosten der Erhöhung.

Die Stadt Chemnitz zählt landesweit in Sachsen als Vorreiter in Punkto Bildungspaket, Zwickau und Mittweida folgen diesem guten Beispiel.

Bei Informationsbedarf suchen die MitarbeiteInnen die jeweiligen Einrichtungen auf und stellen sich für Auskünfte zur Verfügung. Damit wird über die Leistungen aus dem Bildungspaket an den entsprechenden Stellen aufgeklärt.

Die Informationen sind transparent und nachvollziehbar. Die Einführung des Bildungspaketes ist für Chemnitz in Bezug auf andere Städte gut und relativ reibungslos verlaufen. Bezugnehmend auf die Aussagen der MitarbeiteInnen nimmt Chemnitz in diesem Punkt eine „Vorreiterrolle“ ein.

### **4.3 Ergebnispräsentation**

Unsere Untersuchung zur Umsetzung des Bildungspaketes stellt nur eine Stichprobe dar und erfasst den Stand der Daten im Dezember 2011 in zwei Chemnitzer Kindertagesstätten.

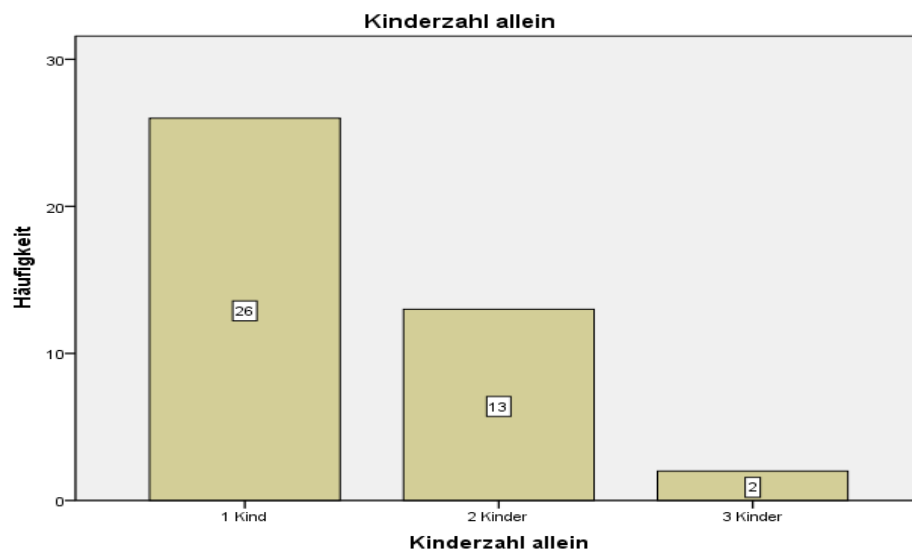
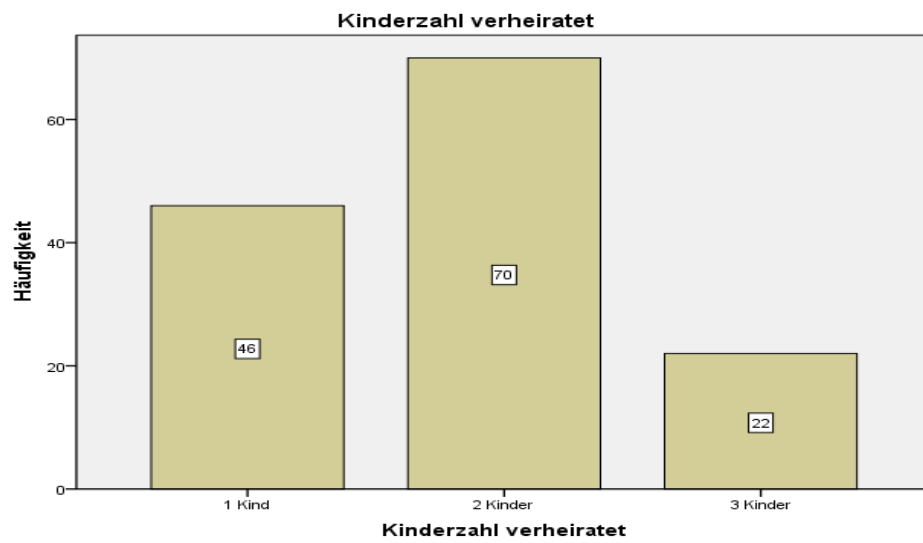
Bei 2,5 Millionen möglichen Leistungsberechtigten Kindern und Jugendlichen in Deutschland, ist unsere Erhebung von Daten nicht repräsentativ. Bezogen auf die Rücklaufquote unserer Fragebögen von durchschnittlich 58,69 % und von 45 der 179 (25,14 %) Familien die das BIPA nutzen, kann unsere Untersuchung möglicherweise nur ein festzustellender Trend sein.

Die nachfolgenden Diagramme und Tabellen erheben Daten ausschließlich aus unseren Fragebögen und der Erfassung mit dem SPSS der Hochschule Mittweida/ Roßwein und sind im Anhang einzusehen.

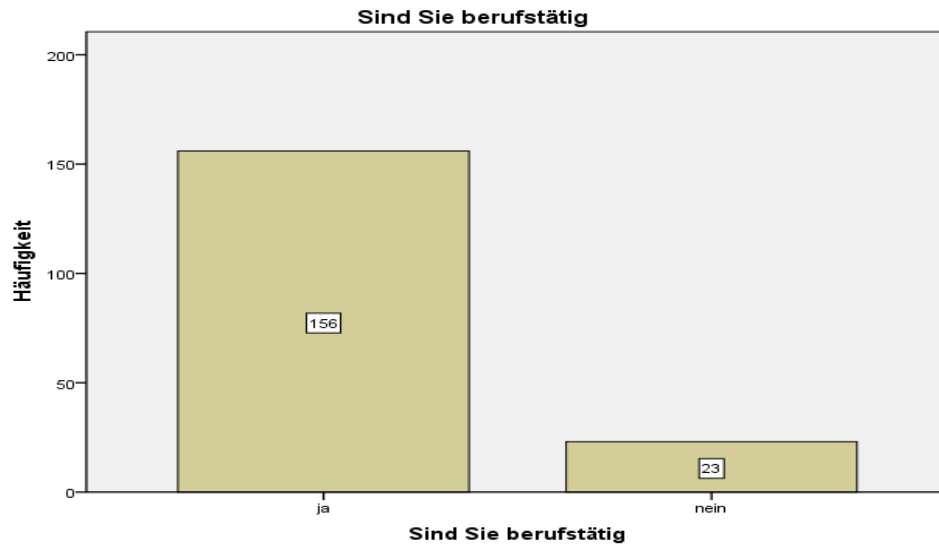
Wir vergleichen Daten mit den Aussagen der Mitarbeiterinnen aus dem Sozialamt und dem Jobcenter.

#### **Lebensverhältnisse der Familien**

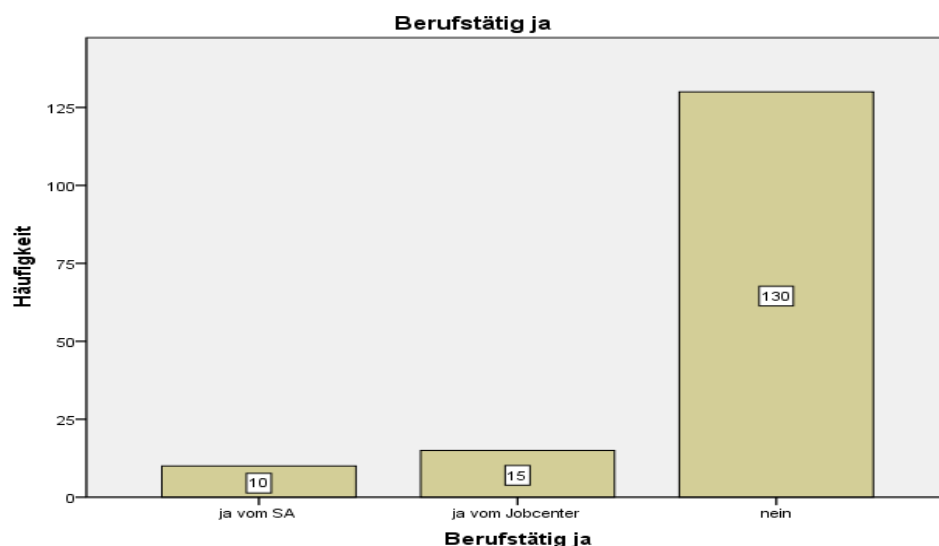
Von unseren 179 befragten Familien leben 138 in vollständige Familien zusammen und 41 Familien in alleinerziehenden Haushalten. Beide Personengruppen haben unterschiedlich viele Kinder.



In beiden Kindereinrichtungen geht die Mehrzahl der Eltern einer Berufstätigkeit nach. Nur 12,85% (23) sind gegenwärtig ohne Beschäftigung.



Trotz der Berufstätigkeit benötigen 25 Familien zusätzliche Leistungen aus dem SGB II oder SGB XII. Das entspricht einer Quote von 16,13%. Mit Leistungen aus dem SGB II können es sogenannte „Aufstocker“ sein. Das Haushaltseinkommen dieser Familien kann geringfügig über den Regelbedarfsgrenzen des SGB II liegen. Daher erhalten sie aufstockende Leistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag. In unserer Erhebung haben wir nicht unterschieden, wie viele Elternteile einer Familie der Erwerbstätigkeit nachgehen. Insofern können Familien sowohl Leistungen aus SGB II oder SGB XII beziehen.

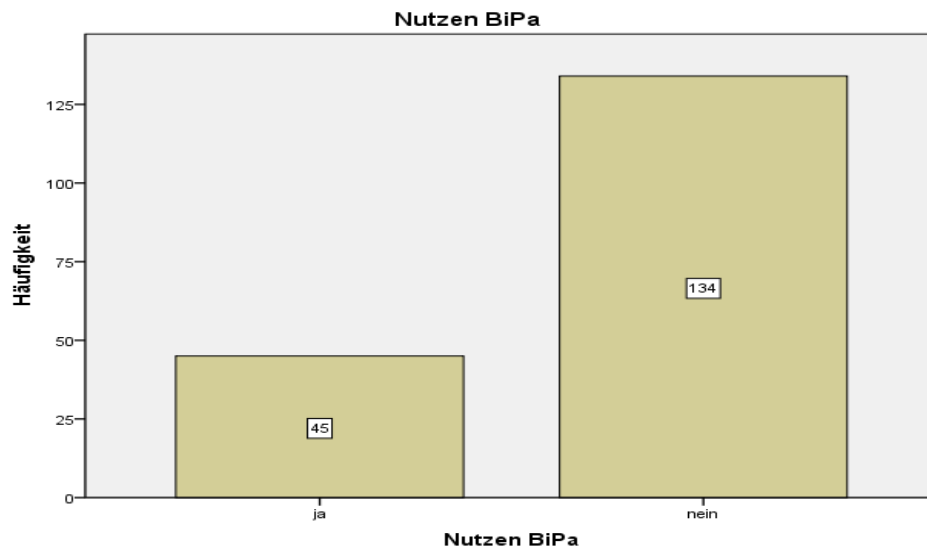


Von Familien, in denen die Eltern nicht berufstätig sind, erhalten 18 Familien Leistungen aus SGB II, 4 Familien erhalten Sozialhilfe und 9 Familien erhalten Leistungen aus SGB XII. Hier fällt auf, dass Familien die Zuordnung der



Leistungsgrundlage nicht exakt benennen konnten oder unsere Fragestellung nicht eindeutig war.

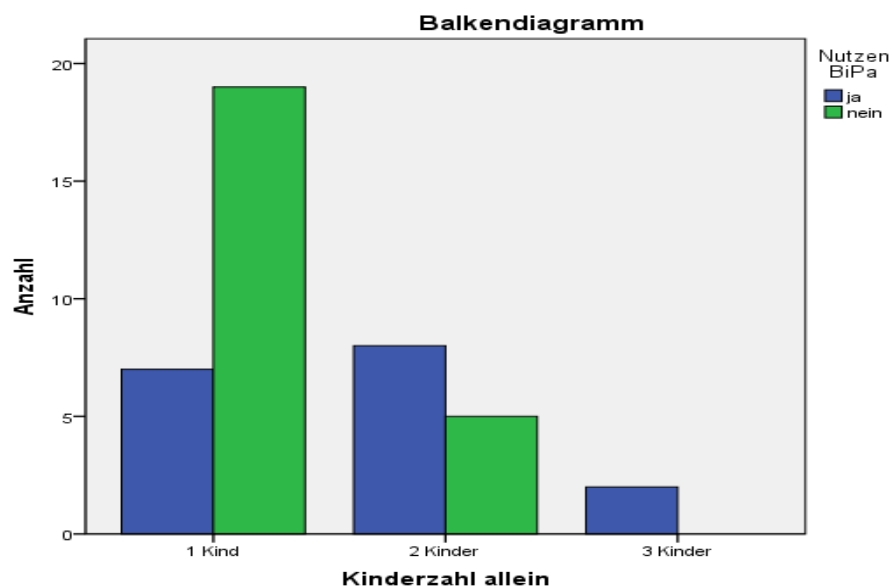
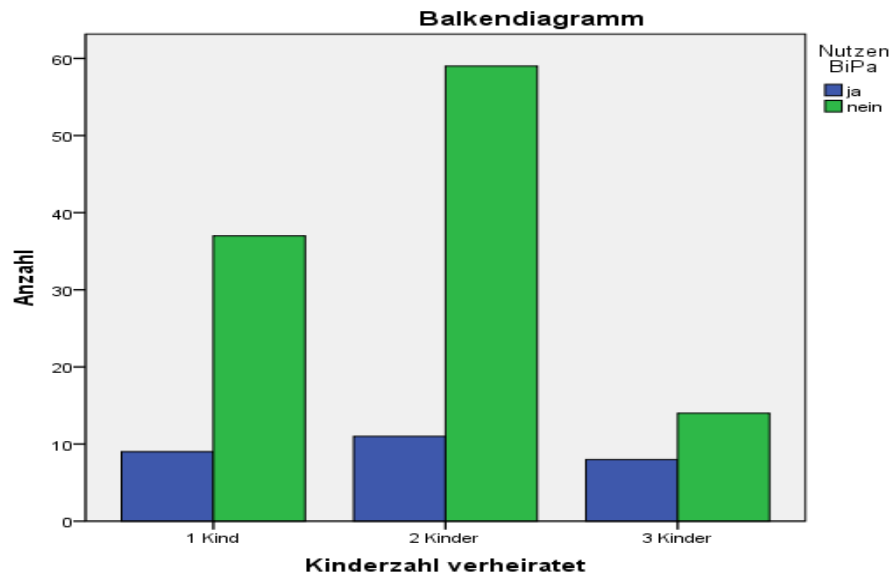
Von unseren 179 befragten Familien nutzen 45 Familien das Bildungspaket. Das entspricht einer Quote von 25,14%.



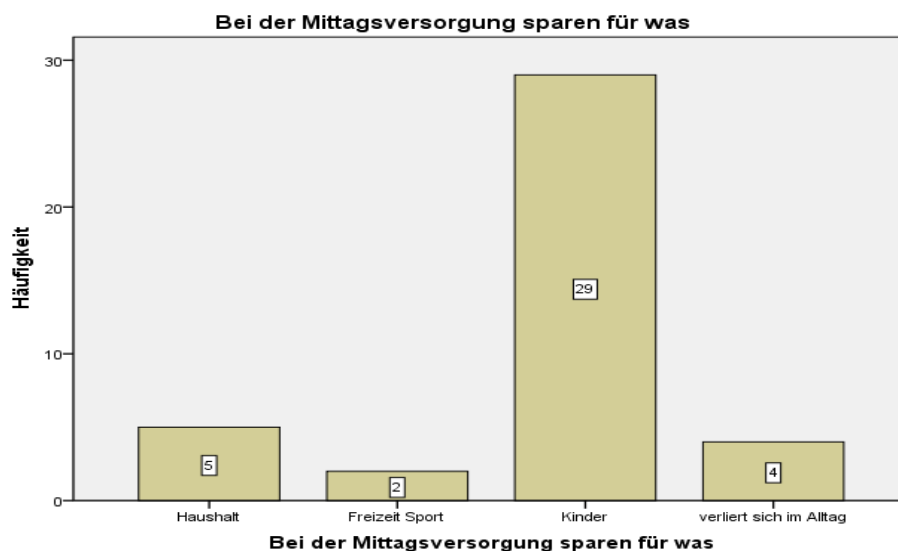
138 Kinder leben in Familien (verheiratet oder Lebensgemeinschaft), doch brauchen 28 von ihnen Leistungen aus dem SGB II oder SGB XII. Das entspricht 20,28%.

41 Kinder leben in Alleinerziehenden-Haushalten. Davon sind 22 Kinder auf Leistungen aus SGB II und SGB XII angewiesen. Die Quote der Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten beträgt 53,66% und ist damit mehr als doppelt so hoch. Alleinerziehende mit Kindern, vor allem mit zwei und mehr Kindern, sind folglich einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Hier spiegeln sich auch die Erhebungen für die gesamte Bundesrepublik wider, welche in der Fachöffentlichkeit belegt werden kann.

Aus der Datenanalyse geht hervor, dass 50 Kinder einen Leistungsanspruch haben, jedoch nur 45 Kinder das Bildungspaket nutzen. Das heißt, dass 5 Kinder von den Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten gegenwärtig ausgeschlossen sind.



Oft stehen geraden Eltern mit Bezug von Sozialleistungen in dem Verdacht, lieber das Geld für persönliche Dinge, an den Kindern vorbei, auszugeben. Wir wollten von den Eltern wissen, wofür sie zum Beispiel das eingesparte Essengeld verwenden und gaben vier verschiedene Lebensbereiche vor. Im Bezug auf die Mittagessenspreise in den untersuchten Kindertagesstätten, können die Eltern bis zu 34,50 € monatlich sparen. In der Übersicht ist erkennbar, dass die meisten Eltern das Geld gleichwohl für ihre Kinder ausgeben.



### Bildungs- und Teilhabepaket

Stellt sich die Frage, welche Leistungen die Eltern unserer Kinder nutzen. Liegen sie mit ihrer Nutzung tatsächlich im benannten Leistungsabruf, welcher von den Mitarbeiterinnen des Jobcenters und des Sozialamtes geäußert wurde?

Tatsächlich liegt das Mittagessen an vorderster Stelle, gefolgt vom Schulbedarf. Hier zeigt sich, dass Eltern am häufigsten auf Leistungen zurückgreifen, die ihnen zeitnah Haushaltsgeld sparen. So wird der Zuschuss zum Essengeld mit Bewilligungsbeginn sofort verrechnet und den Zuschuss zum Schulbedarf erhalten die Eltern ebenfalls vor der Anschaffung von Schulmaterial mit jedem neuen Schuljahr bzw. Schulhalbjahr.

### Leistungen aus dem Bildungspaket

|                          | Kita-Kinder | Schulkinder |
|--------------------------|-------------|-------------|
| Mittagessen              | 31          | 25          |
| Kultur                   | 4           | 2           |
| Sportverein              | 4           | 6           |
| Ausflüge, Jugendherberge | 4           | 2           |
| Schulbedarf              |             | 17          |
| Schülerbeförderung       |             | 3           |
| Lernförderung            |             | 3           |

Quelle: Datensatz BIPA, Chemnitz

Wie zufrieden sind die Eltern mit den Leistungen aus dem Bildungspaket? Die Übersicht zeigt, dass die Bewertung sehr unterschiedlich ausfällt. Vermutlich waren die Eltern mit den Wertigkeiten im Bezug zu der Fragestellung nicht vollständig vertraut. Wir hatten die Begriffe „sehr zufrieden“, „zufrieden“ und „unzufrieden“ nicht näher bestimmt.

Es bestätigt sich hier die vorher getroffene Aussage, dass das Mittagessen und der Schulbedarf als Leistungen am häufigsten genutzt werden. Auf Grund der meisten positiven Bewertungen ist anzunehmen, dass die Eltern auch die unkomplizierte und zeitnahe Verrechnung gern nutzen. Die Differenz zwischen der bewilligten Leistung und der tatsächlichen Inanspruchnahme beruht auf der Möglichkeit, eigenständig Leistungen nicht abzurufen.

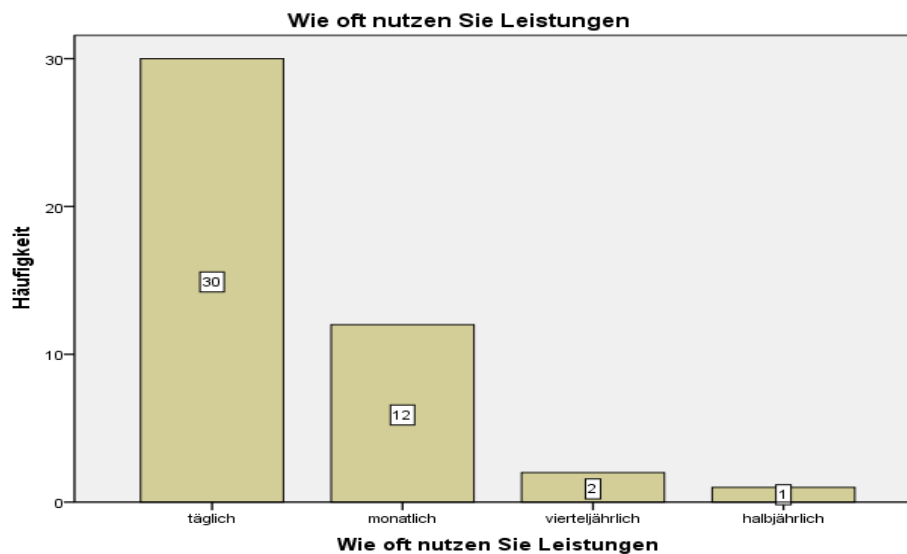
|                    | <b>Sehr<br/>zufrieden</b> | <b>zufrieden</b> | <b>unzufrieden</b> | <b>Keine<br/>Angaben</b> | <b>Gesamt -<br/>anzahl</b> |
|--------------------|---------------------------|------------------|--------------------|--------------------------|----------------------------|
| Lernförderung      | 0                         | 2                | 2                  | 5                        | 9                          |
| Mittagessen        | 17                        | 19               | 5                  | 1                        | 42                         |
| Kultur, Sport      | 2                         | 4                | 2                  | 6                        | 14                         |
| Ausflüge           | 8                         | 4                | 2                  | 4                        | 18                         |
| Schulbedarf        | 9                         | 7                | 2                  | 2                        | 20                         |
| Schülerbeförderung | 0                         | 0                | 1                  | 6                        | 7                          |

Nachdenklich macht uns die geringe Inanspruchnahme der Teilhabemöglichkeiten nach §28 SGB II. Die Nutzung der Angebote könnte theoretisch bei 100% liegen.

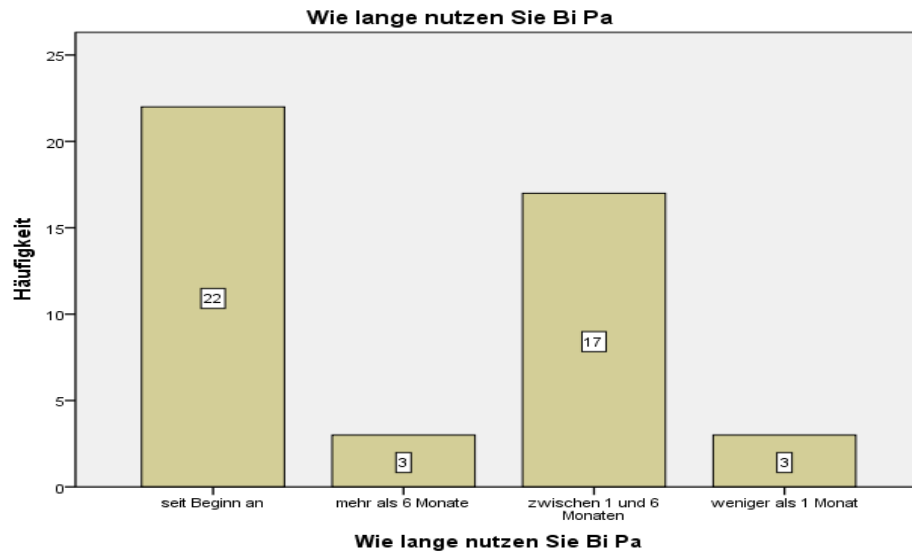
Die nachstehende Übersicht bestätigt die tägliche Nutzung des Bildungspakets über die Einnahme des Mittagessens in den Einrichtungen. Die anderen erfragten Nutzungszeiträume können sich auf die Teilhabeangebote beziehen. Die monatliche Nutzung kann man mit der Teilnahme von Veranstaltungen in den Kitas und Horten und Schulen sowie dem Sport- und Musikverein in Verbindung bringen. In der vierteljährlichen Nutzung finden sich

möglicherweise die Lernförderung oder die Ausflüge wieder. Die halbjährliche Nutzung ist anscheinend auf die Schulbedarfsleistung jeweils zu Beginn der Schulhalbjahre zurück zu führen.

Da die Angaben sehr ungenau erfolgten, ist anzunehmen, dass sich die Eltern unsicher in der Beantwortung der Frage waren. Das kann mit der Fragestellung im Zusammenhang stehen.

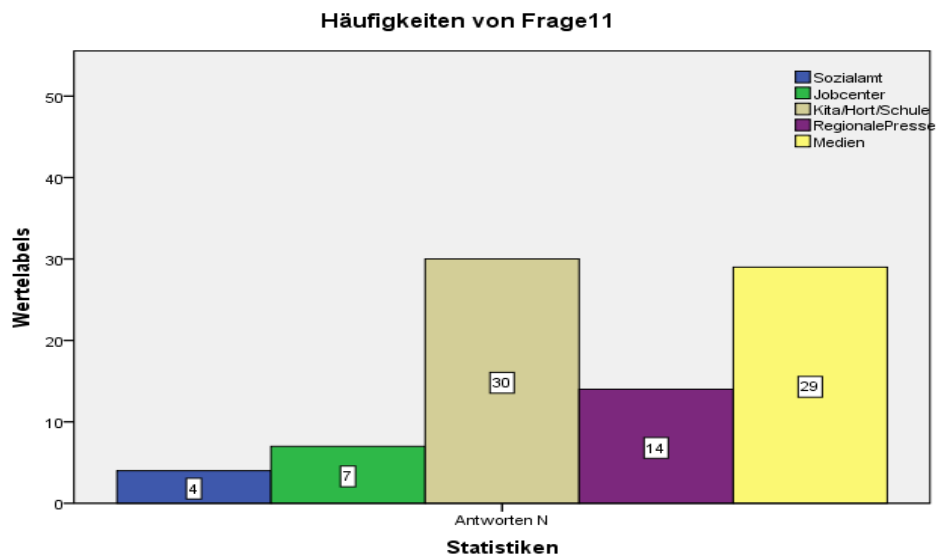


Oft wird davon gesprochen, dass noch nicht alle Leistungsberechtigten Familien über die Möglichkeiten des Bildungspakets informiert wurden. Nach einer ersten Welle der Beantragungen, sie liegt bei 22 Familien, die von Beginn an das Bildungspaket nutzen, kann eine zweite Welle beobachtet werden. Ihr Nutzungszeitraum liegt zwischen sechs bis einem Monat. Danach flacht die Neubeantragung ab. Möglicherweise sind die Eltern vom bürokratischen Aufwand abgeschreckt oder ihre Bewilligung läuft noch. Die Gründe wurden nicht erfragt.



### Beratung zum Bildungspaket

Nach Meinung der Eltern haben die Kindertagesstätten, Horte und Schulen den Auftrag der Bundesregierung zur Aufklärung über das Bildungspaket am häufigsten erbracht. Gefolgt von den Medien überregional und regional. Erstaunlich sind die Daten in Bezug auf die Informationsweitergabe vom Sozialamt und dem Jobcenter. Sie erhalten die schlechteste Einschätzung.

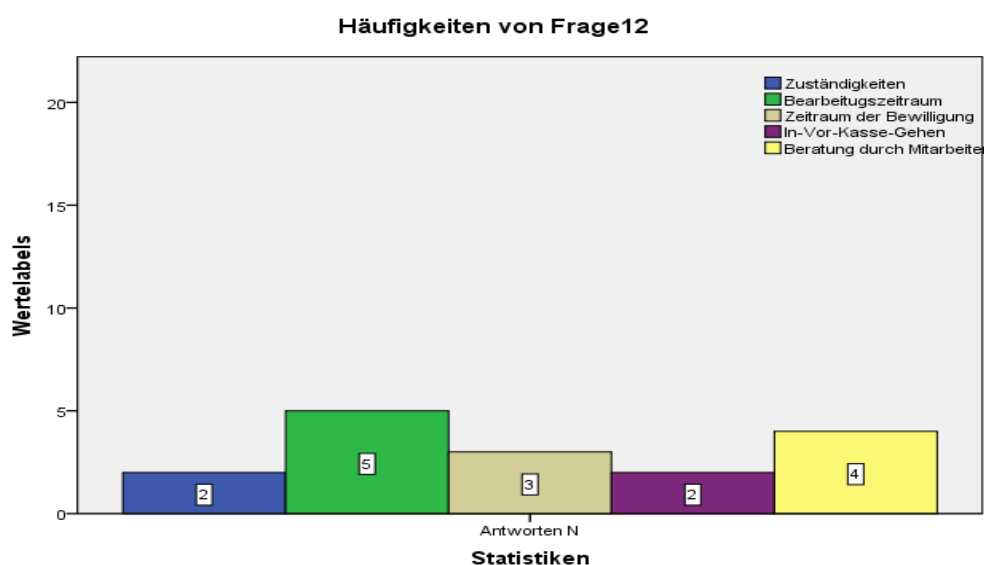


In diesem Zusammenhang sei auf die Aufgabe der Medien verwiesen, insbesondere des Fernsehens. Sie erhalten hier eine positive Bewertung. Es ist bekannt, dass über dieses Medium die meisten Leistungsempfänger erreicht werden können (Befreiung der GEZ-Gebühren). Gegenwärtig spielt die Bewerbung des Bildungspaketes oder die Berichterstattung über positive Beispiele der Inanspruchnahme keine Rolle.

Wir fragten die Familien, welche das Bildungspaket nutzen, nach ihren Erfahrungen mit den zuständigen Behörden. Wir vermuteten, dass einige Leistungsberechtigte den Weg zu den Ämtern auf Grund vorangegangener Erfahrungen scheuten.

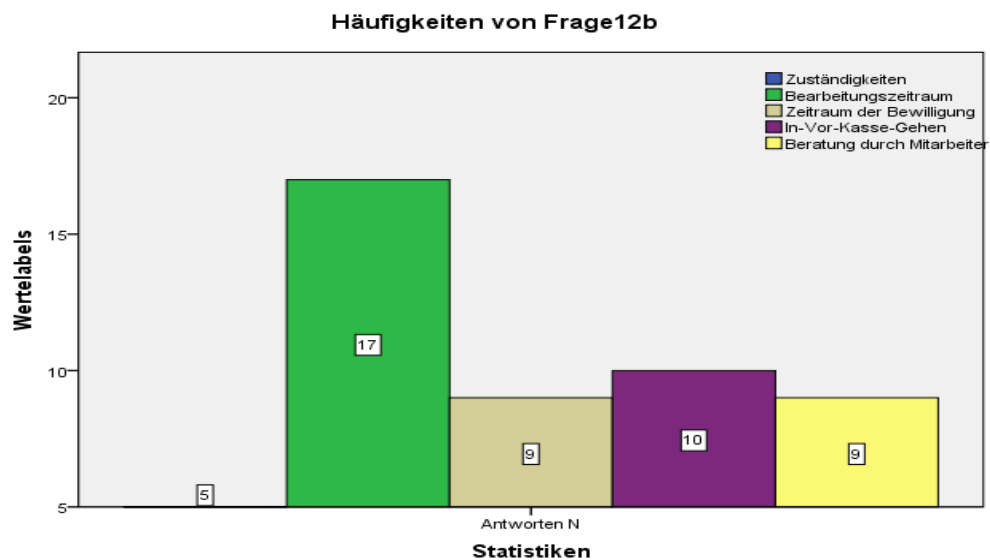
Vor weg genommen, erhält das Sozialamt insgesamt eine positivere Einschätzung durch die Eltern (16).

Die Anzahl der Probleme war geringer. So schätzten die Eltern die in den Personen begründeten Probleme negativer ein, als bestimmt Problemlagen, die sich aus Sache selbst ergaben. Gerechterweise muss hier erwähnt werden, dass das Sozialamt wesentlich weniger Anträge zu bearbeiten hat als das Jobcenter. Das Verhältnis der Anträge ist zwischen Sozialamt und Jobcenter ca. bei 1:3.



Im Jobcenter zeigen sich vier Problemlagen. 17 der insgesamt 50 Betragten schätzten den Bearbeitungszeitraum als besonders problematisch ein, gefolgt von In-Vorkasse- Gehen, sowie den Bewilligungszeitraum und die Beratung durch die MitarbeiterInnen.

Diese Ergebnisse decken sich mit den Aussagen der Mitarbeiterinnen dieser Ämter. Sie waren mit der Umsetzung zu Beginn zeitweise fachlich, technisch und personell überfordert.





## **5. Reflexionsebenen**

### **5.1 Reflexion aus der Sicht der Mitarbeiterinnen von Sozialamt und Jobcenter in Chemnitz**

Das Bildungspaket wird in Chemnitz von 60% der Anspruchsberechtigten genutzt, wobei es sich auf die verschiedenen Anspruchsbereiche im Sozialgesetzbuch unterschiedlich aufteilt. Als besonders schwierig schilderten die Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen die Erreichbarkeit der älteren Kinder und Jugendlichen. Überlegungen wurden dahingehend vorgenommen, die Zusammenlegung der Beantragung zum Bildungspaket mit der GEZ-Gebührenzahlung zu verbinden.

Durch die unterschiedlichen Bewilligungszeiträume treten Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Bearbeitung durch die Ämter auf, insbesondere die monatliche Beantragung zeigt Verzögerungen auf. Die Neuansträge nehmen viel Bearbeitungszeit in Anspruch. Bei rechtzeitiger Antragstellung müssen die Eltern nicht in Vorkasse gehen. Durch ein (jetzt) konstantes Personal in den zuständigen Ämtern werden die Bearbeitungszeiträume eingehalten, Urlaub und Krankheit der Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen können zu Verzögerungen führen.

Technische Voraussetzungen sind in den Ämtern nicht gleichermaßen vorhanden. Das Jobcenter bearbeitet die Anträge manuell, während das Sozialamt eine computergestützte Fachanwendung der Sozialhilfe verwendet. Eine Vereinheitlichung würde eine größere Überschaubarkeit und Vergleichbarkeit der Antragstellungen bringen und der Austausch zwischen den Ämtern wäre vereinfacht.

Die einzelnen Leistungsbereiche des Bildungspaketes werden unterschiedlich stark in Anspruch genommen. Von den Eltern am meisten angenommen werden die Vergünstigungen der Essenversorgung in den Kindertageseinrichtungen, besonders im Krippen-, Kindergarten- und Hort- bzw. Grundschulbereich. In den weiterführenden Schulen ist keine steigende Tendenz der Inanspruchnahme der Essensversorgung zu verzeichnen, dort geht

weiterhin der Trend der Jugendlichen laut Aussage des Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Sozialamtes und Jobcenters in Richtung Fast-Food.

Durch die gute Inanspruchnahme der Essenversorgung wird dieses Bildungspaket in den jeweiligen Ämtern „Fresspaket“ genannt. Die Verrechnung läuft mit den Ämtern und den Anbietern der Essenversorgung fast optimal. Der Zeitpunkt der Abrechnung der Portionen wird von beiden Seiten individuell geregelt.

Ab dem Jahre 2012 entfällt die Subvention des Mittagessens für die Kindertageseinrichtungen in Chemnitz, somit müssen die betroffenen Eltern, welche nicht das Leistungspaket in Anspruch nehmen können, noch tiefer in die Tasche greifen. Jobcenter und Sozialamt sehen in einem geringeren Essenbeitrag zur Unterstützung aller Familien eine bessere und gerechtere Variante, um alle Eltern finanziell zu entlasten.

Die Übernahme der Beiträge für die Teilhabe in Vereinen ist mit 10€ pro Monat zu gering, um eine steigende Zahl neuer Mitglieder aus den anspruchsberechtigten Familien zu verzeichnen. Diejenigen Eltern, welche bereits ihre Kinder in Vereinen organisieren, nutzen diese finanzielle Unterstützung. Leider werden keine neuen Familien erreicht. Die gleichzeitige Nutzung verschiedener Freizeitangebote pro Kind sind kaum realisierbar, da diese 10€ auf alle Vereine gesplittet werden müssten.

Laut Aussage der zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Jobcenters und Sozialamtes sind die Informationen zur Aufklärung über die Inanspruchnahme des Bildungspaketes transparent und nachvollziehbar. Die Einführung des Paketes zur Bildung und Teilhabe ist für Chemnitz ohne größere Schwierigkeiten und Zwischenfälle verlaufen. Unsere Stadt nimmt in diesem Punkt eine „Vorreiterrolle“ ein, indem sie anderen Städten und Gemeinden mit gutem Beispiel vorangeht und mit vielen wertvollen Ratschlägen zur Seite steht.

Abschließend wird eingeschätzt, dass der Vollzugsaufwand in einem unbefriedigenden Verhältnis zur Zweckausgabe steht.

## 5.2 Reflexion aus der Sicht der befragten Familien

Nachdem 179 Fragebögen ausgewertet wurden, waren wir gespannt auf die Meinungen der Eltern zum Bildungspaket. Auf 70 Fragebögen haben wir Standpunkte diesbezüglich erhalten, teilweise sachlich und mitunter emotional geäußert.

Wir haben diese Aussagen in verschiedene Kriterien unterteilt. Es wurden folgende Schwerpunkte sichtbar:

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. Zustimmung zum Bildungspaket   | (44)        |
| 2. Ablehnung des Bildungspaketes  | (26)        |
| 3. Bürokratiehürde (Papierkrieg)  | (17)        |
| 4. neue Armutsgefährdung entsteht/<br>Chancenungleichheit der Kinder/Geld an alle Kinder. verteilen | (7)<br>(21) |
| 5. Nachbesserungen notwendig  | (33)        |

Nachfolgend geben wir Aussagen und Meinungsäußerungen der Eltern aus der letzten Frage des Fragebogens wieder.

### 1. Zustimmung zum Bildungspaket

Die überwiegende Mehrheit aller Eltern (anspruchsberechtigt/ nicht anspruchsberechtigt), welche die Frage 13 beantworteten, hat eine zusagende Ansicht zur Einführung des Bildungspaketes.

Es wurde unter anderem als eine sinnvolle Unterstützung durch den Staat benannt und die Wichtigkeit des Nutzens für sozial bedürftige Familien beschrieben.

Das Bildungspaket enthält zahlreiche Chancen für die betreffenden Kinder, wenn ein zielgerichtetes Beantragen und Umsetzen erfolgt. Die Eltern beschreiben eine zufriedenstellende Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Damit bietet sich eine geeignete Unterstützung für die betreffenden Familien, wenn Kulturangebote teurer werden.

Aus der Beantwortung der Fragebögen ist eine Zufriedenheit mit den Leistungen aus dem Bildungspaket ersichtlich. Nach Meinung der Eltern wird jetzt an der richtigen Stelle gezahlt. Wenn Familien nicht viel Geld haben, können sie das gesparte Geld zur Nutzung von Freizeitveranstaltungen innerhalb der Familie nutzen. Die Augenblicke, in denen sich Kinder besonders freuen, sind für die Eltern unvergesslich.

Für wirklich Armutsbetroffene ist es eine gute Sache, es macht die Teilnahme am kulturellen, sozialen und sportlichen Leben im kleinen Rahmen möglich. Die Gelder kommen bei den Kindern direkt an, sie werden, laut Aussage der Eltern, ein Stück aus den Verhältnissen der Eltern gezogen und lernen, dass Sozialkompetenzen sehr wichtig sind. Das Bildungspaket wird als feine Absicht beschrieben, da bereitgestellte Mittel für konkrete Aktivitäten des Kindes angeboten werden.

## 2. Ablehnung des Bildungspaketes

Ein geringerer Teil der Eltern zeigte eine ablehnende Meinung zum Bildungspaket.

Die meisten Kritikpunkte gab es hinsichtlich der Undeutlichkeit und Kompliziertheit der Antragstellung.

Einige Eltern sind der Ansicht, es ist noch nicht richtig ausgearbeitet, „wer was beim Bildungspaket zu tun hat“.

„Voreilig und völlig unausgereift auf den Weg gebracht“, war ebenfalls eine Meinungsäußerung.

Die Abläufe zur Antragstellung sind einigen Eltern noch unklar, es werden nicht alle Leistungen genehmigt, die auch beantragt werden. Eine Familie hat noch nie davon gehört.

Eine neutrale Meinung äußert sich bei Eltern, die das Bildungspaket nicht nutzen. Sie mussten sich noch nicht damit beschäftigen.

### 3. Bürokratiehürde (Papierkrieg)

Viele Eltern beschrieben eine relativ große Bürokratiehürde. Den „Papierkrieg“ zur Antragstellung und zur Besorgung der nötigen Nachweise erleben sie als zu kompliziert, zu umständlich und zu aufwändig.

Durch die zeitraubende Beantragung wirkt das Bildungspaket möglicherweise als schwer umsetzbar. Nach der Antragstellung erfolgt eine monatelange Bearbeitung, dies erscheint vielen Eltern zu langwierig.

Die Bewilligung erlangten sie nur nach wöchentlichem Vorsprechen beim Jobcenter.

Das Konzept des Bildungspaketes stellt sich als zu bürokratisch dar. Bei einigen Eltern hat der erste Antrag lange bis zur Bewilligung gedauert, sie mussten monatelang in Vorkasse gehen.

Der Arbeitsaufwand gestaltet sich vermutlich zu hoch, zähfließende Telefonate erfolgen hin und her. Hat man einen Antrag geschafft, muss man schon den nächsten beantragen. Es wurden, laut Aussage der Eltern, falsche Auskünfte vom Jobcenter erteilt, sie waren selbst nicht mit den Abläufen und der Antragstellung vertraut.

Nach Aussagen der Eltern fallen möglicherweise zusätzliche Schreibarbeiten in Kindertagesstätten an. Das Verhältnis von Aufwand und Nutzen des Bildungspaketes wurde in Frage gestellt.

### 4. Neue Armutsgefährdung entsteht/ Chancenungleichheit der Kinder/Geld an alle Kinder verteilen

Armutsbetroffenheit und Chancenungleichheit kritisierten in den erhaltenen Fragebögen eine große Zahl der Eltern. Laut Aussage der Eltern ist das Bildungspaket für wirklich Armutsbetroffene eine große Hilfe zum Lebensunterhalt.

Manche berufstätige Mutter mit Kindern und geringem Einkommen schaut neidvoll auf die Leistungsempfänger aus dem Bildungspaket, die sich deutlich mehr leisten können als sie selbst.

Das Bildungspaket wird grundsätzlich als eine gute Sache beschrieben, jedoch stellt sich manchem die Frage, ob es gegebenenfalls den Kindern und Familien gerecht wird, deren Familieneinkommen nur knapp über der Einkommensgrenze liegt, um Sozialleistungen empfangen zu können. Für deren Kinder wäre es genauso wichtig, da unterm Strich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, als bei SGB II-Empfängern (Aufstocker mit allen möglichen Zuschüssen wie Chemnitz-Pass, Tafel, Bildungspaket, etc.).

Einige Eltern hätten das Bildungspaket auch gern in Anspruch genommen, nur leider liegen sie mit ca. 10-20 € über der Einkommensgrenze. Eine alleinerziehende Mutter bekommt kein Wohngeld und kann somit kein Bildungspaket beantragen. Daraufhin können ihre Kinder nicht die Zuschüsse zur Musikschule oder zum Sport in Anspruch nehmen.

Die Eltern meinen, die Gesetzgebungen seien mitunter sehr ungerecht. Es sollten alle Kinder in Kindertagesstätten, Horten und Schulen die Mittagsversorgung kostenlos erhalten. Ungerechtigkeit der Mittelschicht gegenüber wurde beschrieben.

Nach Aussagen der Eltern wurde kritisiert, keine Leistungen aus dem Bildungspaket beanspruchen zu können, wenn ein Elternteil gut verdient und der andere nicht. Sie gelten als „eheähnliche Gemeinschaft“, aber bei der Festsetzung der Steuer sind sie in der Lohnsteuerklasse I eingestuft und zahlen extra viel.

Die Frustration zeigte sich in einem letzten Satz der Fragebögen mit der Meinung, dass das Bildungspaket abgeschafft werden sollte.

Das Recht auf Zuschüsse für eine bestmögliche Bildung, nicht nur für Kinder aus sozial schwachen Familien, sollte auch der unteren Mittelschicht zustehen. Eltern fragten, warum die, die Arbeit haben, alles voll bezahlen müssen? Alle Kinder sollen die gleiche Chance auf Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten.

Manche Eltern finden es unverschämmt, dass Menschen, die keine Lust zum Arbeiten haben, auch noch Geld dafür erhalten. Das wäre unfair denjenigen gegenüber, die keine Leistungen vom Amt beziehen.

Laut Aussage der Eltern werden Lehrlinge mit Kindern ebenfalls nicht berücksichtigt. Es wird die Chancengleichheit zum Erhalt des Bildungspaketes bemängelt.

Viele sehen in der Bezuschussung der Leistungen kein Problem, möchten allerdings nicht, dass es einem Sozialhilfeempfänger besser geht, als der arbeitenden Bevölkerung.

Eine Mutter fragte an, warum die Lernförderung ihrer Tochter abgelehnt wurde, obwohl diese schon zweimal die Klasse wiederholt hat.

Es besteht auch kein Verständnis seitens der Eltern, warum gerade in den Ferienzeiten die Essenversorgung der Kinder nicht gestützt wird.

Eine kostenlose warme Mahlzeit jeden Tag für jedes Kind, egal welcher Herkunft oder sozialem Stand es angehört wurde von den Eltern gefordert. Unentgeltliche Teilnahme in verschiedenen Vereinen und Arbeitsgemeinschaften wäre gewiss als Integrationsmaßnahme besser geeignet, als die mühselige Beantragung der verschiedenen Leistungsansprüche aus dem Bildungspaket.

## 5. Nachbesserungen notwendig

Nachbesserungen zum Bildungspaket wurden in vielen Fragebögen durch die Eltern gefordert. Es sollte nochmals genauer geschaut werden, warum das Bildungspaket von denen, die es beantragen könnten, noch nicht im vollen Umfang genutzt wird.

Bemängelt wurden seitens der Eltern die Kriterien für Lernförderung, diese sind immer noch zu streng.

Für Schüler sollte es mehr Geld gerade für Schulanfänger geben, da die 70 € nicht ausreichen. Ein Vorschlag bestand darin, das Kindergeld dem jeweiligen Einkommen so anzupassen, dass die Kinder gut versorgt werden können. Die finanzielle Unterstützung wurde in ihrer gegenwärtigen Höhe mehrmals als zu gering angesehen, besser wären kostenlose Angebote für Schulspeisung und Nachhilfe.

Einige Eltern fühlen sich nicht ausreichend über den Leistungsumfang und das Stellen der verschiedenen Anträge informiert, sie wünschen sich umfangreichere Informationen.

Eine Familie sieht als Gegenleistung für die Inanspruchnahme des Bildungspaketes die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten der betreffenden Eltern, sie würden somit einen Ausgleich leisten und hätten genügend Zeit dafür.

### **5.3 Reflexion aus unserer Sicht und der Sicht des Sozialarbeiters oder Sozialarbeiterin**

Die Themenfindung war bei uns beiden nicht schwer, wir konnten uns während des 7. Semesters bereits auf ein gemeinsames Thema einigen, da wir uns in unseren Einrichtungen mit einer ähnlichen Situation konfrontiert sahen. Seit Einführung des Bildungspaketes ist unser zusätzlicher Arbeitsaufwand sehr gestiegen. Durch die Neueinführung waren Schwierigkeiten vorprogrammiert und nicht zu vermeiden.

Ohne fachliche Anleitung von Herrn Prof. Schütt wäre unser Einstieg in das Thema unstrukturierter verlaufen. Wir erhielten in unseren Konsultationen viel sozialpädagogisches Hintergrundwissen, um unser zu bearbeitendes Thema gut gliedern zu können und einen „Blick von oben“ zu erhalten.

In rückblickender Betrachtung auf die Ausarbeitungen unserer Bachelorarbeit wurde dessen logischer didaktischer Aufbau umfassend sichtbar. Der



Lerneffekt des Erkennens setzte in jeder gemeinsamen Diskussionsphase über einzelne Themenbereiche ein.

Zeitintensiv waren lange Diskussionen über verschiedene Buchinhalte und deren subjektiver Betrachtung für jeden von uns beiden.

Das Ziel unserer Bachelorarbeit war es, die Einführung des Paketes zur Bildung und Teilhabe unter soziologischen Blickpunkten zu betrachten und zu prüfen, ob die Leistungen daraus von den Betroffenen genutzt werden. Dazu eigneten wir uns Wissensinhalte und Handlungsstrategien unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten an. Die Zielformulierung war insgesamt präzise und eingegrenzt, wir konnten uns in diesem Rahmen gut verständigen.

Das Thema unserer Bachelorarbeit traf auf vielseitiges Interesse. Neben den eigenen MitarbeiterInnen aus den Kindereinrichtungen trafen wir auf engagierte SachbearbeiterInnen in den einbezogenen Ämtern. Festgestellt werden kann auch, dass das Interesse der Eltern, welche einen Fragebogen ausfüllten, sehr groß war. Kennzeichnend dafür waren eine zügige und hohe Rückgabequote der ausgegebenen Fragebögen, aktive Mitarbeit, Offenheit und Ehrlichkeit bei der Beantwortung der Fragen.

Es zeigte sich speziell an der Beantwortung der Frage 13 unseres Fragebogens, dass das Bildungspaket in unseren Einrichtungen ein offenbar großes Thema mit Diskussionsbedarf darstellt. Daraus resultierend werden wir im Anschluss an die Erarbeitung dieser Arbeit einen Elternabend in unseren Einrichtungen für interessierte Eltern anbieten.

Für uns stellt sich die Frage, ob mit diesem Bildungspaket nicht eine neue benachteiligte Schicht der Bevölkerung geschaffen wird, welche gerade mit ihrem Einkommen an der Bemessungsgrenze liegen. „Opfer“ wurden anonym benannt, gewisse Frustrationen waren daraus ablesbar. Reflektierend stellte sich für uns die Frage, inwieweit derartige Offenlegungsprozesse, wenn sie nicht entsprechend sozialpädagogisch weiter begleitet werden können, von uns überhaupt angestoßen werden sollten. Diese Verantwortung der weiteren Begleitung obliegt jetzt den zuständigen Ämtern. Um Nachhaltigkeitsgesichtspunkte zu erreichen, werden wir unsere Bachelorarbeit an die entsprechenden Stellen weitergeben, welche ihr Interesse bekunden.

Die Ausarbeitungen zum Thema waren zeitlich strukturiert nach einem gemeinsam aufgestellten Arbeitsplan festgelegt. Der Austausch zu den erarbeiteten Themengebieten erfolgte zeitnah. Die SPSS-Auswertung nahmen wir gemeinsam vor. Dadurch behielten wir beide jederzeit den Überblick. Jeder beschäftigte sich mit einzelnen Abschnitten zur Erarbeitung der Gliederungspunkte, nach einer gemeinsamen Diskussionsphase wurde zusammengefasst. In Anbetracht der engen Zeitspanne organisierten wir unsere Treffen über Urlaub, Absatz von Mehrarbeitsstunden und an den Wochenenden. Den festen Zeitrahmen boten uns die selbstorganisierten Rahmenbedingungen. In der Durchführung und der Erarbeitung unserer Bachelorarbeit traten planungsseitig insgesamt keine gravierenden Probleme auf, notwendige kleinere Änderungen in den Abläufen zur Vereinbarkeit von Studium, Familie und Arbeit wurden in Eigenregie vorgenommen. Wir zeigten beide eine selbstbewusste und eigenständige Arbeitsweise, wodurch die Diskussionen über den Inhalt der Arbeit viel Raum und Zeit einnahmen. Obwohl der gleiche zu bearbeitende Text vorlag, waren die Auffassungen durch unterschiedliche Biographien und Erfahrungen verschieden.

Für eine nachhaltige Untersuchung zur Umsetzung des Bildungspaketes wäre eine längere empirische Untersuchung von allen Familien notwendig. Die Befragungen in unseren Einrichtungen stellt nur eine Stichprobe dar. Für ein länger gestaltetes Projekt zur Erfassung von weiterführenden Handlungsstrategien hätten andere Instrumente verwendet werden müssen, die eine Nachhaltigkeitsprüfung zulassen. Das könnte von standardisierten Fragebögen in weiteren Kindereinrichtungen bis hin zu Interviewvarianten reichen. Die eingesetzten Fragebögen hatten so hauptsächlich informativen Charakter für uns, bzw. dienten sie dem Vergleich zwischen den Angeboten der Ämter und der Erreichbarkeit der betreffenden Eltern.

Die ermittelten Ergebnisse konnten bei der inhaltlichen Gestaltung der einzelnen Gliederungsschwerpunkte entscheidende Hinweise liefern. Ein detaillierteres Ausarbeiten unserer Fragebögen hätte konkreter auswertbare Daten liefern können. Die Bedeutung eines solchen Instrumentes wie dem Fragebogen mit den Formulierungsanforderungen an jede einzelne Frage,

erschloss sich uns erst bei der Auswertung dessen und der Einarbeitung in den Bachelorbeleg. Entsprechende Auswertungen konnten vorgenommen werden.

Dennoch wurde ein konstruktives Arbeitsergebnis erzielt. Die Informationsübermittlung erfolgte zeitnah auf kurzen Wegen, wie per Mail, Telefon oder persönlichen Gesprächen.

Uns fehlten teilweise die Erfahrungen, eine solch umfangreiche Ausarbeitung über 10 Wochen aufzuteilen, so dass sich die letzte Ausarbeitungs- und Reflexionsphase sehr bündelte. Dieser Lerneffekt ist von uns in vielen Diskussionsrunden benannt worden.

„SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen können sich weder in ihren eigenen Angelegenheiten noch in den Angelegenheiten der Menschen, mit denen sie arbeiten, mit dem begnügen, was sich im Einzelfall aus dem geltenden Gesetzesrecht, den Maßnahmen der Verwaltung und den Entscheidungen der Gerichte ergibt. Sie sind aus ihrem beruflichen Selbstverständnis, aber auch als Angehörige eines Staates, der nicht auf dem gläubigen Gehorsam seiner Untertanen gegenüber der Obrigkeit, sondern auf Mündigkeit und Teilnahme seiner Bürger an der politischen Willensbildung baut, stets zu einer kritischen Prüfung verpflichtet, ob Rechtsvorschriften, Maßnahmen von Behörden oder Gerichtsentscheidung mit der Zielsetzung des Grundgesetzes vereinbar sind, das den Menschen ein menschenwürdiges Leben in einem sozialen Rechtsstaat ermöglichen will.“<sup>36</sup>

Wie Herr Prof. Schütt uns in seinen Ausführungen im Modul „Beratung“ bei Methoden IV erklärte, ist eine gute professionelle Soziale Arbeit immer eine dialogische Beziehungsarbeit zwischen Subjekten. Es existieren keine „richtigen“ Rezepte oder Methoden zur Problembewältigung, Kreativität ist gefragt.

Eine dialogische Beziehung wird bei der Beantragung des Bildungspaketes zwischen SachbearbeiterInnen und AntragstellerInnen nicht aufgebaut und später, bei einer eventuellen Ablehnung nicht reflektiert.

---

<sup>36</sup> Papenheim/Baltes/Tiemann, 2005, S.13

Kinder sind immer von Ihren Eltern abhängig, somit müssen sie auch die Folgen einer vernachlässigten Antragstellung mittragen (z.B. Mittagessen). Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden für die Feststellung dieser Problemlagen sensibilisiert.

Zeit für die Unterstützung der Eltern bei der Beantragung der Leistungen steht in den Kindertageseinrichtungen kaum zur Verfügung. Damit müssen sich Eltern vorrangig an das zuständige Jobcenter oder das Sozialamt wenden.

Um mit den zuständigen Ämtern die festgestellte Situation zu analysieren und zu bearbeiten, ist nach der Auswertung der Bachelorarbeit eine Gesprächsrunde vorgesehen. Aus sozialpädagogischer Sicht wäre dies reflektierend sehr wünschenswert, um unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen und eventuelle weitere Maßnahmen abzuleiten.

Formulare erfassen nicht ausreichend den notwendigen Handlungsbedarf zur bestmöglichen Umsetzung des Bildungspaketes. Individuelle Situationen werden oftmals vom Schreibtisch aus nicht erkannt. Eine Einschätzung der jeweiligen Familiensituation und der Lebenslage der Kinder im häuslichen Umfeld wäre wünschenswert.

Eltern stellen in den zuständigen Ämtern ihre Anträge. Sie stehen dort als „Bittsteller“ und sind bei den Ämtern auf die Bearbeitung ihrer gesetzlich festgelegten Leistungen angewiesen.

## **5.4 Fazit**

Die Gesetzesänderung und Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes ist sachlich und zielführend und verläuft dennoch nicht ohne Hürden und Problemen.

Geht man davon aus, dass die Aneignung von Wissen und Können der einzige Weg aus der Armut ist, so sind alle denkbaren Möglichkeiten auf ihre Machbarkeit hin zu prüfen.

An dieser Stelle möchten wir unsere eingangs gestellten Fragen beantworten.

*1. Werden die Angebote aus dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ durch die anspruchsberechtigten Familien angenommen?*

Ja, die anspruchsberechtigten Familien nehmen zunehmend die Leistungen aus dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ wahr. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Inanspruchnahme der einzelnen Leistungsbereiche unterschiedlich erfolgt. Kinder leben in einer nicht unbedeutenden Abhängigkeit ihrer Eltern. Die aktiven Eltern stellen Anträge bei den zuständigen Behörden und treten engagiert für die Bedürfnisse ihrer Kinder ein. Andere Eltern verweilen in ihrer Lebenssituation und unternehmen wenig Eigeninitiative, um die Teilhabechancen ihrer Kinder zu erhöhen. So muss festgestellt werden, dass z.B. keine spürbaren Zunahmen der Mitgliederzahlen in Sport- oder Musikvereinen nach Einführung des Bildungspaketes zu verzeichnen sind.

*2. Kann das „Paket zur Bildung und Teilhabe“ helfen, dass Eltern Zukunftschancen für ihre Kinder eröffnen?*

Allein die Bereitstellung des Bildungspaketes eröffnet keine Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche. Es bleibt die Aufgabe der Politik, im Zusammenwirken aller Praxisfelder, die Eltern zu motivieren und zu aktivieren, die Bedürfnisse ihrer Kinder wahrzunehmen, um durch die Nutzung der Leistungen diese besser befriedigen zu können.

*3. Ist das „Paket zur Bildung und Teilhabe“ ausreichend, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen?*

Das „Paket zur Bildung und Teilhabe“ kann die Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche erhöhen, wenn es gelingt, miteinander vergleichbare Bedingungen zur Aneignung von Bildung und Teilhabe, ohne Ansehen ihrer sozialen Herkunft und finanziellen Lage herzustellen. Wenn Chancengleichheit, so muss die Orientierung auch nach oben in die höheren Einkommensschichten erfolgen. Die Sprach- oder Kulturreise nach London, Paris oder Russland müssen für jeden Schüler möglich sein.

Die Zusammenarbeit von Kommunen, Ämtern, Einrichtungen und Eltern muss auf der Basis einer vertrauensvollen und wertschätzenden Zusammenarbeit erfolgen. Mit dem Antrag auf Bewilligung der Leistungen aus dem SGB II oder

SGB XII werden Eltern wieder zu „Bittstellern“. Der Sachbearbeiter der Behörde erstellt nach Prüfung des Antrages sachbezogen die Bewilligung. Die weiterführende Beratung der Eltern kann professionell über die Soziale Arbeit der Sozialarbeiter erfolgen. Sie betrachten Familien mit ihren Kindern mehrdimensional und leisten vom Anspruch her „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Die soziale und kulturelle Teilhabe der Kinder ist mit den zur Verfügung stehenden 10€ monatlich nicht zu leisten. Hier werden nur die reinen Kosten für die Mitgliedschaft gedeckt, wenn überhaupt. Die Gebühren in der Musikschule Chemnitz betragen für Instrumental- oder Vokalunterricht ca. 17€ monatlich. Wollen die Kinder im Schwimmklub Mitglied werden, so sind bis zum 14. Lebensjahr 9€ monatlich zu zahlen. Der „Dance KIDS 4“ Kurs kostet auf den Monat gerechnet 25€. All das sind die reinen Mitgliedsgebühren. Dazu kommen noch Ausgaben für die Instrumente, die Sportkleidung oder Fahrtkosten zur Trainings- oder Wettkampfstätte. Der Kino- oder Museumsbesuch ist dann zusätzlich nicht mehr möglich. Keine Gebühr erhebt die Stadtbibliothek.

Mögliche Veränderungen der Infrastrukturen der Kommunen könnten dazu beitragen, eine Globalförderung in Teilbereichen des Bildungspaketes vorzunehmen. Der Ausbau der Angebote im Rahmen von SGB VIII, Zweites Kapitel, ist aus unserer Sicht sinnvoll. Aus der „Kannleistung“ müsste eine „Pflichtleistung“ werden, die sicherstellt, dass alle Kinder und Jugendlichen am sozialen und kulturellen Leben gleichermaßen teilhaben können. Die Fachaufgaben und Angebote im Kinder- und Jugendhilfegesetz könnten weiter ausgebaut und bedarfsgerecht an die Zielgruppen weitergegeben werden.

In einem der vielen Konsultationstermine mit Herrn Prof. Schütt sprachen wir über die Regellosigkeit, die zunehmend in unserem Staat vorherrscht. Früher konnten sich die Kinder an ihren Eltern als Autoritätsperson orientieren, heute bewegen sich manche Eltern bereits in einem grenzenlosen Raum. Für diese Kinder ist es schwer, sich an gesellschaftlich erwarteten Regeln und Normen zu orientieren. In Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe können sie vor allem soziale Kompetenzen erwerben. Mit dem freien Zugang der

Anspruchsberechtigten auf diese Angebote ist gesellschaftliche Bildung und Teilhabe ohne Diskriminierung möglich.

Die teilweise Verteilung der finanziellen Mittel in das SGB VIII würde bedeuten, dass alle Kinder und Jugendlichen Leistungen erhalten, die flächendeckend angeboten werden. Die bereitgestellten, nicht unerheblichen Gelder sollten allen Kindern zu Gute kommen. 1,3 Milliarden Euro aus dem Bildungspaket plus 163 Millionen Euro für den Verwaltungsaufwand stehen im Rahmen des Gesetzes jährlich zur Verfügung. Trotzdem schließen oder kürzen Kommunen gleichzeitig aus Geldmangel ihre Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Mit der Verbesserung der Chancen für die Bezieher von Leistungen aus dem SGB II und XII verschlechtert sich die Lage der Kinder und Jugendlichen in Einkommenshaushalten die geringfügig über den Sozialhilfeleistungen liegen. Diese Familien zahlen für alle Ausgaben selbst.

Kindertagesstätten, Horte und Schulen besitzen leider nur geringe Kapazitäten zur Beratung der betroffenen Familien zu Leistungen nach SGB II und SGB XII. Gleichzeitig kommt von den 163 Millionen Euro für die Verwaltungsleistungen nichts in den o.g. Einrichtungen an. Eine Erhöhung der Verwaltungspauschale für diese Einrichtungen ist zeitnah angezeigt.

Schwierigkeiten treten auf, wenn Kinder kurze, zeitlich begrenzte Leistungen erhalten (1-3 Monate). Die Kinder erleben ein rein und raus ins Bildungs- und Teilhabepaket, ohne die Gründe nachvollziehen zu können. Möglicherweise könnten sie denken, dass es besser ist arm zu sein, damit sie Angebote kostenfrei nutzen kann. Die Umkehr der Absicht!

1,3 Milliarden Euro für 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche bedeutet, ohne Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes ca. 520€ pro Kind und Jahr. Überträgt man diese Summe auf Kinder mit einer Mittagsversorgung und der Unterstützung von 2€ pro Tag gerechnet auf 230 Tage im Jahr, erhält die Familie 460€ unterstützende Leistungen für die Mittagsverpflegung. 120€ erhalten Kinder und Jugendliche für die Teilhabe am sozialen kulturellen

Leben und 100€ für den Schulbedarf. All das zusammen ergibt die Summe von 680€ je Kind. Zur vollständigen Aufzählung der Leistungen fehlen die Lernförderung, die Schülerbeförderung und die Ausflüge. Hier zeigen sich erste Lücken im Gesetz. Man könnte der Bundesregierung unterstellen, dass sie damit rechnet, nicht alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Der Bereich der Lernförderung darf nicht nur zum Erreichen des minimal möglichen Schulabschlusses führen, sondern sollte auch die Kinder unterstützen, die die Fähigkeiten besitzen einen höheren Schulabschluss zu meistern. Hier grenzt das Gesetz die Förderung in eine Richtung erheblich ein. Zugleich sind die Länder in der Pflicht ihren Bildungsauftrag zu erfüllen und alle Kinder individuell zu fördern.

Ein Mangel besteht in den verschiedenen Alterseinschränkungen. Einige Leistungen sind nur bis zum 18. Lebensjahr möglich, andere enden mit dem 25. Lebensjahr.

Das Bildungs- und Teilhabepaket verhindert keine Armut. Es ist ein Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Chancengleichheit. Die vielfältigen Angebote im Rahmen von SGB VIII sollten vordringlich erhalten und ausgebaut werden, um allen Kindern alle Chancen zu eröffnen. Im Bereich der Jugendhilfe bieten sich vielschichtige und professionelle Möglichkeiten der Beratung und Begleitung von Kindern mit ihren Eltern.

Die Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Stellen wir gemeinsam sicher, dass das Mitmachen- möglich ist.

## **5.5 Weiterführende Fragen:**

In den Vereinen werden kaum neue Kinder erreicht, wie kann man einen leichteren Zugang für die anspruchsberechtigten Kinder schaffen?

Mit der Umsetzung des Bildungspaketes wird eine neue Schicht von Benachteiligten geschaffen. Eltern, deren Einkommen für den Lebensunterhalt



gerade so reicht und die keine Unterstützung vom Staat erhalten, haben am Ende weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, als Anspruchsberechtigte aus dem Bildungspaket. Wie kann man dieser „neuen“ Schicht der Bevölkerung gerecht werden?

Die Lernförderung wird erst genehmigt, wenn das Kind das Lernziel der Klasse ohne Hilfe nicht erreicht, eine Aussicht auf Erfolg besteht und von der Schule die entsprechenden Hilfen nicht im Rahmen des Unterrichtes abgesichert werden kann. Warum gibt es keine aufbauenden Hilfen, um den nächsthöhere Schulsystem oder einen bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Warum gibt es keine unterstützende Hilfe, um mit einem guten Zeugnis die Klassenstufe abzuschließen? Warum wird erst geholfen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist?

Was hilft Einrichtungen, um Chancengleichheit bei der Bildung und der Teilhabe zu erreichen? Ist es möglich, das Geld für die Anspruchsberechtigten in Form eines Pauschalbetrages (Budget) in den Institutionen zur Verfügung zu stellen?

Der Wunsch nach einer kostenlosen oder für alle Familien preiswerten Essensversorgung wurde in den von den Eltern ausgefüllten Fragebögen empfohlen. Ist eine kostenlose Essensversorgung oder ein Essen für alle Kinder zu einem geringeren Festpreis sinnvoller?

Können Kinder und Jugendliche über 18 Jahre ihren Bedarf am Bildungspaket selbst beantragen? Was, wenn die Eltern das Bildungspaket nicht beantragen und die Kinder diese Teilhabemöglichkeiten nicht erhalten und somit ausgeschlossen werden? Wer trägt in dieser Situation die Kosten? Die Gemeinschaft?

Leistungen aus diesem Gesetz erhalten die Kinder nur im Rahmen von institutionellen Veranstaltungen. Der Kino- oder Schwimmbadbesuch mit dem Nachbarsjungen ist von der Förderung ausgeschlossen. Warum?

## **I     Abkürzungsverzeichnis:**

|        |   |
|--------|---|
| SGB    | Sozialgesetzbuch  |
| Bzw.   | Beziehungsweise   |
| z.B.   | zum Beispiel  |
| BMFSFJ | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend      |
| GEZ    | Gebühreneinzugszentrale   |
| BKKG   | Bundeskindergeldgesetz  |
| IzKK   | Informationszentrum<br>Kindesmißhandlung/Kindesvernachlässigung |
| GG     | Grundgesetz   |
| S.     | Seite   |
| vgl.   | vergleiche  |
| ALG II | Arbeitslosengeld II   |
| BiPa   | Bildungspaket   |
| Hrsg.  | Herausgeber   |
| Kita   | Kindertagesstätte   |
| Ca.    | circa   |
| o.g.   | oben genannt  |
| SPSS   | Statistisches Auswertungssystem                                 |
| Kd.    | Kind  |
| Prof.  | Professor   |

## **II Literaturverzeichnis:**

### **Bücher:**

Bauman, Zygmunt (2004): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. 2. Auflage 2006. Clausen und Bosse. Leck.

Berger, A. Peter/Hank, Karsten/Tölke, Angelika (Hrsg.) (2011): Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie. VS- Verlag. Wiesbaden.

Bertram, Hans (Hrsg.) (2008): Mittelmaß für Kinder. Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. Verlag C. H. Beck. München.

Geißler, Rainer (1992): Die Sozialisationsstruktur Deutschlands. Westdeutscher Verlag GmbH. Opladen.

Hanesch, W./Laumen, U. (Hrsg.) (1998): Armut am Niederrhein. Mönchengladbach. Weinheim.

Honneth, Axel (Hrsg.) (1994): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Fischer Taschenbuchverlag. Frankfurt am Main.

Honneth Axel (2005): Verdinglichung. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main.

Kirchhoff, Sabine/Kuhnt, Sonja/Lipp, Peter/Schlawin, Siegfried (2003): Machen wir doch einen Fragebogen. Leske und Budrich Verlag. Opladen.

Mansel, Jürgen/Neubauer, Georg (Hrsg.) (1998): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Über die veränderten Bedingungen des Aufwachsens. Leske und Budrich Verlag. Opladen.

Müller, Marina (1992): Armut als verdrängte Wirklichkeit. Der Wandel einer gesellschaftlichen Austauschbeziehung. LIT- Verlag. Münster, Hamburg.

Papenheim, Heinz-Gert/Baltes Joachim/Tiemann, Burkhard (2005): Verwaltungsrecht für die soziale Praxis. 18., überarbeitete Auflage. Verlag Recht für Soziale Arbeit. Frechen.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Fischer Taschenbuchverlag. Frankfurt am Main.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Fischer Taschenbuchverlag. Frankfurt am Main.

Schäfers, Bernhard (1998): Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. 7., neu überarbeitete Auflage. Ferdinand Enke Verlag. Stuttgart.

Schulte, B. (1995): Politik der Armut. Internationale Perspektiven. In S. Leibfried, F. Tennstedt (Hrsg.): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaates. Frankfurt am Main. S. 383-423.

Stascheit, Ulrich (Hrsg.) (2007): Gesetze für Sozialberufe. 15. Auflage. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main.

Zwerenz, Karlheinz (2009): Statistik. Einführung in die computergestützte Datenanalyse. 4. überarbeitete Auflage. Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH. München.

### **Broschüren/Zeitschriften:**

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2011a): Das Bildungspaket. Mitmachen möglich machen. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2010a): Sozialhilfe und Grundsicherung. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2011b): Soziale Sicherung im Überblick. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2010b): Forschungsprojekt. Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2011a): Mehrgenerationenhaus. Starke Leistung für jedes Alter. Druckhaus Schöneweide. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2011b): Familie zuerst. Deutschland auf dem Weg zur familienfreundlichen Gesellschaft. Trigger.medien.gmbh. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2011c): Zeit für Familie. Ausgewählte Themen des 8. Familienberichtes. Monitor Familienforschung. Silber Druck oHG. Niestetal.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2011d): Kinderbetreuung für alle Altersstufen-gute Beispiele aus der Praxis. DCM Druck Center GmbH. Meckenheim.

Fichtelmann, Tom (2009): Analyse von Studien, Berichten und Publikationen zur Kinderarmut in Deutschland in den Jahren von 2006 bis 2008 und deren politische Auswirkungen. Diplomarbeit. Roßwein.

Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung (IzKK) (2009): IzKK-Nachrichten. Heft 1. München.

#### **Internet:**

<http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/FORSCHUNGSMETHODEN/Fragebogen.shtml> (22.11.2011)

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Preise/Verbra> (22.12.2011)

<http://www.chemnitz.de/publikation/download/berichte/Sozialreportstandintern et1007.pdf> (22.12.2011)

<http://www.bundesgesetzblatt.de> (06.01.2012)

<http://www.bmas.de> (22.11.2011)

<http://doku.iab.de/kurzber/2011/Kb0611.pdf> (12.01.2012)

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSF/Broschürenstelle> (09.01.2012)

## **Selbständigkeitserklärung**

Wir erklären, dass wir die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt haben.

Chemnitz, 20.Januar 2012

### **III Statistische Datenerhebung**

Auswertung der Fragebögen



## Frage 1a

## Kinderzahl verheiratet

### Statistiken

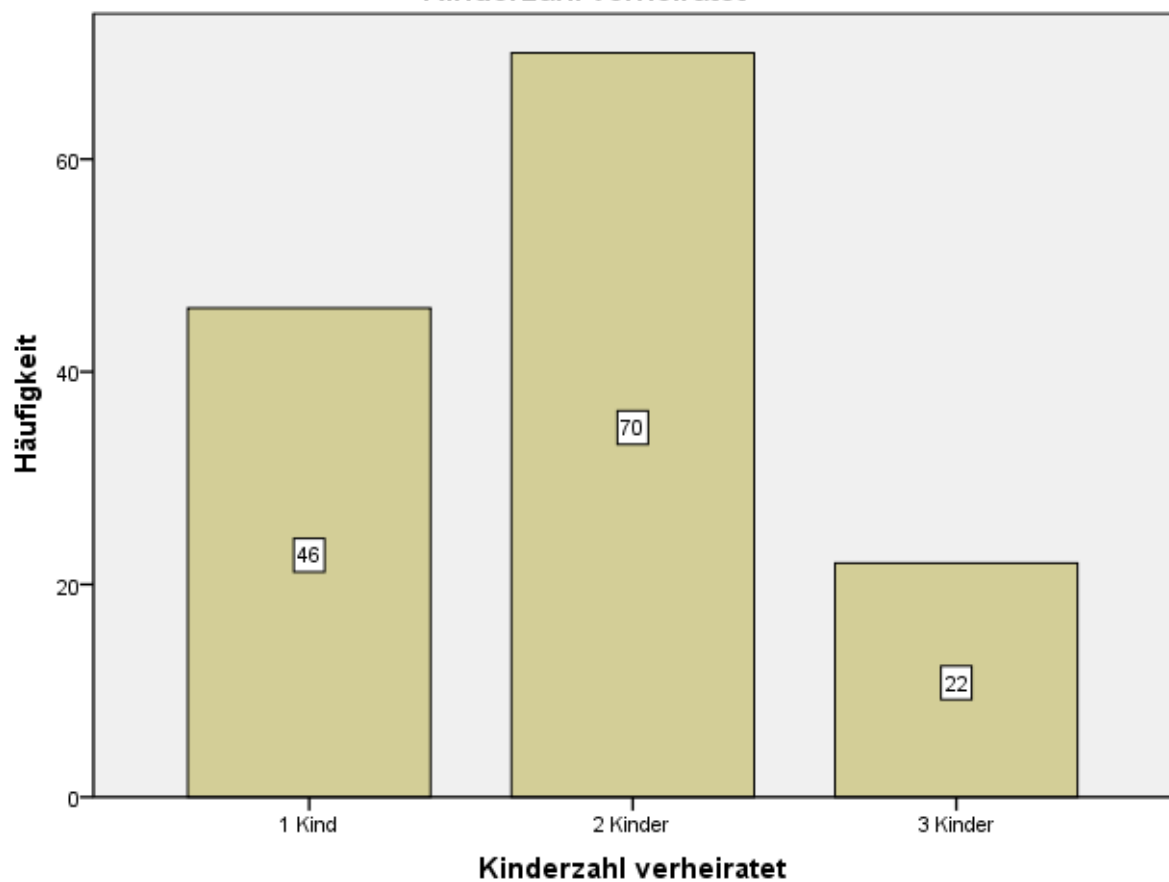
Kinderzahl verheiratet

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 138 |
|   | Fehlend | 41  |

### Kinderzahl verheiratet

|         |          | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|----------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | 1 Kind   | 46         | 25,7    | 33,3                | 33,3                   |
|         | 2 Kinder | 70         | 39,1    | 50,7                | 84,1                   |
|         | 3 Kinder | 22         | 12,3    | 15,9                | 100,0                  |
|         | Gesamt   | 138        | 77,1    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System   | 41         | 22,9    |                     |                        |
| Gesamt  |          | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Kinderzahl verheiratet



## Frage 1b

## Kinderzahl allein

Statistiken

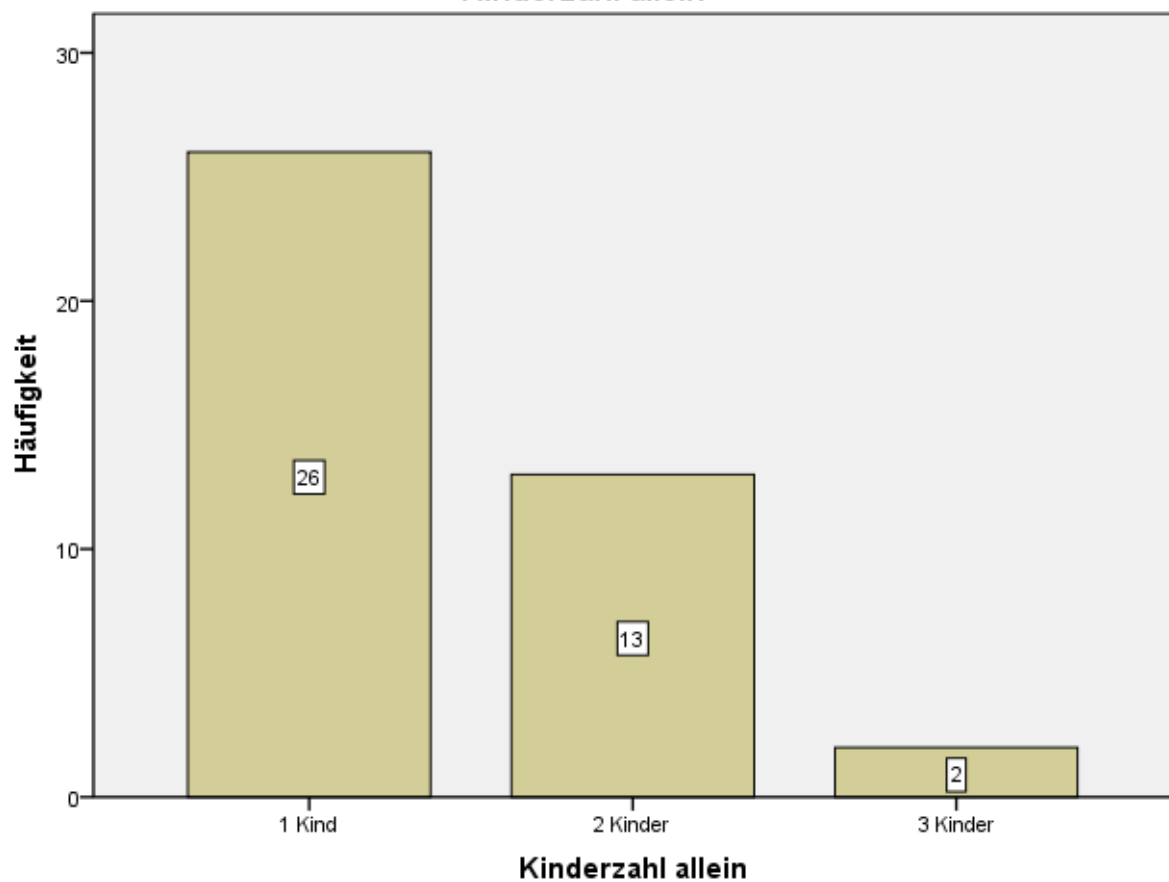
Kinderzahl allein

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 41  |
|   | Fehlend | 138 |

Kinderzahl allein

|         |          | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|----------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | 1 Kind   | 26         | 14,5    | 63,4                | 63,4                   |
|         | 2 Kinder | 13         | 7,3     | 31,7                | 95,1                   |
|         | 3 Kinder | 2          | 1,1     | 4,9                 | 100,0                  |
|         | Gesamt   | 41         | 22,9    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System   | 138        | 77,1    |                     |                        |
| Gesamt  |          | 179        | 100,0   |                     |                        |

Kinderzahl allein



### Frage 3 Sind Sie berufstätig

#### Statistiken

Sind Sie berufstätig

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 179 |
|   | Fehlend | 0   |

#### Sind Sie berufstätig

|        |        | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|--------|--------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig | ja     | 156        | 87,2    | 87,2                | 87,2                   |
|        | nein   | 23         | 12,8    | 12,8                | 100,0                  |
|        | Gesamt | 179        | 100,0   | 100,0               |                        |



### Frage 3

### Berufstätig ja

#### Statistiken

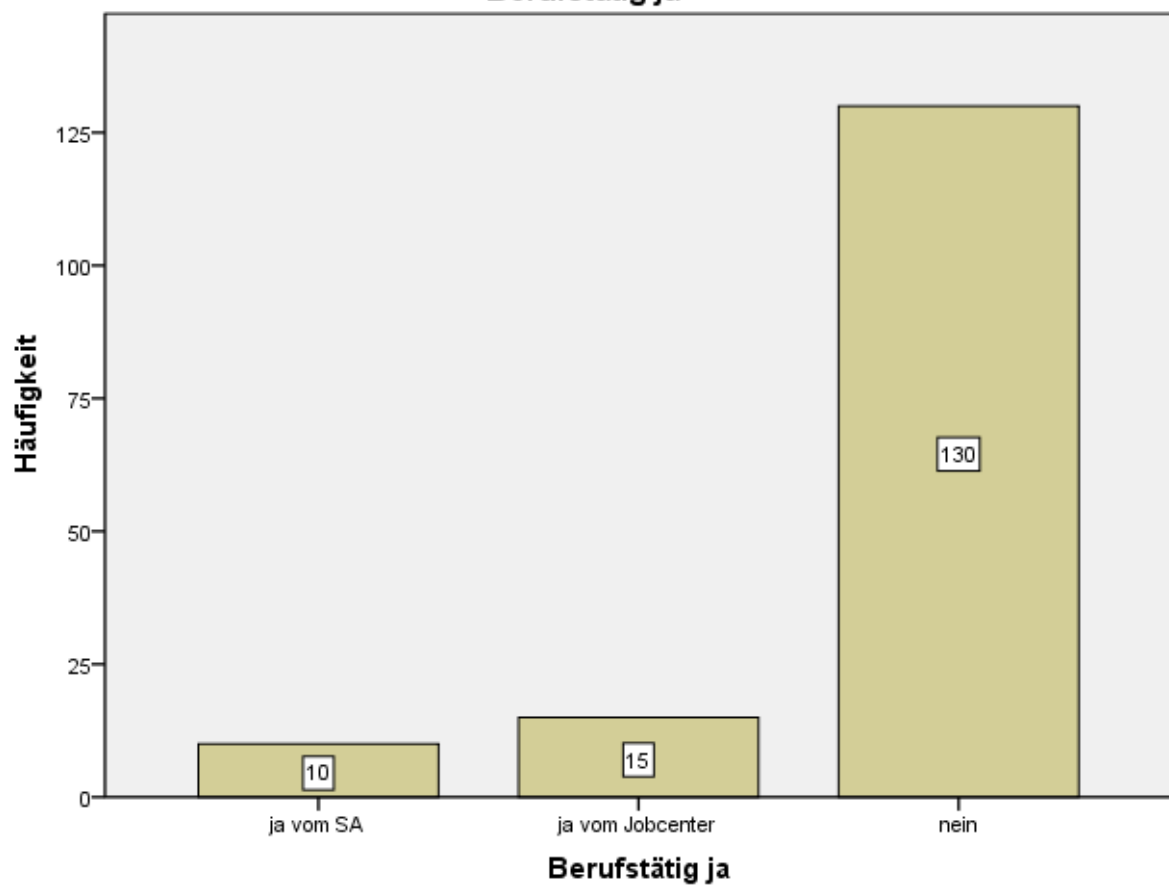
Berufstätig ja

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 155 |
|   | Fehlend | 24  |

#### Berufstätig ja

|         |                  | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|------------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | ja vom SA        | 10         | 5,6     | 6,5                 | 6,5                    |
|         | ja vom Jobcenter | 15         | 8,4     | 9,7                 | 16,1                   |
|         | nein             | 130        | 72,6    | 83,9                | 100,0                  |
|         | Gesamt           | 155        | 86,6    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System           | 24         | 13,4    |                     |                        |
| Gesamt  |                  | 179        | 100,0   |                     |                        |

#### Berufstätig ja



## Frage 4

## Aufteilung der Fragebögen nach Kita/Hort

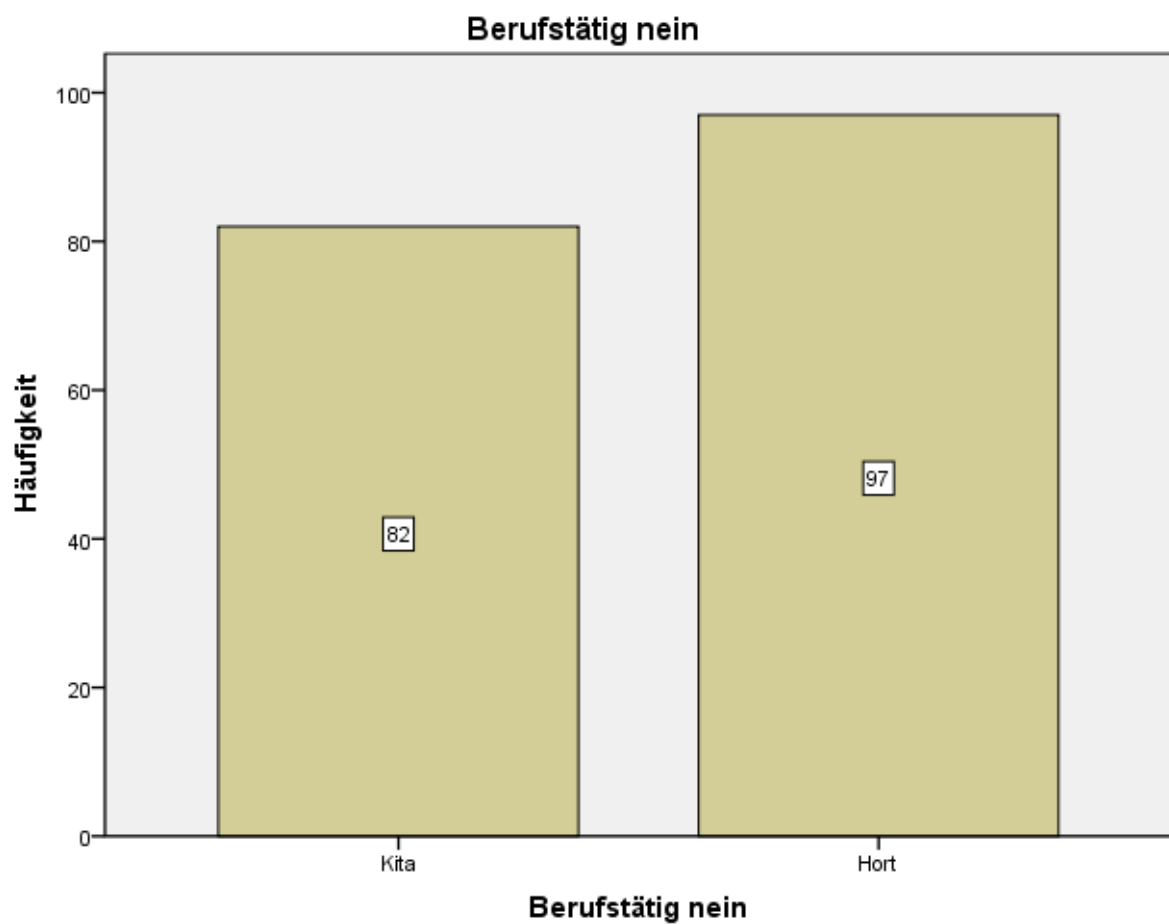
### Statistiken

Berufstätig nein

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 179 |
|   | Fehlend | 0   |

### Kita/Hort

|        |        | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|--------|--------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig | Kita   | 82         | 45,8    | 45,8                | 45,8                   |
|        | Hort   | 97         | 54,2    | 54,2                | 100,0                  |
|        | Gesamt | 179        | 100,0   | 100,0               |                        |



## Frage 4a

## SGB II

### Statistiken

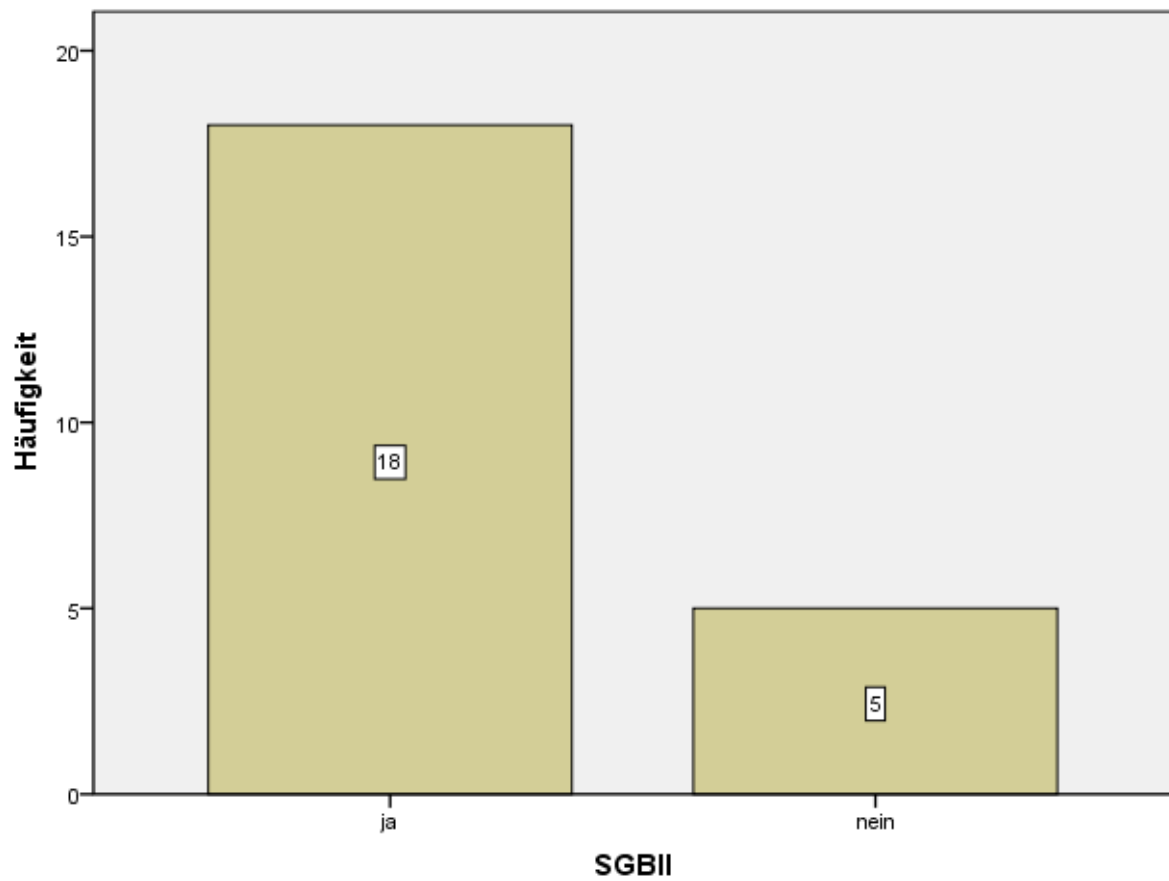
SGBII

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 23  |
|   | Fehlend | 156 |

### SGBII

|         |        | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|--------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | ja     | 18         | 10,1    | 78,3                | 78,3                   |
|         | nein   | 5          | 2,8     | 21,7                | 100,0                  |
|         | Gesamt | 23         | 12,8    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System | 156        | 87,2    |                     |                        |
| Gesamt  |        | 179        | 100,0   |                     |                        |

### SGBII



Frage 4b

Sozialhilfe

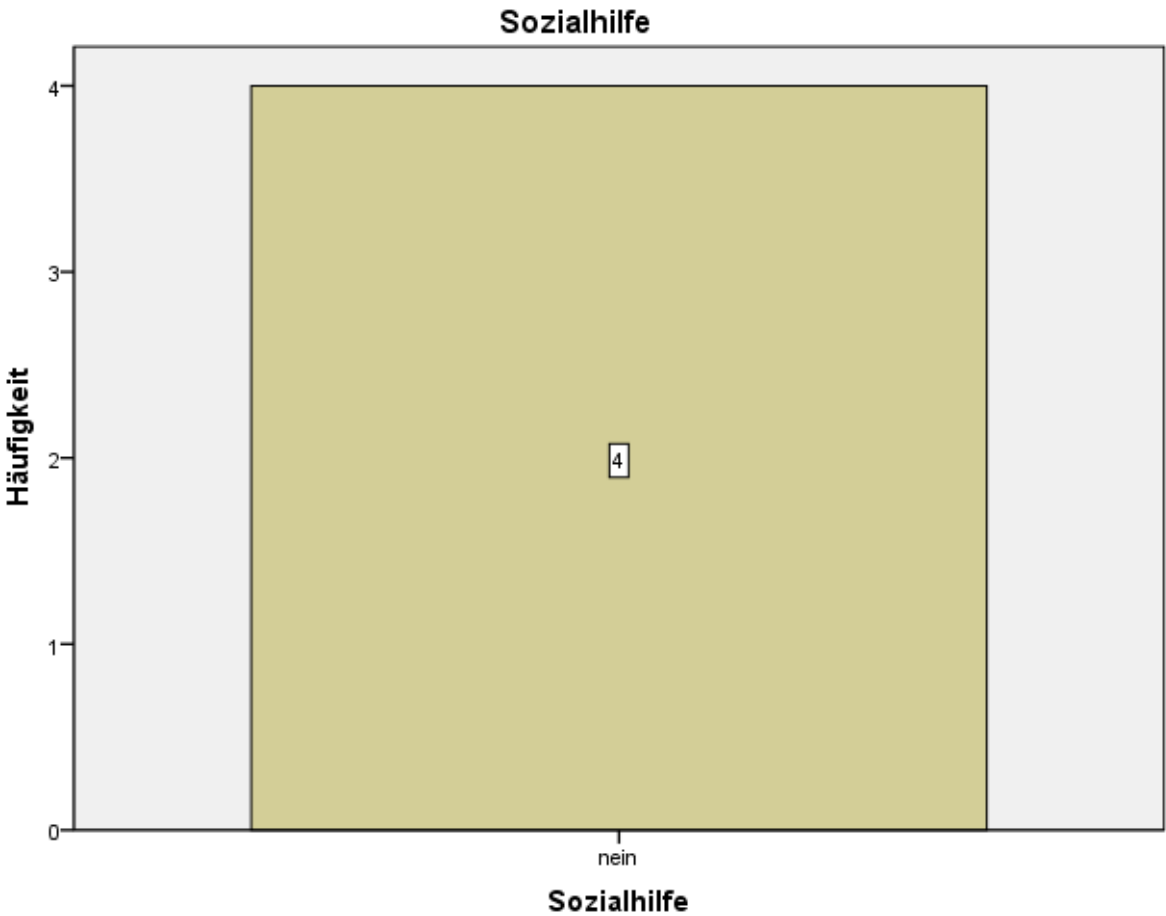
Statistiken

Sozialhilfe

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 4   |
|   | Fehlend | 175 |

Sozialhilfe

|         |        | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|--------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | nein   | 4          | 2,2     | 100,0               | 100,0                  |
| Fehlend | System | 175        | 97,8    |                     |                        |
| Gesamt  |        | 179        | 100,0   |                     |                        |



## Frage 4c

## Wohngeld

### Statistiken

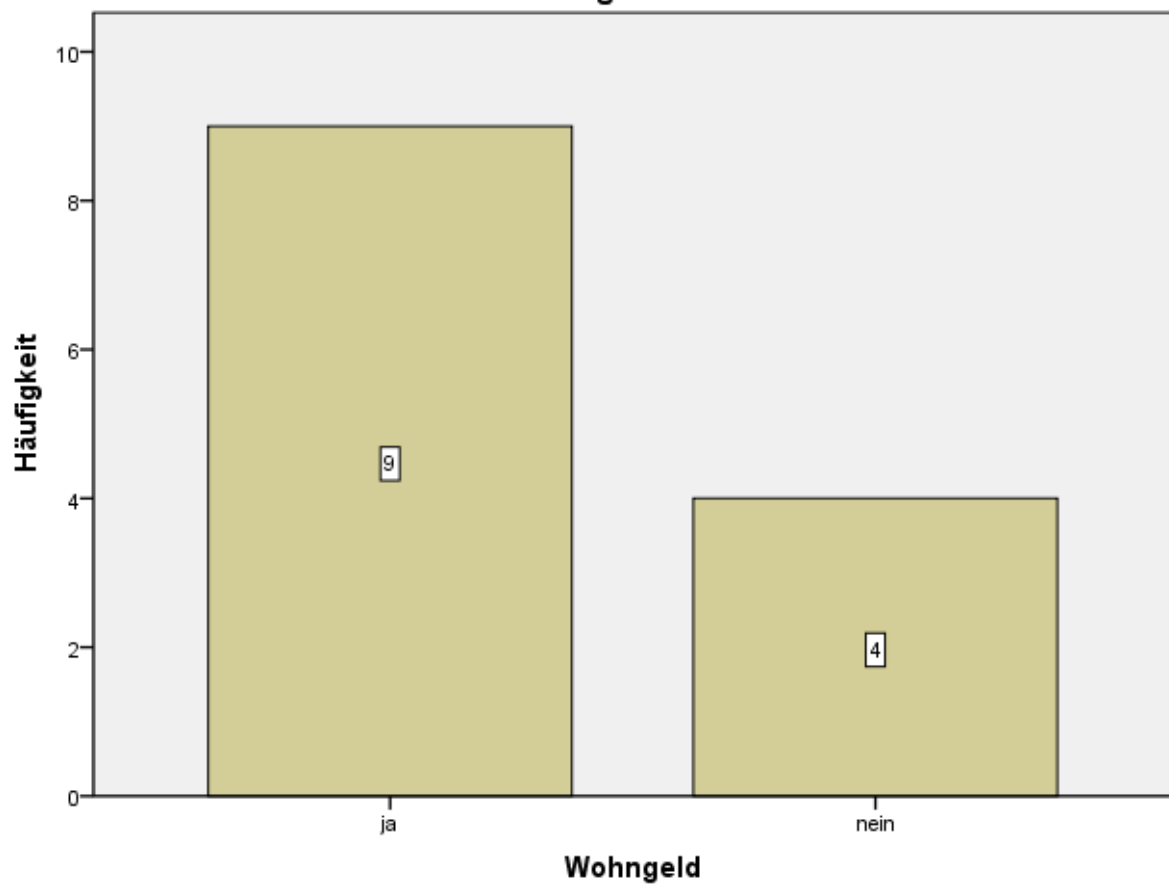
Wohngeld

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 13  |
|   | Fehlend | 166 |

### Wohngeld

|         |        | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|--------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | ja     | 9          | 5,0     | 69,2                | 69,2                   |
|         | nein   | 4          | 2,2     | 30,8                | 100,0                  |
|         | Gesamt | 13         | 7,3     | 100,0               |                        |
| Fehlend | System | 166        | 92,7    |                     |                        |
| Gesamt  |        | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Wohngeld





## Frage 5

## Nutzen BiPa

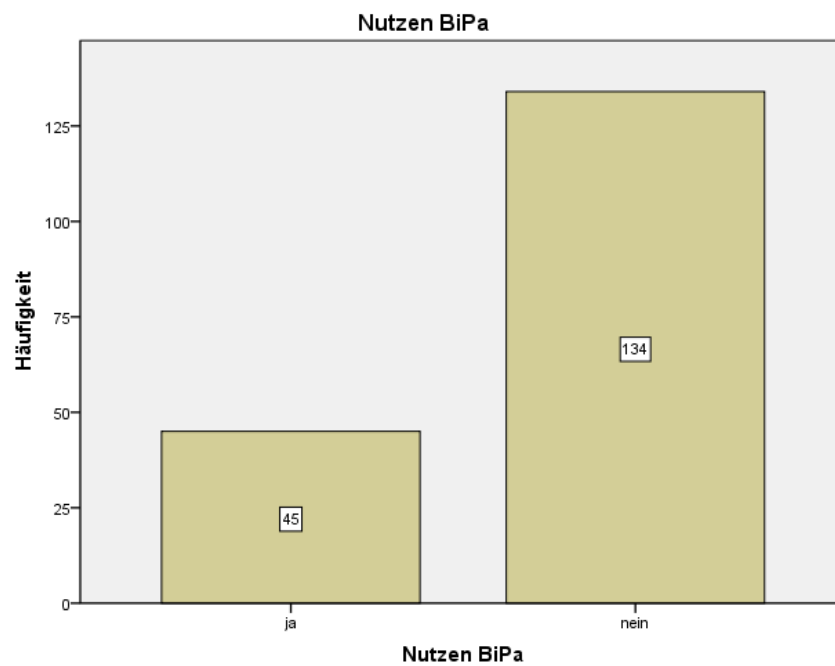
### Statistiken

Nutzen BiPa

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 179 |
|   | Fehlend | 0   |

### Nutzen BiPa

|        |        | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|--------|--------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig | ja     | 45         | 25,1    | 25,1                | 25,1                   |
|        | nein   | 134        | 74,9    | 74,9                | 100,0                  |
|        | Gesamt | 179        | 100,0   | 100,0               |                        |



## Frage 6a

## Häufigkeiten

Fallzusammenfassung

|                        | Fälle  |         |         |         |        |         |
|------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                        | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                        | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| \$Frage6a <sup>a</sup> | 44     | 24,6%   | 135     | 75,4%   | 179    | 100,0%  |

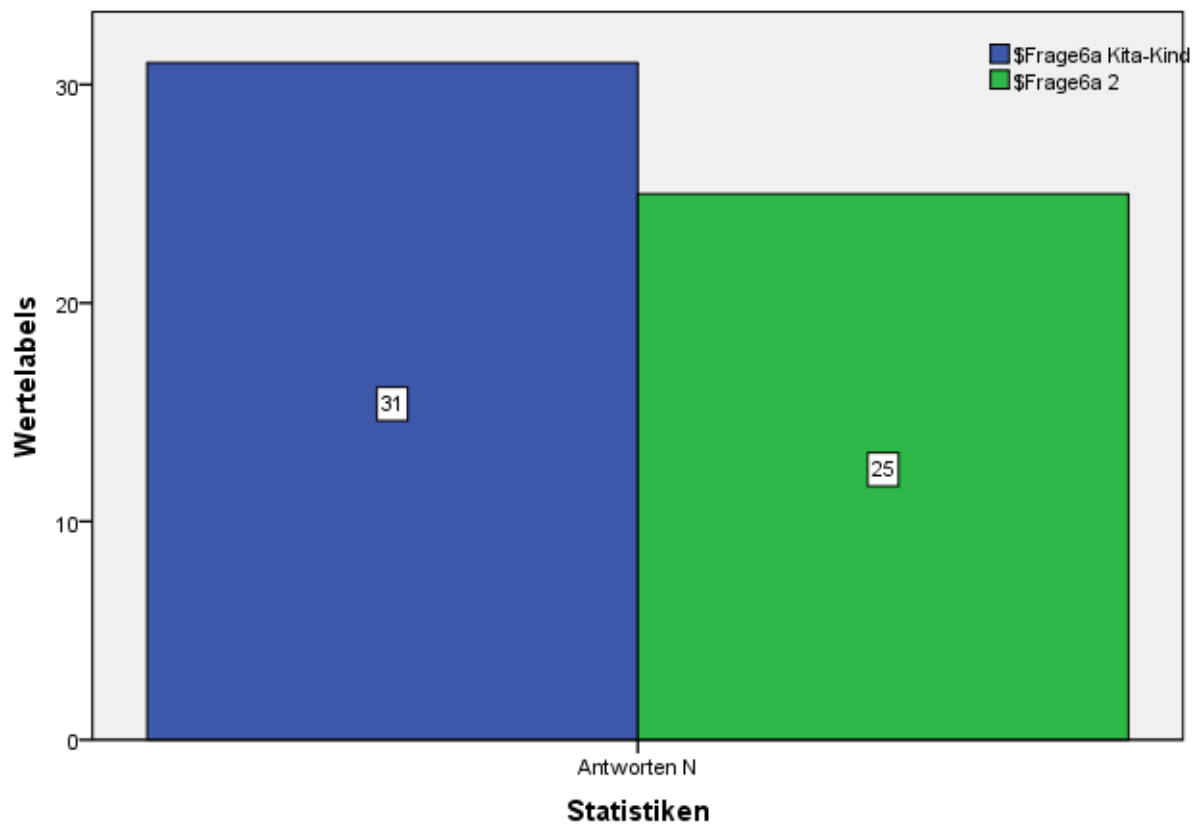
a. Gruppe

Häufigkeiten von Frage6a

|   |           | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|---|-----------|-----------|---------|-------------------|
|   |           | N         | Prozent |                   |
| a | Kita-Kind | 31        | 55,4%   | 70,5%             |
|   | Schulkind | 25        | 44,6%   | 56,8%             |
|   |           | 56        | 100,0%  | 127,3%            |

a. Gruppe

Häufigkeiten von \$Frage6a



## Frage 6b

## Häufigkeiten

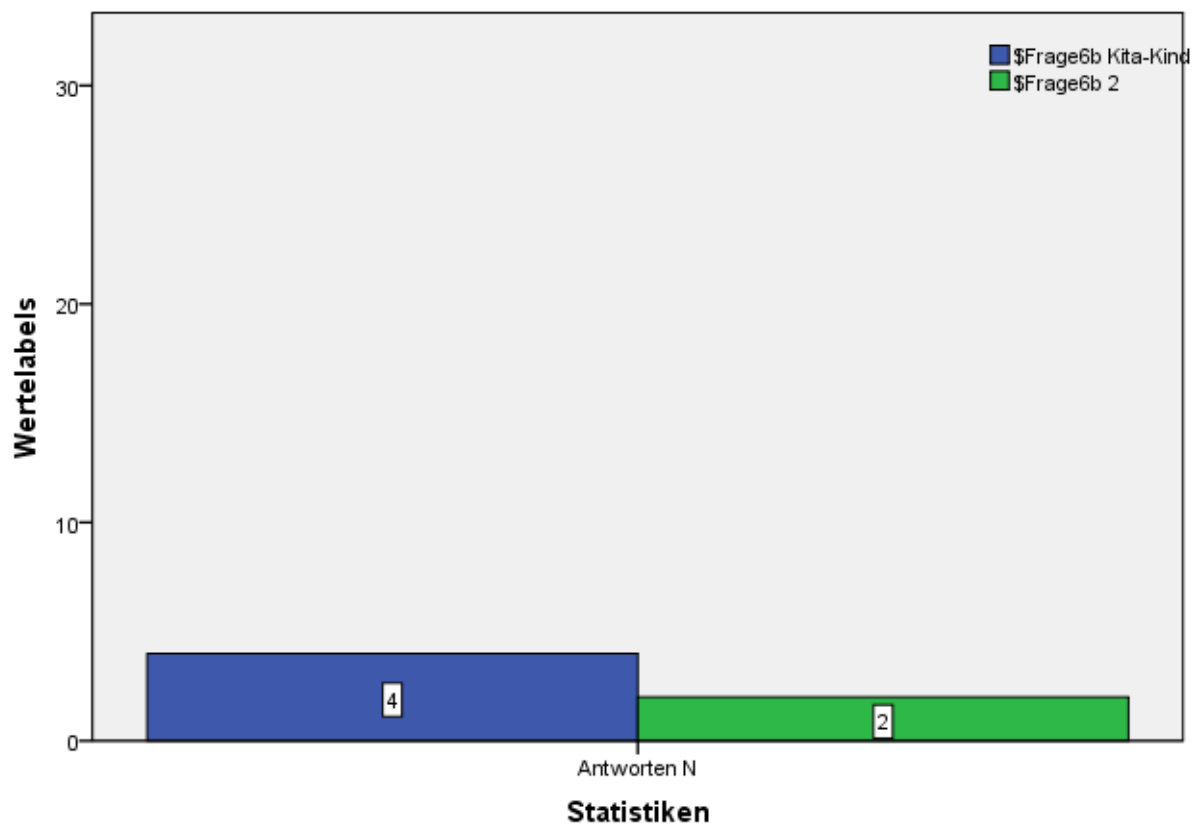
| Fallzusammenfassung    |        |         |         |         |        |         |
|------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                        | Fälle  |         |         |         |        |         |
|                        | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                        | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| \$Frage6b <sup>a</sup> | 5      | 2,8%    | 174     | 97,2%   | 179    | 100,0%  |

a. Gruppe

| Häufigkeiten von \$Frage6b |           |           |         |                   |
|----------------------------|-----------|-----------|---------|-------------------|
|                            |           | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|                            |           | N         | Prozent |                   |
| a                          | Kita-Kind | 4         | 66,7%   | 80,0%             |
|                            | Schulkind | 2         | 33,3%   | 40,0%             |
|                            |           | 6         | 100,0%  | 120,0%            |

a. Gruppe

## Häufigkeiten von Frage6b



## Frage 6c

## Häufigkeiten

Fallzusammenfassung

|                        | Fälle  |         |         |         |        |         |
|------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                        | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                        | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| \$Frage6c <sup>a</sup> | 8      | 4,5%    | 171     | 95,5%   | 179    | 100,0%  |

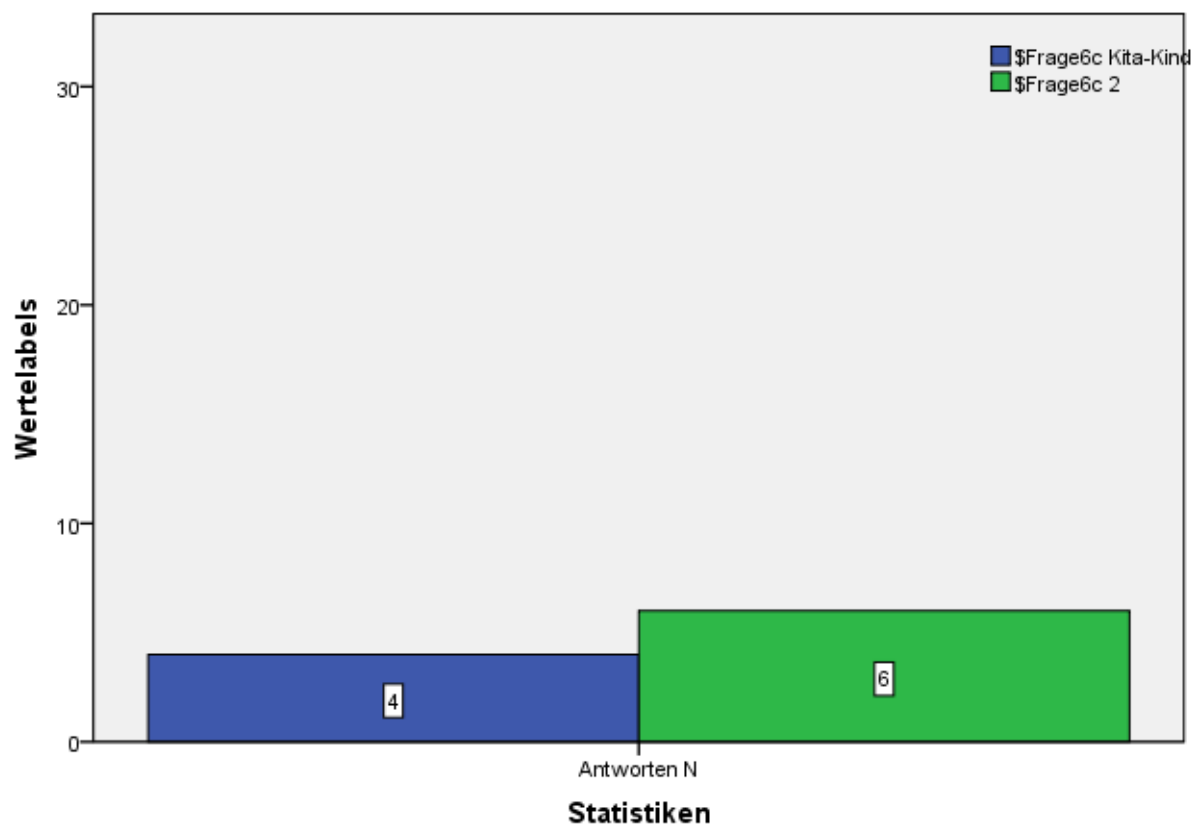
a. Gruppe

Häufigkeiten von \$Frage6c

|   |           | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|---|-----------|-----------|---------|-------------------|
|   |           | N         | Prozent |                   |
| a | Kita-Kind | 4         | 40,0%   | 50,0%             |
|   | Schulkind | 6         | 60,0%   | 75,0%             |
|   |           | 10        | 100,0%  | 125,0%            |

a. Gruppe

Häufigkeiten von Frage6c



## Frage 6d

## Häufigkeiten

### Fallzusammenfassung

|                        | Fälle  |         |         |         |        |         |
|------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                        | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                        | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| \$Frage6b <sup>a</sup> | 5      | 2,8%    | 174     | 97,2%   | 179    | 100,0%  |

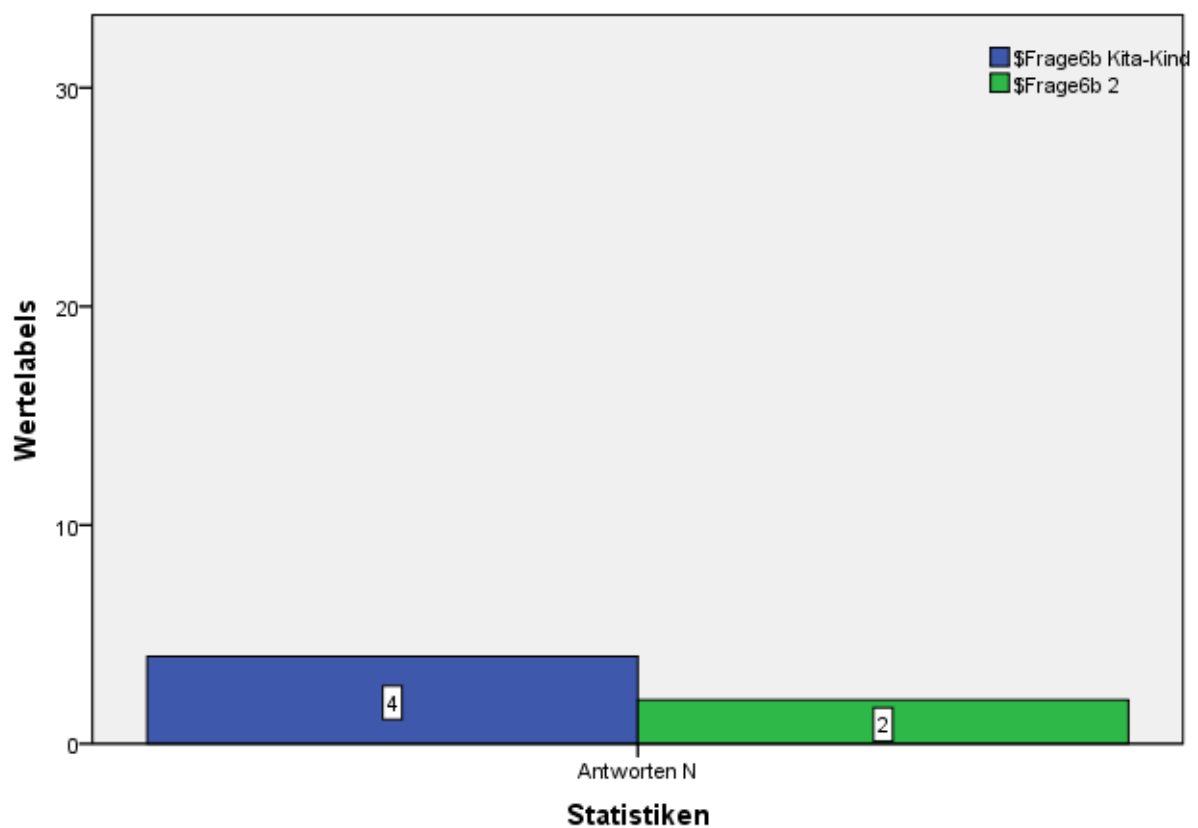
a. Gruppe

### Häufigkeiten von \$Frage6b

|   |           | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|---|-----------|-----------|---------|-------------------|
|   |           | N         | Prozent |                   |
| a | Kita-Kind | 4         | 66,7%   | 80,0%             |
|   | Schulkind | 2         | 33,3%   | 40,0%             |
|   |           | 6         | 100,0%  | 120,0%            |

a. Gruppe

### Häufigkeiten von Frage6b



## Frage 6e/f/g

## Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung

**Statistiken**

|   |         | Schulbedarf | Schülerbeförderung | Lernförderung |
|---|---------|-------------|--------------------|---------------|
| N | Gültig  | 17          | 3                  | 3             |
|   | Fehlend | 162         | 176                | 176           |

## Häufigkeitstabelle

**Schulbedarf**

|         |           | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|-----------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | Schulkind | 17         | 9,5     | 100,0               | 100,0                  |
| Fehlend | System    | 162        | 90,5    |                     |                        |
| Gesamt  |           | 179        | 100,0   |                     |                        |

**Schülerbeförderung**

|         |           | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|-----------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | Schulkind | 3          | 1,7     | 100,0               | 100,0                  |
| Fehlend | System    | 176        | 98,3    |                     |                        |
| Gesamt  |           | 179        | 100,0   |                     |                        |

**Lernförderung**

|         |           | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|-----------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | Schulkind | 3          | 1,7     | 100,0               | 100,0                  |
| Fehlend | System    | 176        | 98,3    |                     |                        |
| Gesamt  |           | 179        | 100,0   |                     |                        |

## Frage 7      Wie oft nutzen Sie Leistungen

### Statistiken

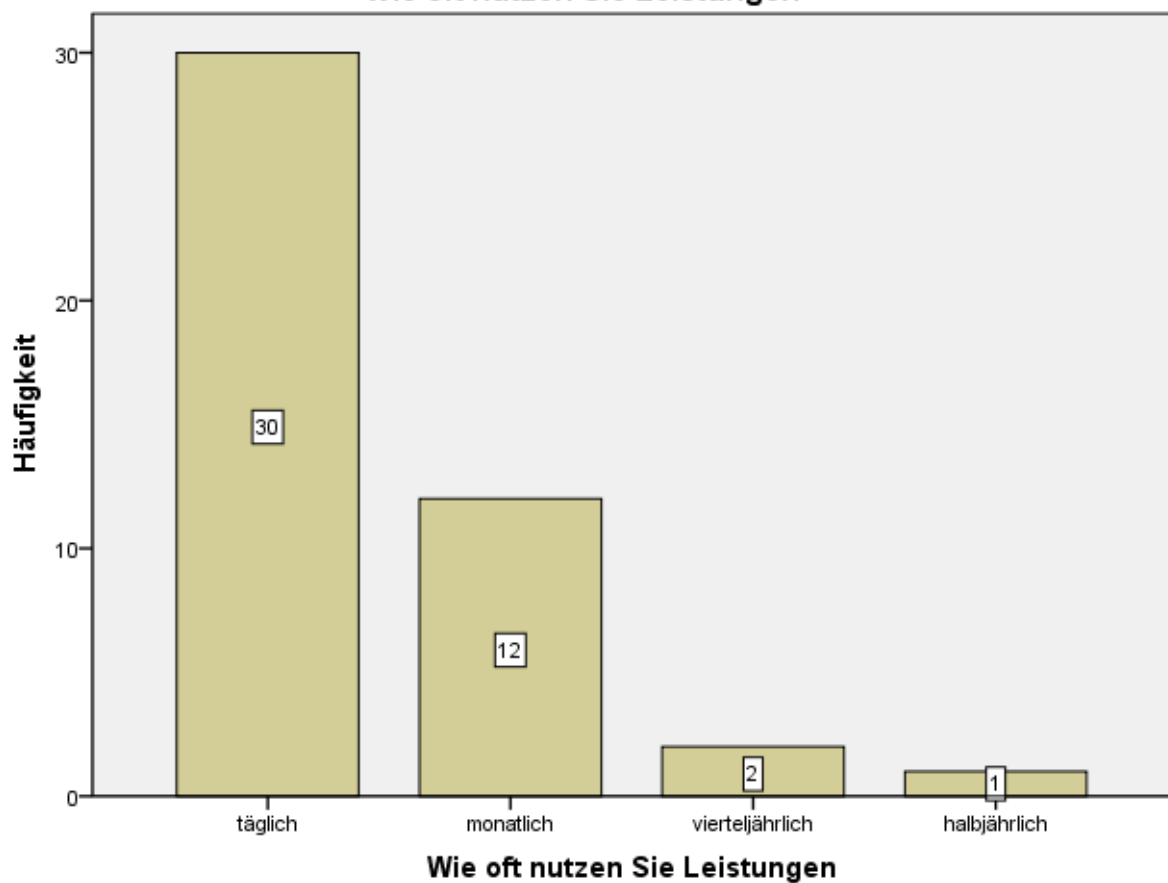
Wie oft nutzen Sie Leistungen

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 45  |
|   | Fehlend | 134 |

### Wie oft nutzen Sie Leistungen

|         |                 | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|-----------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | täglich         | 30         | 16,8    | 66,7                | 66,7                   |
|         | monatlich       | 12         | 6,7     | 26,7                | 93,3                   |
|         | vierteljährlich | 2          | 1,1     | 4,4                 | 97,8                   |
|         | halbjährlich    | 1          | ,6      | 2,2                 | 100,0                  |
|         | Gesamt          | 45         | 25,1    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System          | 134        | 74,9    |                     |                        |
| Gesamt  |                 | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Wie oft nutzen Sie Leistungen



## Frage 8

## Wie lange nutzen Sie BiPa

### Statistiken

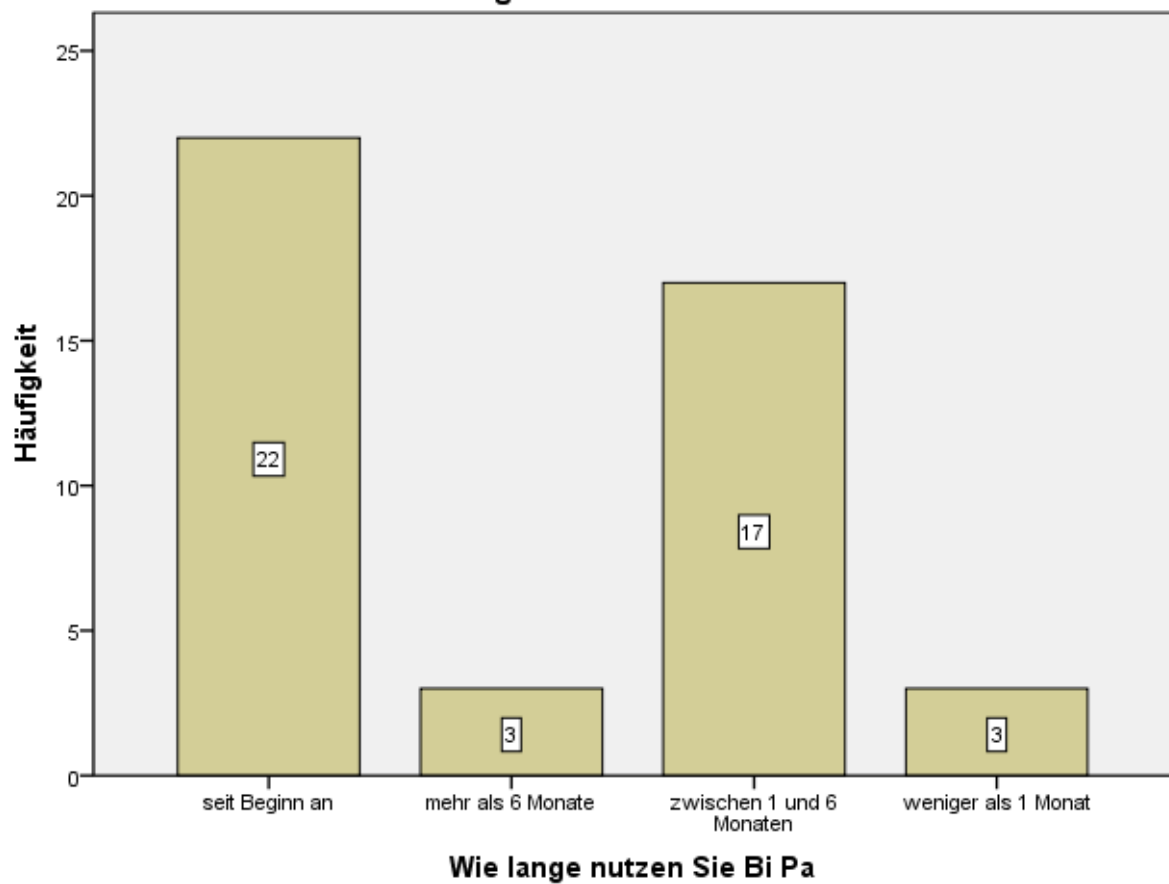
Wie lange nutzen Sie Bi Pa

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 45  |
|   | Fehlend | 134 |

Wie lange nutzen Sie Bi Pa

|         |                          | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|--------------------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | seit Beginn an           | 22         | 12,3    | 48,9                | 48,9                   |
|         | mehr als 6 Monate        | 3          | 1,7     | 6,7                 | 55,6                   |
|         | zwischen 1 und 6 Monaten | 17         | 9,5     | 37,8                | 93,3                   |
|         | weniger als 1 Monat      | 3          | 1,7     | 6,7                 | 100,0                  |
|         | Gesamt                   | 45         | 25,1    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System                   | 134        | 74,9    |                     |                        |
| Gesamt  |                          | 179        | 100,0   |                     |                        |

Wie lange nutzen Sie Bi Pa





## Frage 9a Lernförderung

### Statistiken

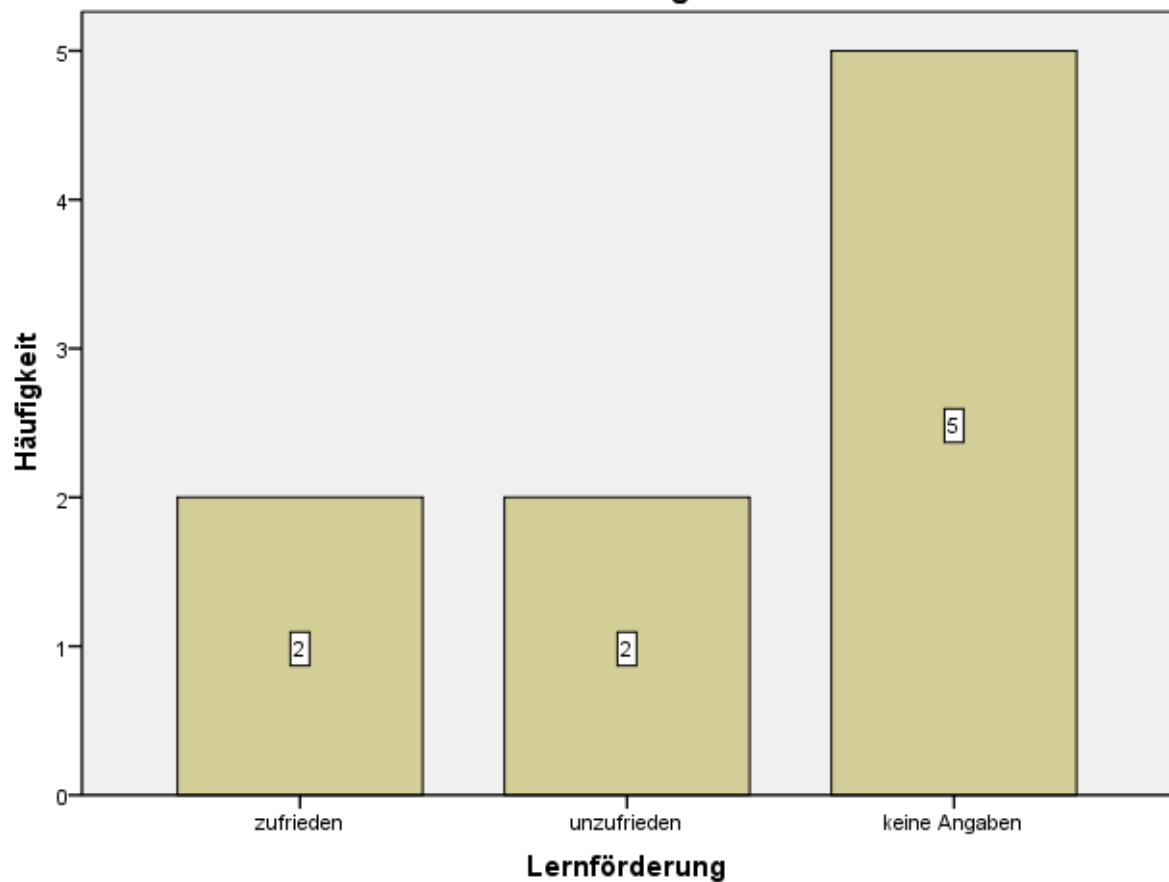
Lernförderung

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 9   |
|   | Fehlend | 170 |

### Lernförderung

|         |               | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|---------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | zufrieden     | 2          | 1,1     | 22,2                | 22,2                   |
|         | unzufrieden   | 2          | 1,1     | 22,2                | 44,4                   |
|         | keine Angaben | 5          | 2,8     | 55,6                | 100,0                  |
|         | Gesamt        | 9          | 5,0     | 100,0               |                        |
| Fehlend | System        | 170        | 95,0    |                     |                        |
| Gesamt  |               | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Lernförderung



## Frage 9b

## Mittagessen

### Statistiken

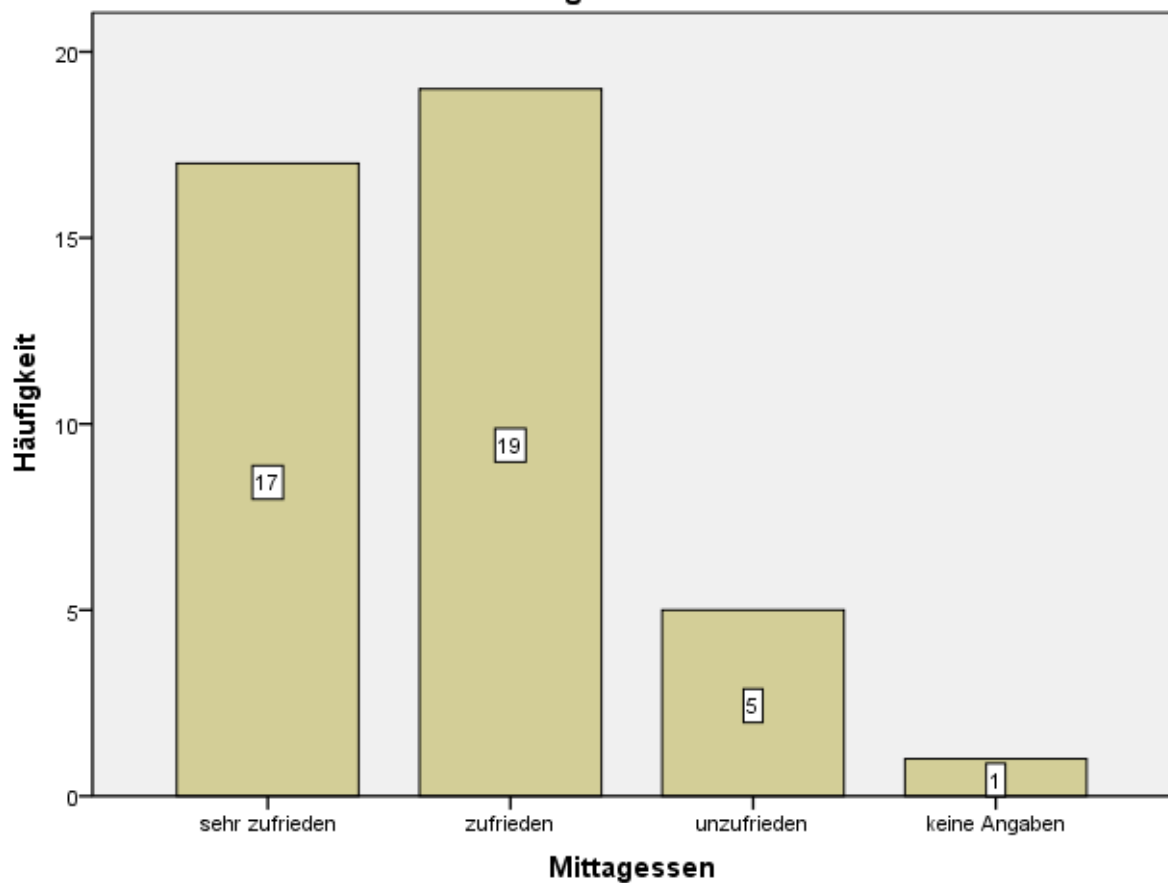
Mittagessen

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 42  |
|   | Fehlend | 137 |

### Mittagessen

|         |                | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|----------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | sehr zufrieden | 17         | 9,5     | 40,5                | 40,5                   |
|         | zufrieden      | 19         | 10,6    | 45,2                | 85,7                   |
|         | unzufrieden    | 5          | 2,8     | 11,9                | 97,6                   |
|         | keine Angaben  | 1          | ,6      | 2,4                 | 100,0                  |
|         | Gesamt         | 42         | 23,5    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System         | 137        | 76,5    |                     |                        |
| Gesamt  |                | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Mittagessen



## Frage 9c Kultur und Sport

### Statistiken

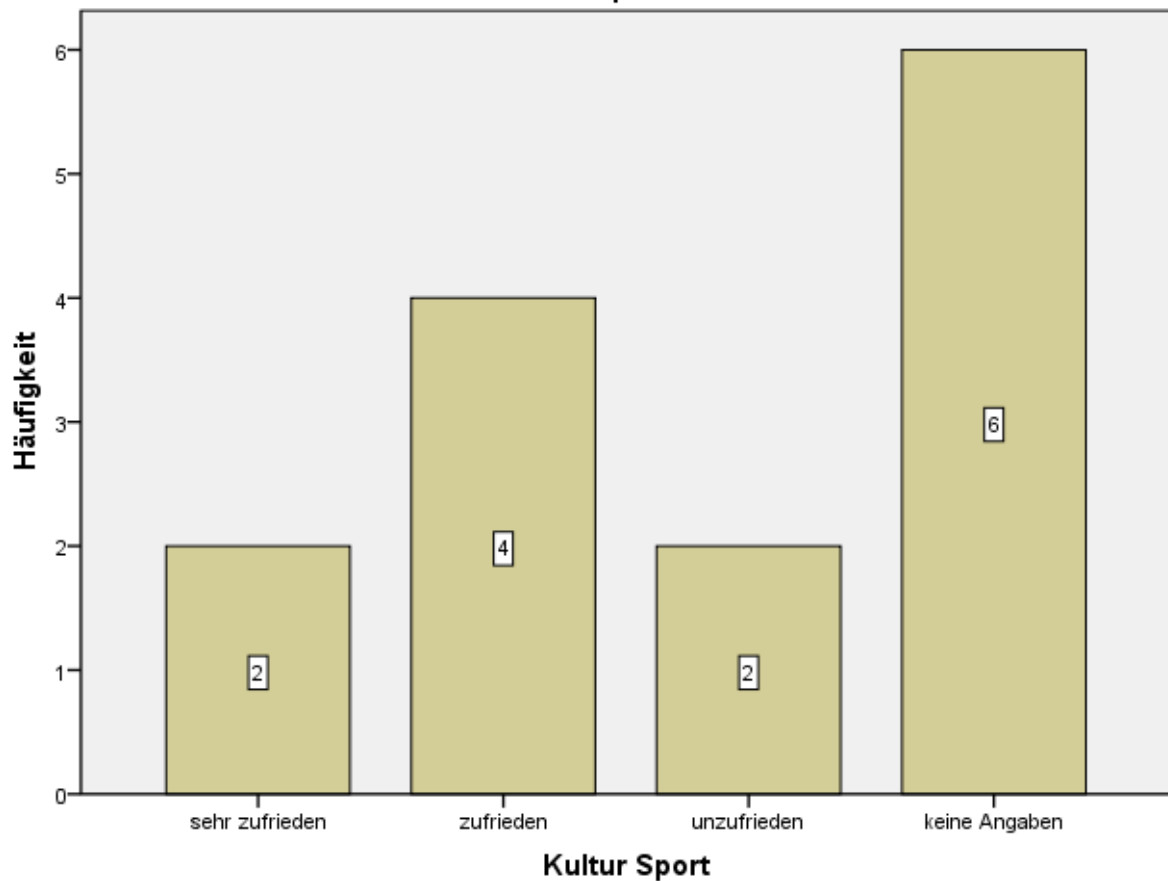
Kultur Sport

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 14  |
|   | Fehlend | 165 |

### Kultur Sport

|         |                | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|----------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | sehr zufrieden | 2          | 1,1     | 14,3                | 14,3                   |
|         | zufrieden      | 4          | 2,2     | 28,6                | 42,9                   |
|         | unzufrieden    | 2          | 1,1     | 14,3                | 57,1                   |
|         | keine Angaben  | 6          | 3,4     | 42,9                | 100,0                  |
|         | Gesamt         | 14         | 7,8     | 100,0               |                        |
| Fehlend | System         | 165        | 92,2    |                     |                        |
| Gesamt  |                | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Kultur Sport



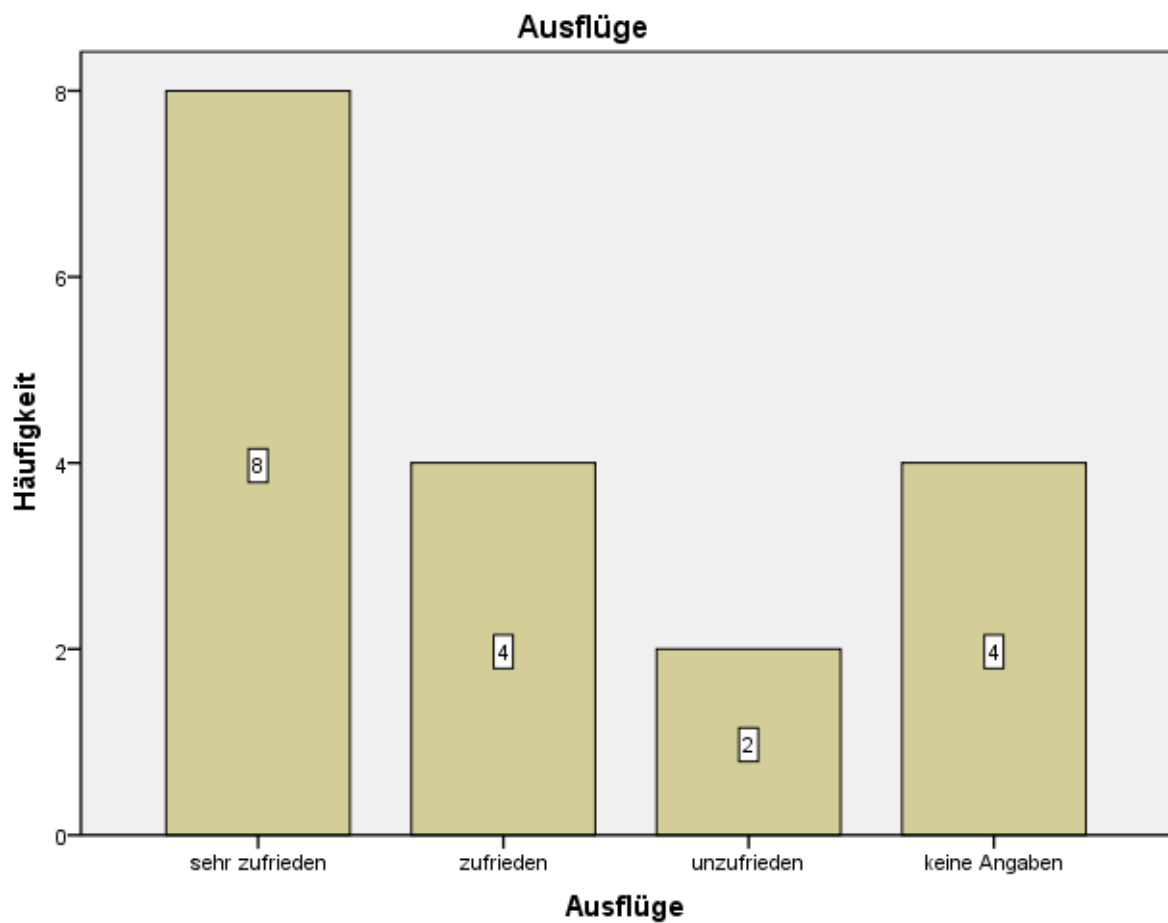
## Frage 9d Ausflüge

### Statistiken

Ausflüge

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 18  |
|   | Fehlend | 161 |

|         |                | Ausflüge   |         |                     |                        |
|---------|----------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
|         |                | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
| Gültig  | sehr zufrieden | 8          | 4,5     | 44,4                | 44,4                   |
|         | zufrieden      | 4          | 2,2     | 22,2                | 66,7                   |
|         | unzufrieden    | 2          | 1,1     | 11,1                | 77,8                   |
|         | keine Angaben  | 4          | 2,2     | 22,2                | 100,0                  |
|         | Gesamt         | 18         | 10,1    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System         | 161        | 89,9    |                     |                        |
| Gesamt  |                | 179        | 100,0   |                     |                        |



## Frage 9e Schulbedarf

### Statistiken

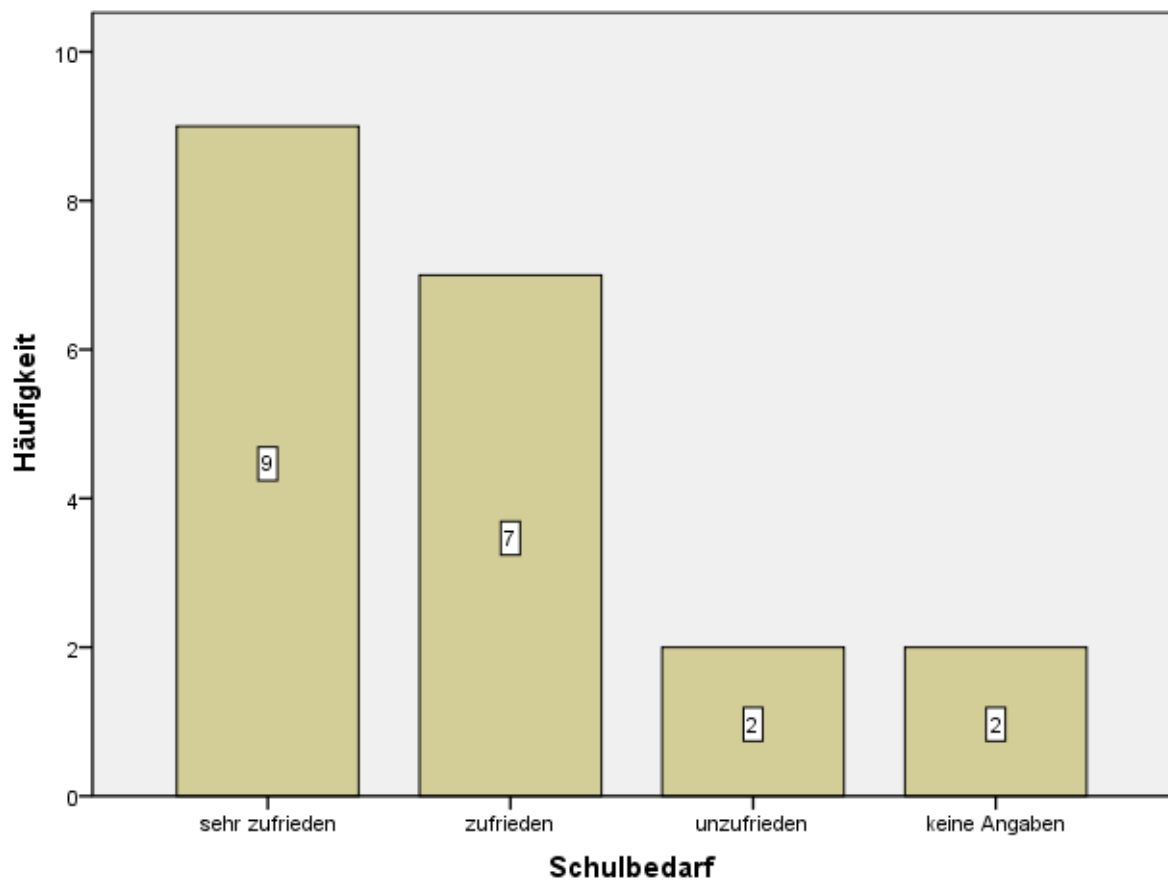
Schulbedarf

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 20  |
|   | Fehlend | 159 |

### Schulbedarf

|         |                | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|----------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | sehr zufrieden | 9          | 5,0     | 45,0                | 45,0                   |
|         | zufrieden      | 7          | 3,9     | 35,0                | 80,0                   |
|         | unzufrieden    | 2          | 1,1     | 10,0                | 90,0                   |
|         | keine Angaben  | 2          | 1,1     | 10,0                | 100,0                  |
|         | Gesamt         | 20         | 11,2    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System         | 159        | 88,8    |                     |                        |
| Gesamt  |                | 179        | 100,0   |                     |                        |

### Schulbedarf



## Frage 9f

## Schülerbeförderung

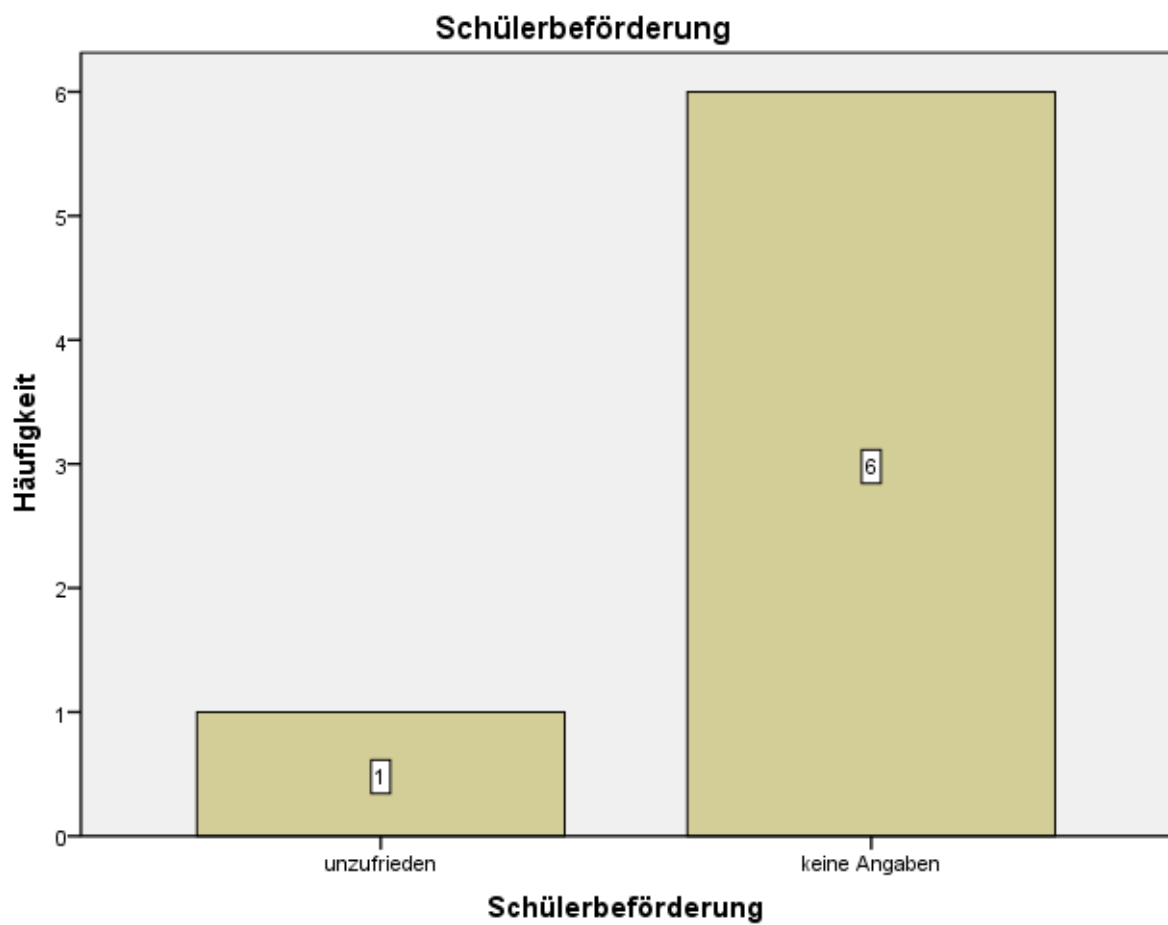
### Statistiken

Schülerbeförderung

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 7   |
|   | Fehlend | 172 |

### Schülerbeförderung

|         |               | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|---------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | unzufrieden   | 1          | ,6      | 14,3                | 14,3                   |
|         | keine Angaben | 6          | 3,4     | 85,7                | 100,0                  |
|         | Gesamt        | 7          | 3,9     | 100,0               |                        |
| Fehlend | System        | 172        | 96,1    |                     |                        |
| Gesamt  |               | 179        | 100,0   |                     |                        |



## Frage 10 Bei der Mittagsversorgung sparen

### Statistiken

Bei der Mittagsversorgung

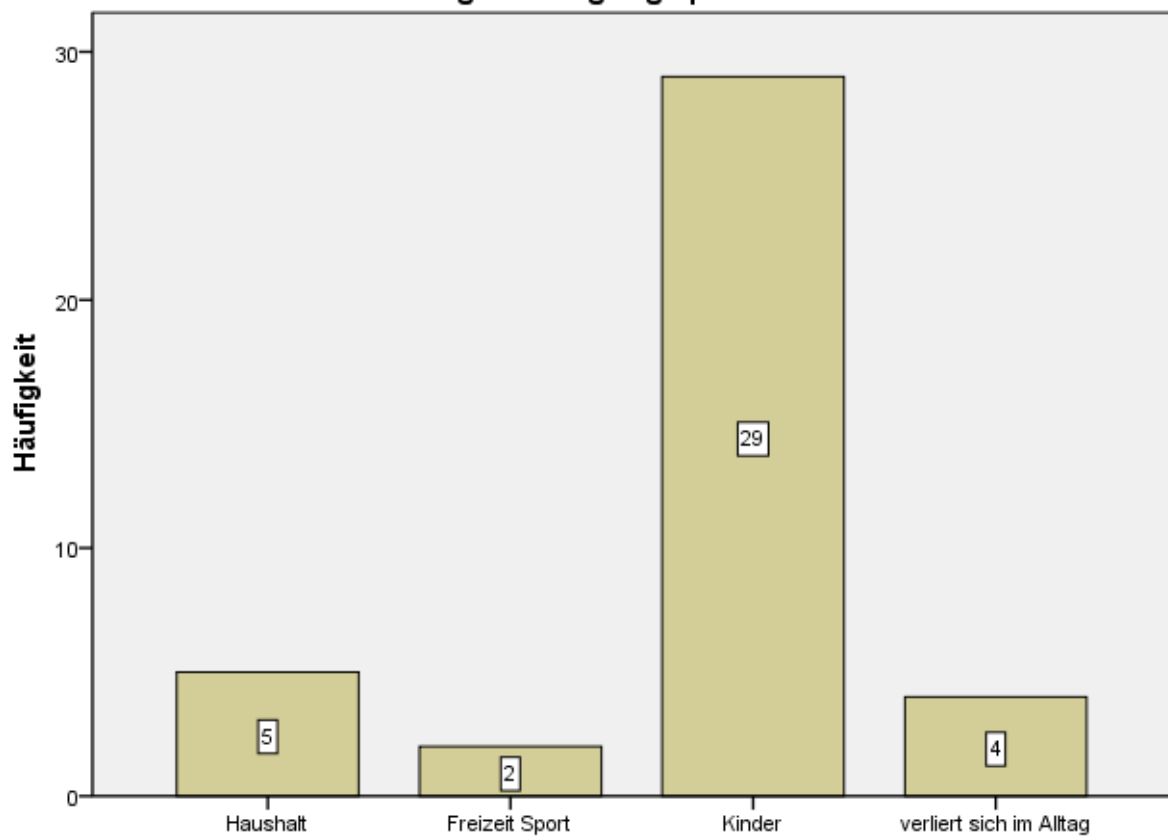
sparen für was

|   |         |     |
|---|---------|-----|
| N | Gültig  | 40  |
|   | Fehlend | 139 |

Bei der Mittagsversorgung sparen für was

|         |                         | Häufigkeit | Prozent | Gültige<br>Prozente | Kumulierte<br>Prozente |
|---------|-------------------------|------------|---------|---------------------|------------------------|
| Gültig  | Haushalt                | 5          | 2,8     | 12,5                | 12,5                   |
|         | Freizeit Sport          | 2          | 1,1     | 5,0                 | 17,5                   |
|         | Kinder                  | 29         | 16,2    | 72,5                | 90,0                   |
|         | verliert sich im Alltag | 4          | 2,2     | 10,0                | 100,0                  |
|         | Gesamt                  | 40         | 22,3    | 100,0               |                        |
| Fehlend | System                  | 139        | 77,7    |                     |                        |
| Gesamt  |                         | 179        | 100,0   |                     |                        |

Bei der Mittagsversorgung sparen für was



Bei der Mittagsversorgung sparen für was

## Häufigkeiten der Frage 11

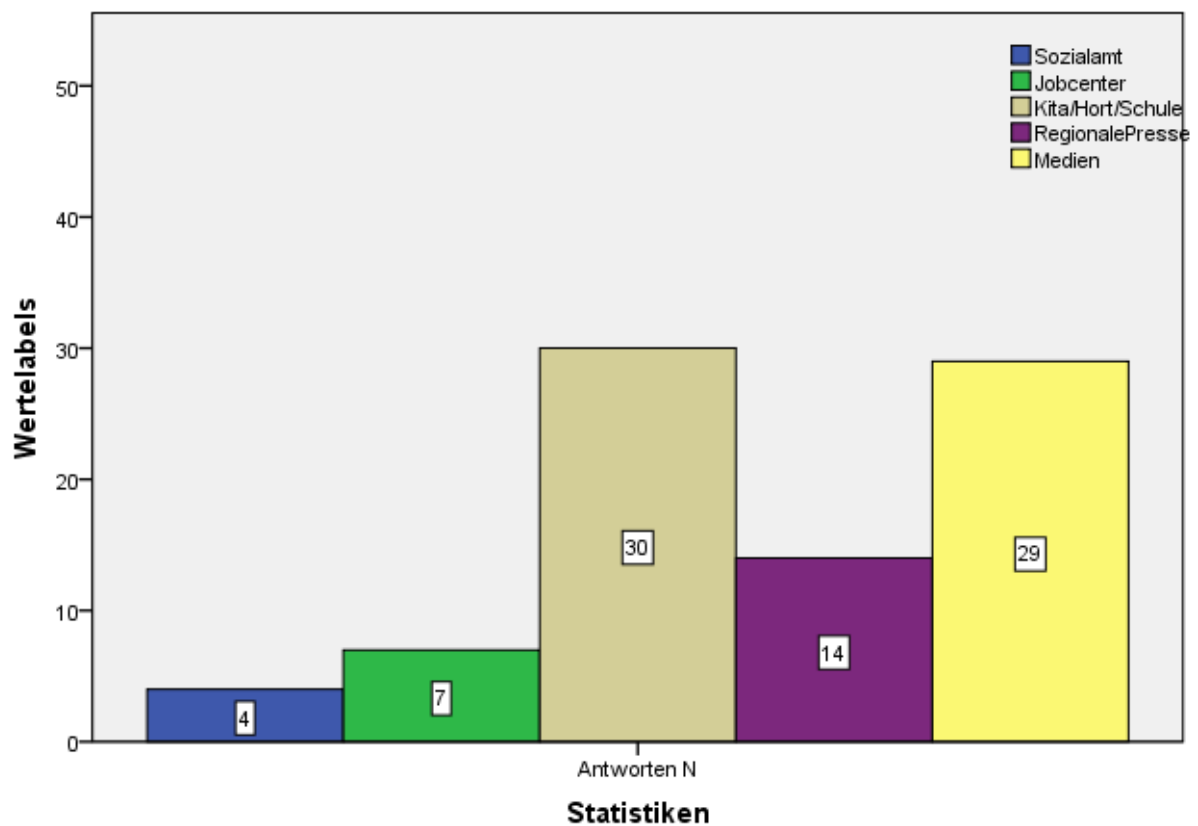
| Fallzusammenfassung  |        |         |         |         |        |         |
|----------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                      | Fälle  |         |         |         |        |         |
|                      | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                      | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| Frage11 <sup>a</sup> | 58     | 32,4%   | 121     | 67,6%   | 179    | 100,0%  |

a. Gruppe

| Häufigkeiten von \$Frage11 |                  |           |         |                   |
|----------------------------|------------------|-----------|---------|-------------------|
|                            |                  | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|                            |                  | N         | Prozent |                   |
| a                          | Sozialamt        | 4         | 4,8%    | 6,9%              |
|                            | Jobcenter        | 7         | 8,3%    | 12,1%             |
|                            | Kita/Hort/Schule | 30        | 35,7%   | 51,7%             |
|                            | RegionalePresse  | 14        | 16,7%   | 24,1%             |
|                            | Medien           | 29        | 34,5%   | 50,0%             |
|                            | Gesamt           | 84        | 100,0%  | 144,8%            |

a. Gruppe

## Häufigkeiten von Frage11





## Häufigkeiten der Frage 12a

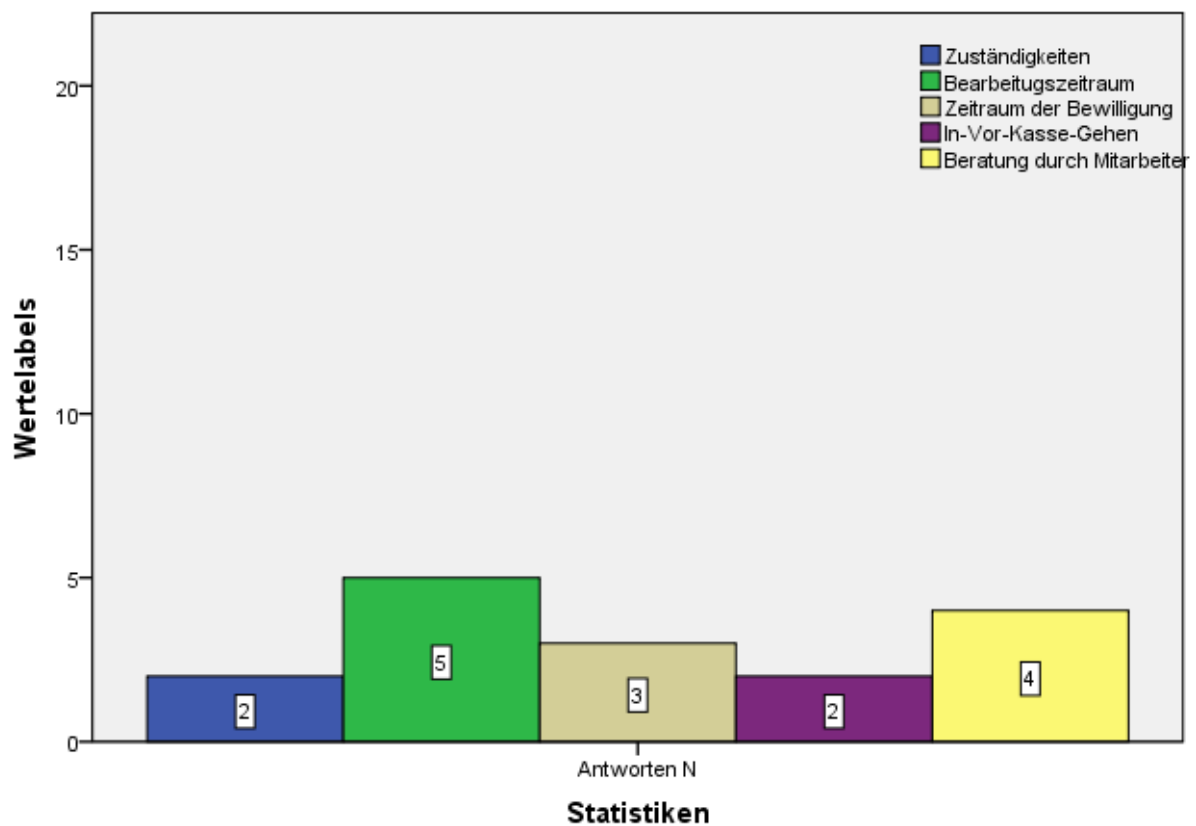
| Fallzusammenfassung    |        |         |         |         |        |         |
|------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                        | Fälle  |         |         |         |        |         |
|                        | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                        | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| \$Frage12 <sup>a</sup> | 8      | 4,5%    | 171     | 95,5%   | 179    | 100,0%  |

a. Gruppe

| Häufigkeiten von \$Frage12 |                            |           |         |                   |
|----------------------------|----------------------------|-----------|---------|-------------------|
|                            |                            | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|                            |                            | N         | Prozent |                   |
| a                          | Zuständigkeiten            | 2         | 12,5%   | 25,0%             |
|                            | Bearbeitungszeitraum       | 5         | 31,3%   | 62,5%             |
|                            | Zeitraum der Bewilligung   | 3         | 18,8%   | 37,5%             |
|                            | In-Vor-Kasse-Gehen         | 2         | 12,5%   | 25,0%             |
|                            | Beratung durch Mitarbeiter | 4         | 25,0%   | 50,0%             |
| Gesamt                     |                            | 16        | 100,0%  | 200,0%            |

a. Gruppe

## Häufigkeiten von Frage12



## Häufigkeiten der Frage 12b

### Fallzusammenfassung

|                         | Fälle  |         |         |         |        |         |
|-------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                         | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                         | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| \$Frage12b <sup>a</sup> | 20     | 11,2%   | 159     | 88,8%   | 179    | 100,0%  |

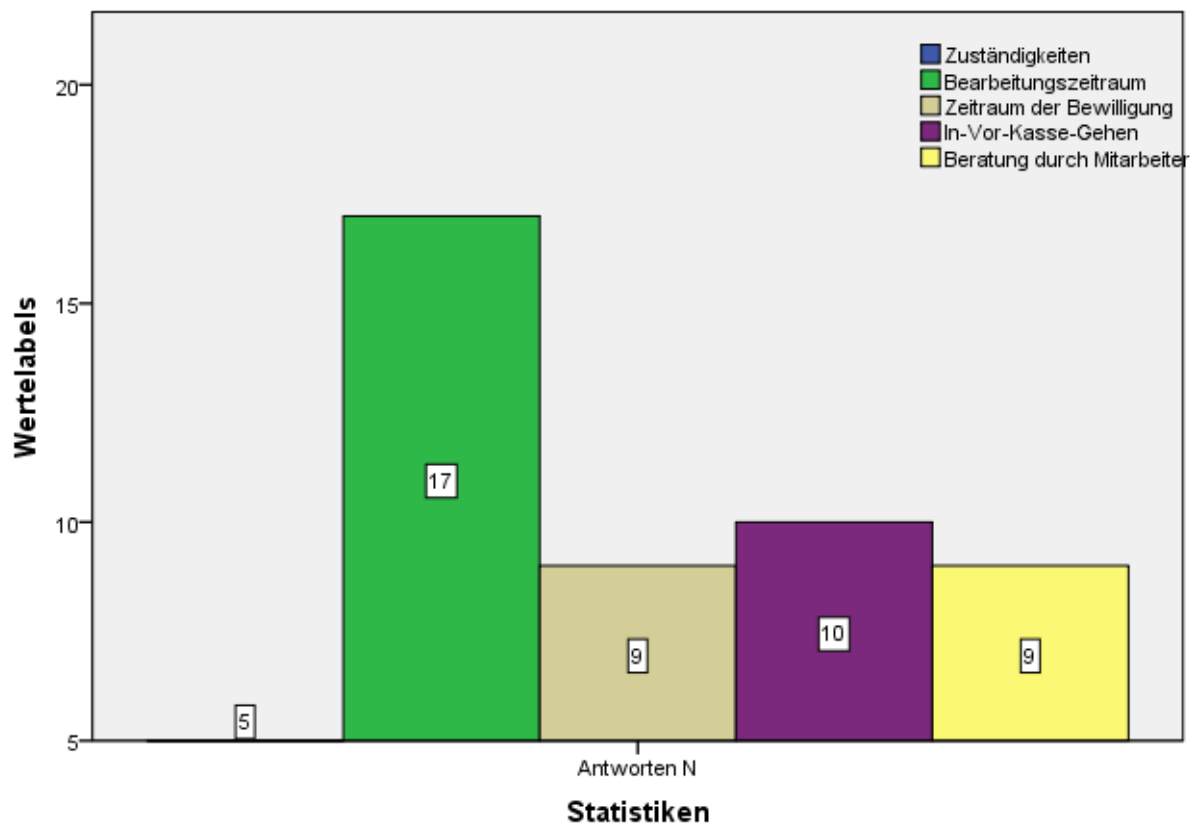
a. Gruppe

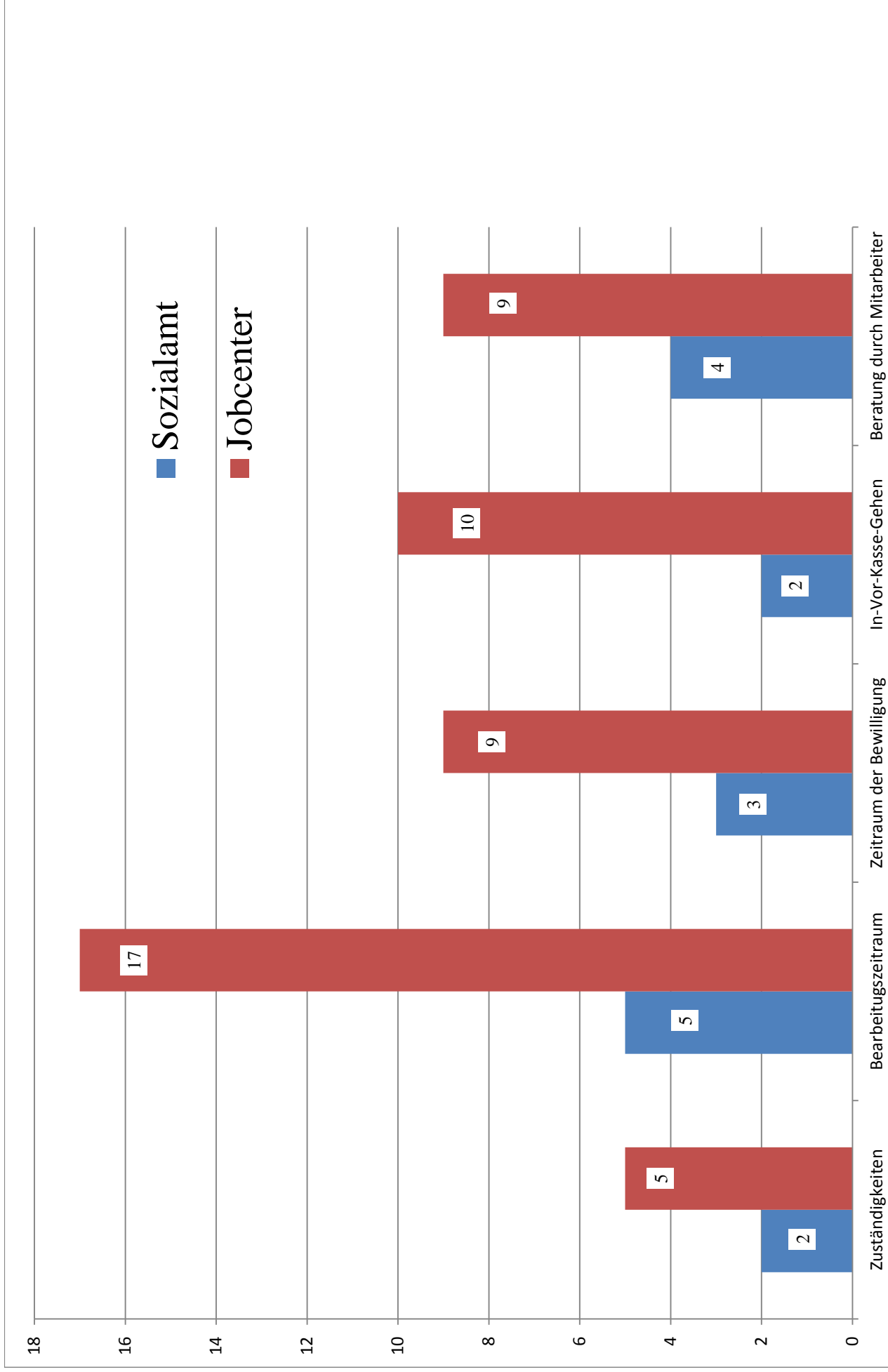
### Häufigkeiten von \$Frage12b

|        |                            | Antworten |         | Prozent der Fälle |
|--------|----------------------------|-----------|---------|-------------------|
|        |                            | N         | Prozent |                   |
| a      | Zuständigkeiten            | 5         | 10,0%   | 25,0%             |
|        | Bearbeitungszeitraum       | 17        | 34,0%   | 85,0%             |
|        | Zeitraum der Bewilligung   | 9         | 18,0%   | 45,0%             |
|        | In-Vor-Kasse-Gehen         | 10        | 20,0%   | 50,0%             |
|        | Beratung durch Mitarbeiter | 9         | 18,0%   | 45,0%             |
| Gesamt |                            | 50        | 100,0%  | 250,0%            |

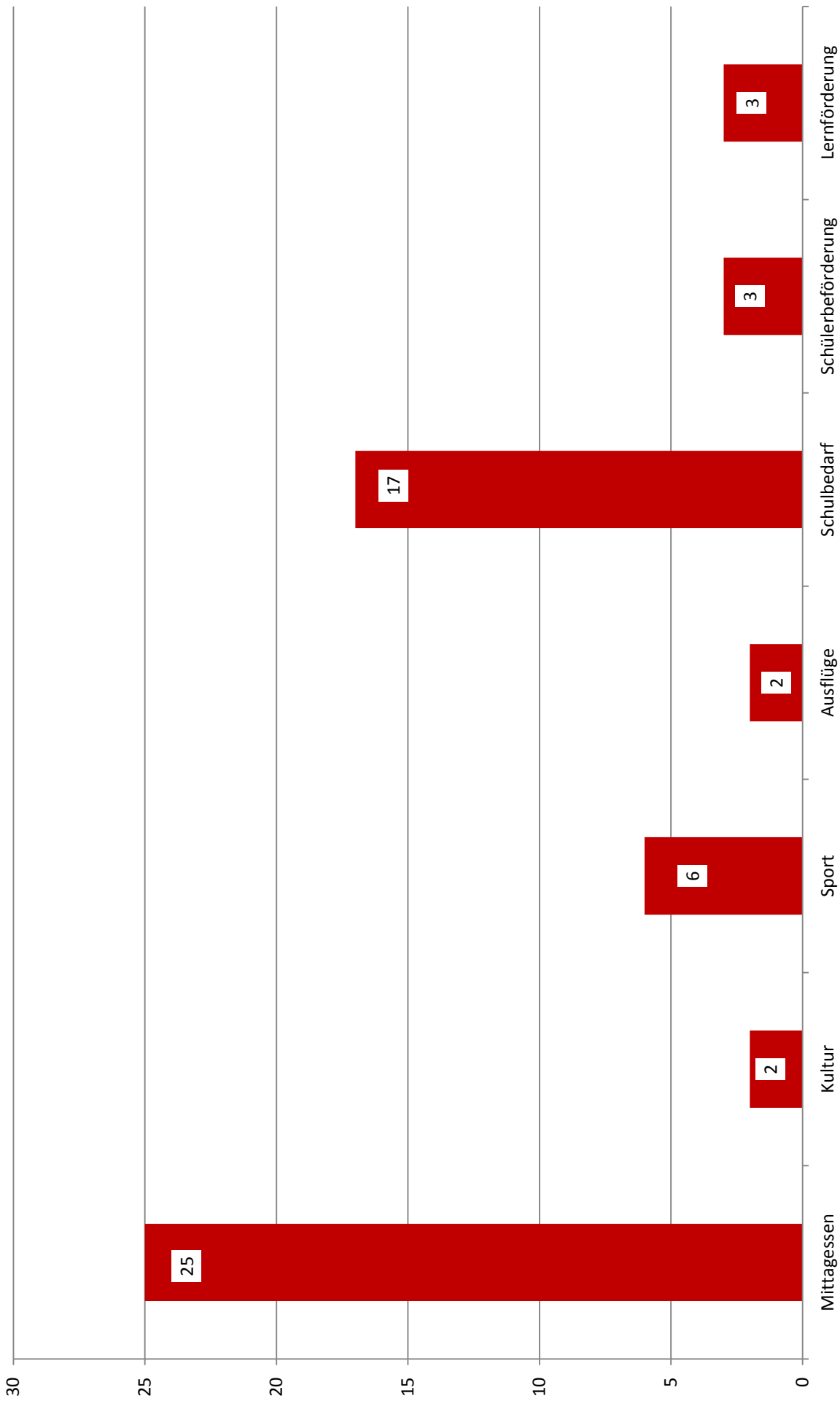
a. Gruppe

### Häufigkeiten von Frage12b





# Schulkind



## Kreuztabelle

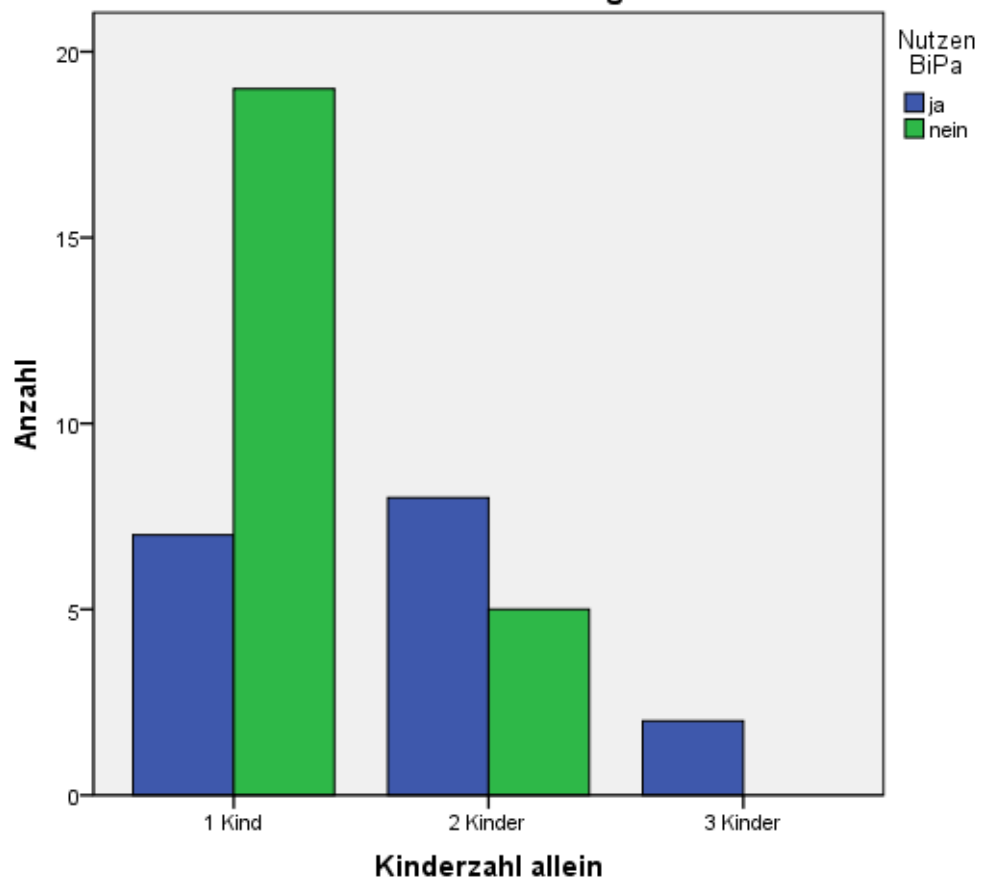
## Wieviele Alleinerziehende nutzen das BiPa

|                                 | Verarbeitete Fälle |         |         |         |        |         |
|---------------------------------|--------------------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                                 | Fälle              |         |         |         |        |         |
|                                 | Gültig             |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                                 | N                  | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| Kinderzahl allein * Nutzen BiPa | 41                 | 22,9%   | 138     | 77,1%   | 179    | 100,0%  |

### Kinderzahl allein \* Nutzen BiPa Kreuztabelle

| Anzahl            |          | Nutzen BiPa |      | Gesamt |
|-------------------|----------|-------------|------|--------|
|                   |          | ja          | nein |        |
| Kinderzahl allein | 1 Kind   | 7           | 19   | 26     |
|                   | 2 Kinder | 8           | 5    | 13     |
|                   | 3 Kinder | 2           | 0    | 2      |
| Gesamt            |          | 17          | 24   | 41     |

### Balkendiagramm



## Kreuztabelle

## Wieviele Verheiratete nutzen das BiPa

Verarbeitete Fälle

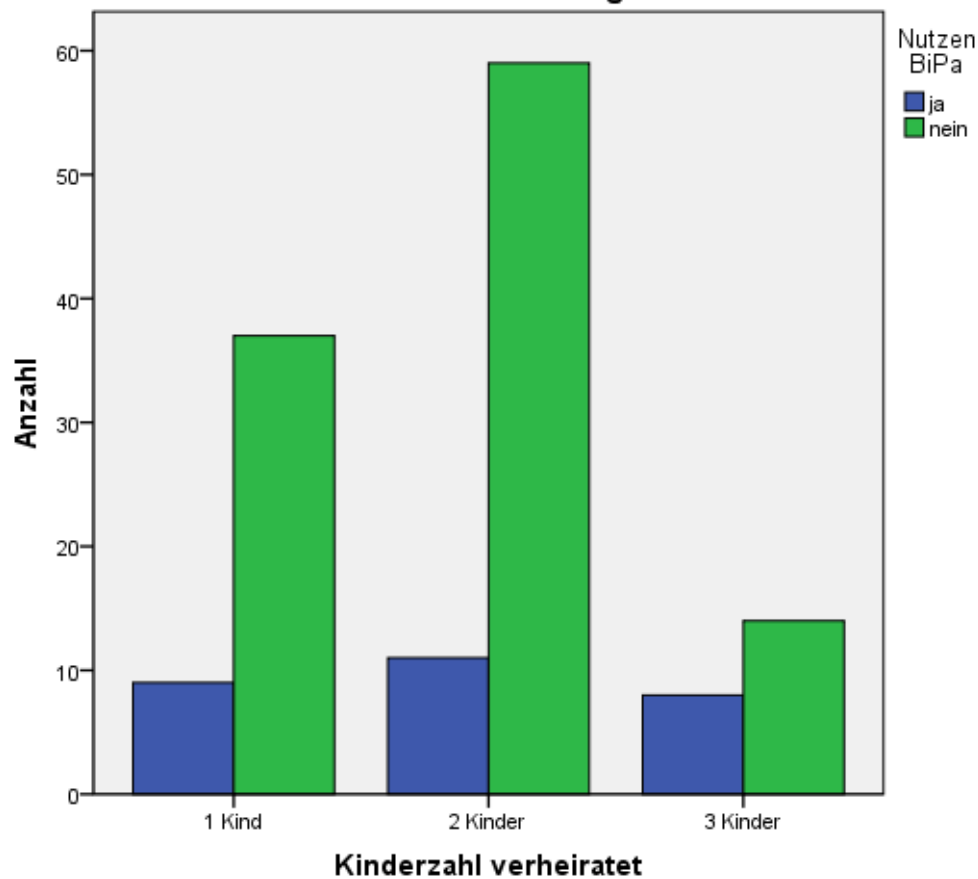
|                                      | Fälle  |         |         |         |        |         |
|--------------------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|---------|
|                                      | Gültig |         | Fehlend |         | Gesamt |         |
|                                      | N      | Prozent | N       | Prozent | N      | Prozent |
| Kinderzahl verheiratet * Nutzen BiPa | 138    | 77,1%   | 41      | 22,9%   | 179    | 100,0%  |

Kinderzahl verheiratet \* Nutzen BiPa Kreuztabelle

Anzahl

|                        |          | Nutzen BiPa |      | Gesamt |
|------------------------|----------|-------------|------|--------|
|                        |          | ja          | nein |        |
| Kinderzahl verheiratet | 1 Kind   | 9           | 37   | 46     |
|                        | 2 Kinder | 11          | 59   | 70     |
|                        | 3 Kinder | 8           | 14   | 22     |
| Gesamt                 |          | 28          | 110  | 138    |

Balkendiagramm



**Sehr geehrte Eltern,**

**wir schreiben z.Z. an unserer Abschlussarbeit und brauchen dabei Ihre Mithilfe. In unserer Bachelorarbeit beschäftigen wir uns mit dem Thema: „Armutsbetroffenheit von Kindern und der Beitrag von dem „Paket zur Bildung und Teilhabe“ für die Teilhabe der Kinder am gesellschaftlichen Leben“**

**Bitte füllen Sie den Fragebogen vollständig aus und geben Sie diesen im verschlossenen Umschlag im Hort wieder ab. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung recht herzlich.**

**Wenn Sie noch Fragen oder Mitteilungen haben, können Sie uns diese gern mitteilen.**

**Abgabetermin ist der 9.12.2011**

**M. Eifert**

**I. Friedel**

## FRAGEBOGEN

### 1. Frage:

#### Wie setzt sich Ihre Familie zusammen?

Wir sind verheiratet oder leben zusammen und haben

1 Kind

2 Kinder

mehr als 2 Kinder – wie viele? -----

Ich bin alleinerziehend und lebe mit

1 Kind

2 Kindern

mehr als 2 Kindern - wie viele? -----

### 2. Frage:

#### Sind Sie berufstätig?

ja

nein

### 3. Frage: berufstätig- ja

#### Erhalten Sie zum Lebensunterhalt zusätzliche Leistungen vom Sozialamt(SA) oder Jobcenter (JC)? (sogenannte Aufstocker)

Nein

ja, vom SA

ja, vom JC

### 4. Frage: berufstätig- nein

#### Beziehen Sie Leistungen nach:

SGB II Arbeitslosengeld II/Sozialgeld

ja

nein

Sozialhilfe/SGB XII/§ 2 AsylbLG

ja

nein

Wohngeld/Kinderzuschlag/BKGG

ja

nein

### 5. Nutzen Sie Leistungen aus dem Bildungspaket?

Ja

nein



## 6. Für welche Leistungen nutzen Sie das Bildungspaket?

|                             | Kita- Kind | Schulkind |
|-----------------------------|------------|-----------|
| Mittagessen                 |            |           |
| Kultur                      |            |           |
| Sportverein                 |            |           |
| Ausflüge,<br>Jugendherberge |            |           |
| Schulbedarf                 |            |           |
| Schülerbeförderung          |            |           |
| Lernförderung               |            |           |

## 7. Wie oft nutzen Sie Leistungen aus dem Bildungspaket?

- täglich ☐
- Monatlich ☐
- Vierteljährlich ☐
- Nie ☐

## 8. Wie lange nutzen Sie das Bildungspaket schon?

- seit Beginn, April 2011
- mehr als 6 Monate
- zwischen 1 Monat und 6 Monaten
- weniger als 1 Monat
- gar nicht

## 9. Wie zufrieden sind Sie mit dem Bildungspaket?

|                    | Sehr zufrieden | zufrieden | unzufrieden | Keine Angaben |
|--------------------|----------------|-----------|-------------|---------------|
| Lernförderung      |                |           |             |               |
| Mittagessen        |                |           |             |               |
| Kultur, Sport      |                |           |             |               |
| Ausflüge           |                |           |             |               |
| Schulbedarf        |                |           |             |               |
| Schülerbeförderung |                |           |             |               |

**10. Bei der Mittagsverpflegung können Sie gegenwärtig bis zu 34,50 € sparen.  
Wofür verwenden Sie das eingesparte Geld?**

|          |                |        |                         |                       |
|----------|----------------|--------|-------------------------|-----------------------|
| Haushalt | Freizeit/Sport | Kinder | verliert sich im Alltag | Anderes z.B.<br>..... |
|----------|----------------|--------|-------------------------|-----------------------|

**11. Gab oder gibt es Probleme bei der Antragstellung? Mehrfachnennung möglich!**

**Sozialamt**

Zuständigkeiten

Bearbeitungszeitraum bei der Erstellung  
der Bescheide

Zeitraum der Bewilligung?

InvorKasse zu gehen

Beratung durch die Mitarbeiter

Anderes:

**Jobcenter**

Zuständigkeiten

Bearbeitungsfristen bei der Erstellung  
der Bescheide

Zeitraum der Bewilligung

Invorkasse zu gehen

Beratung durch die Mitarbeiter

Anderes:

**12. Wer hat Sie auf das Bildungspaket aufmerksam gemacht?**

|                    |  |
|--------------------|--|
| Sozialamt          |  |
| Jobcenter          |  |
| Kita, Hort, Schule |  |
| Regionale Presse   |  |
| Medien             |  |

**13. Welche Meinung haben Sie zum Bildungspaket?**

.....

.....

.....

.....

**Vielen Dank für Ihre Unterstützung.**

**Frage 13: Welche Meinung haben Sie zum Bildungspaket?**

FB 3: F

Finde ich eine gute Sache, weil es wenig Möglichkeiten gibt, sinnvolle Stützung durch den Staat es müsste mehr von sowas geben.

FB 4: B

Zu viel Papierkrieg.

FB 7: C D

Ich finde es eine sehr gute Sache und sollte von allen (denen es zusteht) genutzt werden. Somit haben alle Kinder gleichermaßen die Chance in vollem Umfang am Schul- und Kindergartenleben teilzunehmen.

FB 10: B N

Es ist zu undeutlich zu kompliziert um alles zu beantragen was man könnte oder bekommt.

FB 12: L D

Für sozial schwächer gestellte Familien eine gute Sache, vor allem für die Kinder.

FB 15: C N L

Keine gute Meinung. Ich finde es unverschämt, Menschen, die keine Lust zum Arbeiten haben, das Geld noch in den Hintern zu blasen. Bei sozial schwachen Menschen, die es aus Verdienstgründen (wenig Lohn), beantragen, finde ich es eine gute Sache.

FB 18: L D

Finde ich gut für die, die ihren Kindern damit bessere Möglichkeiten bieten können!

FB 19: A C N

Unfair gegenüber denjenigen, die keine Leistungen vom Amt beziehen, aber dennoch keine Spitzenverdiener sind! Die Idee z.B. Essen zu subventionieren ist gut, aber sollte keine „Klassenentscheidung“ Berufstätige vs. Nichtberufstätige sein.

FB 20: A C N

Eine gute Idee, leider steht es nicht in jeden Fall zu. Ich bin in der Lehre u. habe keine Chance auf das Bildungspaket, so wurde es mir jedenfalls beraten.

FB 26: B C N

Viel zu umständlich und aufwendig zu beantragen --- würde ich aus diesem Grund nicht wieder machen; es wäre einfacher und würde für „die Betroffenen“ sicher keinen Unterschied machen, das Kindergeld dem jeweiligen Einkommen so anzupassen, dass die Kinder gut versorgt werden können, wenn das Einkommen allein nicht dafür reicht!

FB 28: B N

Nach Antragstellung monatelange Bearbeitung. Bewilligung nur nach wöchentlichem Vorsprechen beim Jobcenter.

FB 29:

Es wird gezielt eingesetzt.

FB 30: N L D

Fernsehen (Nachrichten) berichtet u. informiert nur zum Teil. Vollständige Informationen werden nicht mitgeteilt, drum kann es nicht so genutzt werden wie es vorgesehen ist. Aber für die Kd. ist es eine gute Möglichkeit am gesellschaftlichen Leben teil zunehmen.

FB 31: L

Gute Idee für bedürftige Familien.

FB 34: L

Gute Idee für bedürftige Familien

FB 34:

Ist eine gute Unterstützung.

FB 35: L

Wir finden es gut, für Leute die es wirklich benötigen.

FB 39: C

Bildungspaket erhalten ja nur die, die Hartz IV haben, oder zu wenig Einkommen.

FB 40:

Wir bekommen das Bildungspaket nicht.

FB 44: B C N

Aus meiner Sicht ist das Anliegen des Bildungspaketes zu unterstützen, jedoch ist das Konzept zu bürokratisch umgesetzt worden. Eine direkte Unterstützung der Kinder (z.B. kostenloses Mittagessen) würde ohne Antragstellung sicherlich viel mehr Kindern zu Gute kommen.

FB 45:

Sind was uns betrifft zufrieden.

FB 49: B N

Insgesamt eine gute Sache, aber viel zu viel Papierkrieg – erst Antrag, den Nachweis usw.

FB 50: N F

Für Schüler könnte es mehr (Geld) geben gerade für Schulanfänger, weil die 70 € nicht reichen.

FB 56:

Nutze es nicht.

FB 59: L D

Sehr gut! Kommt den Kindern zu Gute, da alles sehr teuer geworden ist.

FB 62: D

Wir finden das Bildungspaket sehr vorteilhaft, weil endlich an der richtigen Stelle gezahlt wird. Wenn Familien nicht viel Geld haben, können sie das gesparte Geld zur Nutzung von Freizeitveranstaltungen innerhalb der Familie nutzen und gerade solche Momente, in denen sich Kinder besonders freuen, sind für uns Eltern unvergesslich und besonders.

FB 63: N

Ist noch nicht richtig ausgearbeitet, wer was zu tun hat

FB 69: B N

Keine schlechte Sache und hilft ein wenig. Erster Antrag hat lange gedauert bis zur Bewilligung.

FB 70: C

Super Sache! Chancengleichheit

FB 71: C D

Kein Problem, wenn es für Kinder da ist und eine gewisse Grenze besteht, nicht dass es einem Sozialhilfeempfänger besser geht, als der arbeitenden Bevölkerung.

FB 72: B N F

Finanzielle Unterstützung zu gering. Aufwand viel zu hoch.

FB 74: B N

Papierkrieg eigentlich eine gute Sache, könnte am „Papierkrieg“ scheitern. Ich kann mir vorstellen, dass die Schulen/ Kitas nicht erfreut sind dadurch noch mehr Schreiarbeit zu haben.

FB 75.

Ich habe mich noch nicht mit dem Bildungspaket beschäftigt.

FB 76:

Ich finde es gut und bin zufrieden, dass es das gibt.

FB 77: N

Voreilig und völlig unausgereift auf den Weg gebracht.

Fragebogen 79: A C N L

Für wirklich Armutsbetroffene eine gute Sache. Als berufstätige Mutter von vier Kindern sehe ich neidvoll auf die „Armutsbetroffenen“, die sich deutlich mehr leisten können als wir.

Fragebogen 81: B N

Grundsätzlich positiv, wenn Antragstellung nicht so kompliziert und langwierig wäre, Kriterien für Lernförderung zu streng.

Fragebogen 86: D

Es hilft im Schulalltag und zur Ermöglichung, Ausflüge der Schüler zu ermöglichen.

Fragebogen 94: A C N L

Das Bildungspaket ist grundsätzlich eine gute Sache, jedoch stellt sich uns hierbei die Frage, ob es gegebenenfalls den Kindern und Familien gerecht ist, deren Familieneinkommen nur knapp über der Einkommensgrenze liegt, um Sozialleistungen empfangen zu können. Für deren Kinder wäre es genauso wichtig, da deren Eltern oftmals unterm Strich weniger haben, als SGB II-Empfänger (Aufstocker mit allen möglichen Zuschüssen wie Chemnitz-Pass, Tafel, Bildungs-Paket...).

Fragebogen 95: B

Zu bürokratisch

Fragebogen 99: N

Idee gut-wird denke ich aber von denen, die es wirklich benötigen, nicht oder zu wenig genutzt.

Fragebogen 104: L D

Das Bildungspaket ist eine gute Sache, da dieses Geld wirklich bei den Kindern ankommt.

Fragebogen 106: L D

Da nicht involviert, zu wenig Kenntnis! Wenn es bei den Kindern tatsächlich ankommt-tolle Sache.

Fragebogen 107: A C N

Ich hätte es auch gern in Anspruch genommen, nur leider liege ich ca. 20 € über der Einkommensgrenze, bekomme kein Wohngeld, kann somit kein Bildungspaket beantragen. Nun können meine Kinder nicht zur Musikschule oder zum Sport gehen, da ich mir das nicht leisten kann.

Fragebogen 108: C L D

Ich denke, es ist eine gute Möglichkeit allen Kindern ein kulturelles, soziales und sportliches Leben im kleinen Rahmen zu ermöglichen. Wir hoffen, die betreffenden Eltern nutzen diese Chance für ihre Kinder.

Fragebogen 109: B C

Anträge zu kompliziert, besser wären kostenlose Angebote (Schulspeisung, Nachhilfe).

Fragebogen 112: L D

Ich persönlich finde es eine sehr gute Lösung für die Kinder, da das Geld den Kindern zugutekommt und nicht den Eltern! Damit werden die Kinder ein Stück aus den Verhältnissen der Eltern gezogen und lernen, dass Sozialkompetenzen sehr wichtig sind (Siehe Kostenübernahme Sport/Kultur).

Fragebogen 115:

Ich finde das sehr gut und es ist nur eine finanzielle Hilfe.

Fragebogen 121:

Ist OK.

Fragebogen 122:

Habe noch nie davon gehört.

Fragebogen 125:

Da wir vom Bildungspaket keine Leistungen beziehen, erübrigt sich die Beantwortung der weiteren Fragen.

Fragebogen 128:

Wir nutzen kein Bildungspaket.

Fragebogen 129: N

Ich finde es sehr gut, wird aber viel zu wenig von den Personen, die es bekommen könnten, genutzt.

Fragebogen 130: L D

Ich habe dazu eine positive Meinung und finde es gut und wichtig, dass bedürftigen Kindern diese Dinge ermöglicht werden.

Fragebogen 132: A C N

Differenzierte Meinung: Diese Familien, welche durch **ehrenamtliche Tätigkeit** wieder etwas zurückgeben, sollten es ruhig erhalten.

Praxis: Z.B. Kinder mit Bildungspaket können sich alle Klassenfahrten leisten, Kinder des Mittelstandes müssen überall 100% bezahlen. Da ist in einigen Familien keine Klassenfahrt mehr drin (Bitte am evangelischen Schulzentrum nachfragen).

Mittagessen                      3x 120€

Kultur                              3x 600€

Sportverein                      3x 600€

Jugendherberge                3x 240€

Schulbedarf                      450€

Lernförderung 40€ a 10 Stunden

Das müssen wir alles zu 100% bezahlen.

Fragebogen 133: B N

Uns war gar nicht bewusst, dass uns überhaupt was zusteht. Grundsätzlich eine gute Sache, doch viel zu aufwändig, bürokratisch und zähfließend (Telefonate hin und her!) mit Amt und Anbieter... und hat man alles zusammen und es läuft, muss man schon wieder neu beantragen!

Fragebogen 134: B N

Feine Absicht, umständlich umzusetzen, falsche Auskunft vom Jobcenter, Mitarbeiter vom Jobcenter/Sozialamt musste erst selbst damit vertraut werden.

Fragebogen 138: A C N

Würde dieses Paket auch gern nutzen, jedoch liegt mein Einkommen knapp an der Grenze. Die Gesetzgebungen sind mitunter sehr ungerecht.

Fragebogen 140: A C N

Es sollten alle Kinder z. B. Hort oder Essen umsonst bekommen, ist auch sehr ungerecht für die Mittelschicht z. B. wenn einer gut verdient und der andere nicht, bekommt man trotzdem nichts vom Amt, bei Amt gilt man als „eheähnliche Gemeinschaft“ (bekommt also nix), aber bei der Steuer ist man Lohnsteuerklasse I und zahlt extra viele Steuern. Bildungspaket sollte abgeschafft werden.

Fragebogen 141: C N

Jeder Schüler sollte eine kostenlose warme Mahlzeit bekommen und kostenlos eine AG besuchen können. Das macht mehr Sinn (Integration ist da besser-Verein).

Fragebogen 148: N F



Finde die Unterstützung gut und richtig, allerdings finde ich die Neuregelung bezüglich des Mittagessens für Schulkinder unschön, denn auch in den Ferien (Hort) sollte die Verpflegung gewährleistet sein.

Fragebogen 150: B N

Umständlich-Abläufe unklar, zusätzlicher bürokratischer Aufwand, beispielsweise für Kita, Problematik- Eltern müssen in Vorkasse gehen...

Fragebogen 152: C N L D

Ich finde es gut, weil die Mittel für konkrete Aktivitäten des Kindes bereitgestellt werden. Es ist sicher aufwändig, das Geld und die Leistungen zu beantragen, aber ich denke, dass es den Eltern eine Chance bietet, deren Eltern wenig oder kein Interesse an Bildung haben. Die Eltern werden dadurch auf Möglichkeiten aufmerksam gemacht, die sie selbst eventuell nicht in Betracht ziehen würden, weil sie es selbst möglicherweise nie kennengelernt haben. Allerdings kann ich mir vorstellen, dass sich die Eltern diskriminiert fühlen, für die es selbstverständlich ist, Geld für die Bildung ihres Kindes auszugeben.

Fragebogen 153:

Ich finde es prinzipiell gut.

Fragebogen 155: L

Bildungspaket ist eine große Hilfe für die Eltern.

Fragebogen 157:

Ich finde, das ist eine gute Sache.

Fragebogen 163: A N C

Ich finde es nicht gut, dass nur Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen Anspruch haben. Es sollten alle Kinder das Recht auf eine ordentliche Bildung haben. Warum müssen die, die Arbeit haben, alles voll bezahlen.

FB 164: N C

Es werden nicht alle Leistungen genehmigt. Z.B. die Lernförderung wurde bei Christine abgelehnt, obwohl sie schon 2x die Klasse wiederholt hat.

FB 165: B N

Die Idee ist gut- der Aufwand, der damit verbunden ist jedoch nur, wenn man den guten Zweck dahinter sieht.

Fragebogen 175:

Finde ich gut, soll beibehalten werden.

Fragebogen 177: B

Die Bürokratie ist nervig, wurde beantragt, bisher aber noch keine Leistung erhalten, zweiter Antrag aber schon ausgefüllt.

Möglichkeiten der Sortierung der Fragebögen: (70)

|   |   |      |
|---|---|------|
| • Zustimmung  |   | (44) |
| • Ablehnung   |   | (26) |
| • Bürokratiehürde (Papierkrieg)                           | B | (17) |
| • neue Armutsschicht entsteht                             | A | (9)  |
| • direkte Unterstützung der Kinder                        | D | (14) |
| • Nachbesserungen notwendig                               | N | (33) |
| • Finanzielle Unterstützung zu gering                     | F | (5)  |
| • Für Leute die es wirklich brauchen                      | L | (16) |
| • Chancengleichheit der Kinder/Geld an alle Kd. verteilen | C | (21) |